

Rechenschaftsbericht des Vorstands 2023-2024

- Bericht über die Aktivitäten im Zeitraum September 2023 bis August 2024
- Finanzbericht 1.1.–31.12.2023
- Vorschau auf 2025

Impressum

Herausgeber:

Germanwatch e.V.

Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Telefon +49 (0)228/60 492-0, Fax -19

Büro Berlin

Stresemannstr. 72

D-10963 Berlin

Telefon +49 (0)30/57 71 328-0, Fax -11

Internet: www.germanwatch.org

E-Mail: info@germanwatch.org

Stand: 04.11.2024

Bestellnr.: 24-9-01

Bildquellen: Germanwatch, sofern nicht anders gekennzeichnet.

Porträtbilder der Mitarbeitenden und des Vorstands (sofern bei Redaktionsschluss vorliegend und Veröffentlichung erwünscht): privat oder Germanwatch

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter:

<https://www.germanwatch.org/de/91655>

Inhalt

A	Politische Rahmenbedingungen	4
B	Die Basis unserer Arbeit	10
C	Unsere Arbeit	15
	Bildung für nachhaltige Entwicklung.....	16
	#climatechallenge – Lernorte für Klimaschutz und demokratische Praxis.....	16
	#MitmischenNRW – wirksame Jugendbeteiligung verankern.....	17
	Psychologische Erkenntnisse in der Umsetzung von Transformationsprozessen nutzen – ein Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis.....	17
	Engagement mit Hand und Fuß – wirksam mitgestalten global und lokal	18
	Ausblick – #Transformation gemeinsam gestalten.....	20
	Unternehmensverantwortung.....	23
	Europaweit unternehmerische Sorgfaltspflichten verbindlich festschreiben.....	23
	Deutsches Lieferkettengesetz konsequent umsetzen.....	25
	Schutz von Menschenrechten und Umwelt in Unternehmenslieferketten stärken	25
	Primärrohstoffbedarf durch Kreislaufwirtschaft senken	26
	Ausblick.....	27
	Deutsche und Europäische Klimapolitik	30
	Mit breiten Bündnissen für einen sozial gerechten European Green Deal in herausfordernden Zeiten	31
	Das klimaneutrale Energiesystem mitgestalten	31
	Für klimaneutrale Mobilität: ein europäischer „Aufbruch Schiene“	32
	Industrietransformation mit Kreislaufwirtschaft voranbringen	34
	Nachhaltige Digitalisierung gestalten	35
	Ukraine: europäische Solidarität für den klimafreundlichen Strukturwandel auch in Kriegszeiten stärken	35
	Ausblick	36
	Internationale Klimapolitik	40
	Impulse für eine ehrgeizige und kohärente Klimaaußenpolitik von Bundesregierung und EU	40
	Sozial-ökologische, menschenrechtsbasierte und gerechte Transformation.....	43
	Bedarfsorientierte Anpassung und angemessenen Umgang mit Schäden und Verlusten im Sinne der Verletzlichsten voranbringen und Maßnahmen geschlechtersensibel und menschenrechtsbasiert umsetzen	45
	Ausblick.....	47
	Zukunftsfähige Finanzflüsse.....	51
	Nachhaltiges Wirtschaften fördert Transformation zu einer emissionsarmen und resilienten Gesellschaft	53
	Reform der internationalen Finanzarchitektur für mehr globale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung.....	54
	Engagement für konsequente Umsetzung des 100 Milliarden-US-Dollar-Versprechens bis 2025 und das neue Klimafinanzierungsziel mit Fokus auf die Bedürfnisse der Verletzlichsten	55
	Ausblick.....	56
	Welternährung, Landnutzung und Handel	61
	Deutsche und europäische Agrarpolitik nachhaltig gestalten.....	61
	Tierhaltung nachhaltig reformieren.....	63
	Handelspolitik und Lieferketten nachhaltig gestalten.....	65
	Ausblick.....	66
	Pressearbeit	68
	In die Tiefe gehend und immer facettenreicher.....	68
	Immer professioneller vor Mikro und Kamera.....	70
	Ausblick.....	70
	Kommunikation und Fundraising	71
	Europawahl: gesellschaftliche Mehrheiten für eine gerechte Transformation ermöglichen	71
	Neuer Blick auf unsere Themen.....	73
	Gemeinsam für unser Recht auf Klimaschutz – neue Zukunftsklage	74
	Unser vielfältiges Informationsangebot von A – Z.....	75
D	Germanwatch in Netzwerken und Kooperationen.....	77
E	Finanzbericht – Kalenderjahr 2023	79

A Politische Rahmenbedingungen

Gemeinsam und schnell eine neue sozial-ökologische Normalität ermöglichen: Solidarität, Gerechtigkeit und Demokratie schätzen und leben

Nie zuvor sind weltweit in einem Jahr so viele Menschen zur Wahl gegangen wie 2024: in Indien, Bangladesch, Venezuela und Südafrika bis hin zur EU, ebenso in Frankreich, dem Vereinigten Königreich sowie in Deutschland in Thüringen, Sachsen und Brandenburg.

In vielen Ländern der Welt werden die politischen Auseinandersetzungen vom Ringen zwischen einem demokratischen und einem autoritären Staatsmodell geprägt. Zunehmend spielt dabei auch der Kampf um das beschleunigte Ende des fossilen Geschäftsmodells eine Rolle. Ein besonders prägnantes Beispiel für dieses Zusammenspiel ist die diesjährige Wahl in den USA.

Auch in der EU stehen die demokratische Perspektive für Europa und die Zukunft des European Green Deals im Fokus politischer Auseinandersetzungen. Für die nächsten Jahre ist zentral, ob der Paradigmenwechsel weg von einem „weiter so“ und einem fossil „befeueren“ Wachstum hin zu einer EU gelingt, die den Green Deal, Treibhausgasneutralität und Kreislaufwirtschaft wirkungsvoll, fair und bezahlbar umsetzt; die die Freiheit der Presse, der Justiz und der Zivilgesellschaft sichert. Das heißt auch: hin zu einem Europa, das – zwischen den Supermächten USA und China – global und im Inneren Verantwortung für die Lebensgrundlagen und die Grundrechte der Menschen übernimmt.

Das fossile Geschäftsmodell steht unter immensem Druck

Die gute Nachricht: Die Transformation hin zu Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien nimmt weltweit massiv an Fahrt auf. Bislang passiert das vor allem in den führenden Industrie- und Schwellenländern – die G20 ist für etwa 80 % der globalen Emissionen verantwortlich. Dort wachsen die Investitionen in die grünen Zukunftstechnologien exponentiell. Die Kosten der Zukunftstechnologien dagegen sinken rapide.

Immer stärker zeichnet sich ab, dass China – basierend auf Elektrifizierung (Verkehr, Gebäude, Industrie) und immensem Zubau an Erneuerbaren Energien – zum zentralen Akteur des neuen Energiezeitalters wird. China, das Land mit den mit Abstand größten Emissionen, hat möglicherweise 2023 den Höhepunkt seiner fossilen Emissionen erreicht.

Endlich gerät so das Geschäftsmodell der fossilen Sektoren (Kohle, Öl und Gas) weltweit unter Druck – durch die enorme Dynamik für Klimaschutzinvestitionen (Photovoltaik, Wind, Stromspeicher, Elektromobilität, Wärmepumpen) und den von China und den USA angeführten Wettlauf um dieses Geschäftsmodell. Schlecht gemanagte Transformationsrisiken werden auch im deutschen Automobilsektor sichtbar. Nicht eine ambitionierte Klimapolitik, sondern eine zu späte Anpassung an neue Märkte und das Festhalten an alten Strategien führen zu fatalen Unternehmensentwicklungen und bringen Arbeitsplätze in Gefahr.

Die Reaktion des fossilen Sektors nimmt die Unterminierung der Demokratie als Kollateralschaden in Kauf

Der fossile Sektor sieht dem nicht tatenlos zu. Viele fossil dominierte Staaten – wie etwa Russland, Saudi-Arabien oder Iran – und Unternehmen wie die Koch Brothers und Exxon kämpfen, orientiert

am kurzfristigen Interesse, vehement um die Zukunft ihres Geschäftsmodells. Sie wissen: Wenn Finanzunternehmen ihre Finanzflüsse wirklich in Einklang mit dem Pariser Abkommen bringen, schmilzt ihr Geschäftsmodell wie Eis in der Sonne. Viele fossile Lobbyist:innen nehmen bei ihrem Einsatz zumindest als Kollateralschaden auch ein Untergraben der Demokratie in Kauf. Unser jährlich bei den Weltklimakonferenzen (COPs) vorgestellter Climate Change Performance Index (CCPI; Klimaschutz-Index) zeigt eine „Wahlverwandtschaft“ zwischen den großen Exporteuren von Öl und Gas und autoritären Regierungsstrukturen. Autokratien wie Russland, Iran, Saudi-Arabien, Aserbaidschan (Präsidentschaft der COP29 im November 2024) oder Venezuela sind sprechende Beispiele. Wir sehen den Druck fossiler Lobbystrukturen aber auch auf Demokratien in den USA, in Brasilien (unter dem ehemaligen Präsidenten Jair Bolsonaro), Ungarn oder Italien. Und wir sehen dies auch zunehmend in Deutschland – man denke an die Rolle des Prometheus Instituts bei der Kampagne gegen das Gebäudeenergiegesetz oder die russische Einflussnahme auf die sozialen Netzwerke in Thüringen und Sachsen.

Positive Zukunftsbilder der sozial-ökologischen Transformation

Lust auf Veränderung statt Angst durch Unsicherheit in Zeiten von Veränderung, Krieg in nächster Nachbarschaft und dem Fehlen verlässlicher Medienarbeit

Die „Bemühungen“ des fossilen Sektors fallen auf fruchtbaren Boden, wenn Zukunftsängste geschürt werden und die Aufmerksamkeitsökonomik ihren Beitrag dazu leistet, dass Medien auf Effekthascherei statt auf eine solide Berichterstattung und sachliche Einordnung setzen; wenn die Transformation als unmögliches Unterfangen dargestellt wird und wenn auf Probleme statt auf vorhandene Lösungen fokussiert wird. Die Debatte um die Wärmewende hat uns gezeigt, wie schnell ein vermeintlicher gesellschaftlicher Konsens mit Blick auf die notwendige sozial-ökologische Transformation kippen kann, wenn aus abstrakten Zielen regulatorische Eingriffe werden, die immer mehr individuelle Lebensstile berühren (müssen). Die Komplexität der Umsetzung der Transformation verlangt – vor allem auch wegen des enormen Zeitdrucks – allen viel ab: gut durchdachte und gut kommunizierte Eingriffe der Politik, verantwortungsvoller Journalismus und Sensitivität auf Seiten von Bürger:innen bezüglich Falschinformationen und Beeinflussung, vorausschauendes Management von Unternehmen und ein Miteinander statt ein Gegeneinander.

Erreichte Meilensteine und Fortschritt dürfen auch angesichts des immensen Zeitdrucks, unter dem wir stehen, nicht kleingeredet werden. Eine Vielzahl regulatorischer Interventionen hat der Wirtschaft und der Finanzindustrie viel zugemutet, die daher unter enormem Druck stehen – wie bspw. durch die neuen Sorgfalts- und Berichtspflichten. Viele Regularien zeigen bereits Wirkung, sei es beim Einsatz für entwaldungsfreie Lieferketten und der Bewertung, Berücksichtigung und Kommunikation von Auswirkungen unternehmerischen Handelns auf die Gesellschaft und die Umwelt. Der neue Ansatz der doppelten Wesentlichkeit – d. h. dass Unternehmen sowohl ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft und die Umwelt als auch die Auswirkungen der Gesellschaft und der Umwelt auf ihr Unternehmen (finanzielle Wesentlichkeit) bewerten müssen – zeigt bereits Wirkung: Schon heute hat die Richtlinie hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Corporate Sustainability Reporting Directive – CSRD) mit diesem Ansatz in vielen Unternehmen bisher nebeneinander agierende CSR- und Controllingteams zum „Zusammendenken“ ihrer Perspektiven gebracht. Statt eines kurzfristigen Rufs nach der „Befreiung von den neuen Bürokratiemonstern“ bedarf es einer neuen Fehlerkultur bei der Evaluierung und Überarbeitung von Vorschriften, eines gezielten Blicks auf die bereits erzielten Wirkungen und Respekt für die Menschen in den Unternehmen, die diese Wirkung mit viel Engagement ermöglicht haben. Denn eine Transformation unter enormem Zeitdruck ist anstrengend, aber machbarer als der Umgang mit einem „weiter so“.

Höchste Zeit für Investitionen angesichts erodierender Infrastruktur und drängender Zukunftsherausforderungen

Ohne ausreichende Investitionen in Kitas und Krankenhäuser, in Bahn und Brücken wird es schwer sein, die schweigende Mehrheit der Gesellschaft für den notwendigen Kampf um die Demokratie zu begeistern. Im Gegenteil: Frust und Wut über diese mangelhafte Daseinsvorsorge und über das anscheinend fehlende Interesse am Wohlbefinden der eigenen Bürger:innen sind – verbunden mit dem Verlust an Vertrauen zu etablierten Parteien und Politiker:innen und damit in das demokratische System – Faktoren für die Wahl extremer, populistischer Parteien. Gut gemacht hingegen kann vieles davon so umgesetzt werden, dass es zugleich den Weg freiräumt, um die notwendigen globalen Klima-, Biodiversitäts- und weiteren Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Voraussetzung hierfür ist aber, dass die enorme Finanzierungs- und Investitionslücke bis 2030 geschlossen wird.

Der 6. Sachstandsbericht des Weltklimarats (IPCC) drängte auf ein Politiksignal in der Stärke des Signals der Europäischen Investitionsbank während der europäischen Staatsschuldenkrise 2011 – 2012 („whatever it takes“): Öffentliche Investitionen, öffentlich-private Partnerschaften oder eine entsprechende Regulierung für den Privatsektor könnten Teil eines solchen Signals sein, denn nur eine gerechte Transformation kann gelingen und nichts wird zukünftige Generationen teurer zu stehen kommen als das Nichtstun. In der Bundesregierung blockiert insbesondere die FDP das notwendige Handeln. Die Konsequenz: Die öffentliche Hand kann bei diesen Rahmenseetzungen nicht, der Privatsektor will nicht investieren. Wir dürfen den berechtigten Ärger darüber nicht undemokratischen Kräften überlassen. Wir sehen, dass in Gewerkschaften und Unternehmen, in der Wissenschaft und bei Sozialverbänden der Ruf nach verlässlichen Rahmenseetzungen für entsprechende Investitionen laut wird. Daraus gilt es wirkmächtige Allianzen für einen national und international handlungsfähigen Staat und eine handlungsfähige EU zu formen und die Chance zu nutzen, dass die Transformation wieder zu einer Frage des „wie“ statt des „ob“ wird. Um Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen ist es wichtig, Unmut mit Mut zu begegnen, unbequeme Wahrheiten und Realitäten zu benennen und gleichzeitig Strategien und Möglichkeiten für eine zukunftssträchtige Entwicklung aufzeigen. Statt vorwiegend negativ gefärbte Themen zu bedienen, gilt es positive eigene Inhalte dagegenzusetzen. Dabei müssen wir aber auch Ängste und Kritik ernst nehmen – und zwar von allen: nicht nur von den wirtschaftlich schwach aufgestellten, sondern auch von der Wirtschaft. Das möchten wir auch in unserer Arbeit umsetzen.

Neue Regeln für Verantwortungsübernahme und neue Visionen für die europäische Wirtschaft im Zeitalter der „globalen Nachbarschaft“

Viele Jahrzehnte lang basierte ein nicht unerheblicher Teil unseres Wohlstands darauf, dass unser politisches System und unser Wirtschaftssystem die Nebenfolgen ihres Handelns auf die Schwachen, auf die künftigen Generationen oder auf die ökologische Mitwelt abgeschoben haben. Die Klima- und Biodiversitätskrise oder die Kritik aus Teilen des Globalen Südens am Sozial- und Umweltdumping in der Lieferkette von Unternehmen zeigen, dass diese Nebenfolgen sich nicht weiter auf die Umwelt oder andere Menschen abschieben lassen, sondern wie ein Bumerang zurückkommen. Es geht darum, endlich Verantwortung für die selbst erzeugten Schäden zu übernehmen, die Stärke der europäischen Wirtschaft nicht auf negativen Externalitäten aufzubauen und mit einem stabilen Wertekompass eine resiliente und faire europäische Wirtschaft zu entwickeln, die positive Zukunftsperspektiven für die Menschen in und außerhalb Europas bietet.

Solidarität und Gerechtigkeit sind auch im internationalen Kontext Grundlage für die notwendige Stärkung von Klimaschutz und Demokratie

Auch der Klimagipfel (die COP28) in Dubai war vom Tauziehen über das Ende des fossilen Geschäftsmodells geprägt. Es war bemerkenswert, dass sich die internationale Staatengemeinschaft bei der COP in einem der großen Ölländer und trotz eines Brandbriefs des OPEC-Chefs auf globale Ziele für die Verdreifachung von Erneuerbaren Energien, für die Verdopplung der Energieeffizienz – beides bis 2030 – sowie für die Abkehr von allen fossilen Brennstoffen („transitioning away“) einigen konnte. Es wird nun darum gehen, die Umsetzung der Ziele voranzubringen. Saudi-Arabien und andere versuchen hingegen, den Begriff „transitioning away“ aus den neuen Texten rauszuhalten. Nicht nur bei der COP, auch im bilateralen Dialog mit Akteur:innen in Indien und Indonesien setzt sich das Germanwatch-Team intensiv für die Umsetzung eines gerechten Wandels (sog. Just Transition) ein. Neben dem wirkungsvollen Erreichen der Ziele sind die soziale Ausgestaltung und Beteiligung der Betroffenen dabei zentral.

Solidarität und Gerechtigkeit sind Grundlage für den Erfolg. Eine sozial-ökologische Transformation kann nur gemeinsam gelingen. Afrika ist bspw. der Kontinent mit der weltweit stärksten Sonneneinstrahlung – das Potenzial für Erneuerbare Energien ist enorm. Gleichzeitig wird nirgends weniger in Solaranlagen investiert. Alleine in Bayern gibt es mehr Anlagen als im ganzen afrikanischen Kontinent. Diese Situation gilt es jetzt aufzubrechen, wo Solaranlagen und Batterien gemeinsam kostengünstiger als jedes neue Kohle- oder Gaskraftwerk werden. Der Germanwatch-Bereich Internationale Klimapolitik (IKP) arbeitet mit afrikanischen Partner:innen und der Bundesregierung an solidarischen und gerechten Konzepten dafür.

Um Solidarität und Gerechtigkeit geht es auch bei der Bewältigung von Schäden und Verlusten – insbesondere der Armen auf diesem Planeten. Nach dem Durchbruch für den Fonds für Schäden und Verluste (Fund for responding to Loss and Damage – FRLD) im Jahr 2022 geht es jetzt um die Umsetzung. Dabei muss im Kontext der Klimaverhandlungen das notwendige Geld organisiert werden. Zudem führt unser IKP-Bereich gemeinsam mit Partnerorganisationen aus Bangladesch ein spannendes Umsetzungsprojekt in dem so heftig von der Klimakrise betroffenen Staat durch.

Begeisternde Germanwatch-Arbeit in rauen Zeiten

Das aktuelle Umfeld verlangt auch unseren Mitarbeiter:innen jede Menge ab. Wir freuen uns sehr über die Resilienz, die Zuversicht und die engagierte und konstruktive Arbeit unseres Teams, in dem sowohl junge als auch sehr erfahrene Menschen mitwirken. In den folgenden Kapiteln stellen die Bereiche ihre Arbeit und Schwerpunkte im vergangenen Jahr vor und wir hoffen, dass Sie darin die Energie und das Engagements der Teams spüren.

Die Schwerpunkte unserer Arbeit bleiben auch in einem wieder veränderten Umfeld von großer Bedeutung; die Arbeit mit Betroffenen und Menschen aus verschiedenen Sektoren und Milieus, das Ins-Gespräch-kommen und Erarbeiten konstruktiver Perspektiven wurde nochmals gestärkt:

- Wir unterstützen Schritte des Miteinanders und des rhetorischen Abrüstens für konstruktive Debatten. So hat unser Team im Bereich Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) einen Strategieprozess angestoßen. Er soll den Austausch über mögliche Fortschritte für den Schutz der Lebensgrundlage und eine zukunftsfähige Demokratie über Milieugrenzen hinweg ermöglichen. Impulse aus der psychologischen Forschung, die der BNE-Bereich im Rahmen mehrerer Fachtagungen in Kooperation mit dem Zentrum für Transformationsforschung und Nachhaltigkeit (transzent) der Bergischen Universität Wuppertal erhalten hat, bereichern dies.
- Das Miteinander zu stärken gilt es insbesondere auch in ländlichen Regionen. Unser Bereich Welternährung, Landnutzung und Handel (WLH) arbeitet an einer Inwertsetzung ländlicher Räume. Grundlage sollen Gespräche mit Landwirt:innen und anderen Menschen vor Ort sein

über die im Jahr 2021 vorgelegten Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) und über die Inhalte des neuen Rahmenpapiers, auf das sich die EU-Kommission im Juli 2024 verständigte.

- Wir haben unsere Arbeit zu „Zukunftsfähigen Finanzflüssen“ (ZF) wieder als eigenständigen Bereich etabliert, um die zuletzt in den verschiedenen Teams stattfindende Arbeit zu Finanzfragen erneut zu bündeln und eine ganzheitlichere Perspektive auf das Thema gerechte Finanzierung der Transformation anbieten zu können.

Für ein positives Zukunftsbild für die deutsche und europäische Wirtschaft und wichtige Schritte zur Realisierung bieten die verschiedenen Bereiche weiterhin wichtige Puzzleteile:

- Wir hoffen, dass das Oberlandesgericht Hamm im kommenden Jahr dem peruanischen Kleinbauern und Bergführer Saúl Luciano Lliuya recht geben wird, dass RWE als der größte Emittent Europas und globaler Nachbar die Folgen seines Anteils an den globalen Emissionen (0,47 %) auch im Bergland Perus verantworten muss.
- Durch das Ende Mai verabschiedete EU-Lieferkettengesetz sind ab jetzt große Unternehmen, die in der EU tätig sind, dazu verpflichtet, auch in ihren globalen Lieferketten Verantwortung für Mensch und Umwelt zu übernehmen. Der Germanwatch-Bereich Unternehmensverantwortung (UV) hat die ideenreichen und wirksamen Aktivitäten der deutschen Zivilgesellschaft auf dem Weg dahin koordiniert. Bei einer weiteren EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte, für die sich unser Bereich Welternährung, Landnutzung und Handel (WLH) intensiv eingesetzt hat, gilt es nun – bei heftigem Gegenwind – für eine ambitionierte und partnerschaftliche Umsetzung mit den Produktionsländern zu sorgen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die EU entschieden Partnerschaften eingetht, die die Interessen ihrer Partner:innen ernsthafter und ehrlicher als bisher berücksichtigt. Im Rahmen eines Pilotprojekts will das UV-Team z. B. erreichen, dass unsere guineischen Partner:innen beim Abbau von Bauxit gleichberechtigt und auf Augenhöhe in Entscheidungen einbezogen werden, die ihre Lebensrealität betreffen. Unser IKP-Bereich arbeitet in Bezug auf Wasserstoffpartnerschaften darauf hin, dass die Partnerländer an der Wertschöpfung beteiligt und die Wasserstoff produzierenden Länder in globale Lieferketten integriert werden.
- Brasilien kann – auch als Gastgeber der COP30 im Jahr 2025 – ein wichtiger Partner sein auf dem Weg, neue Spielregeln für die globale Nachbarschaft zu etablieren. Im Dezember 2023 haben Brasilien und Deutschland als Grundlage dafür eine wegweisende Partnerschaft für eine sozial-ökologische Transformation geschlossen.

Für eine faire Umsetzung des Green Deals in der EU und Deutschland

Wir sind jetzt in einer kritischen Phase, um für einen Erfolg der europäischen Industrietransformation zu sorgen. Es geht um gewaltige Investitionen in neue Geschäftsmodelle, die sich an Treibhausgasneutralität und Kreislaufwirtschaft orientieren. Die hohen Strompreise durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, der Mangel an Facharbeiter:innen und fehlende Infrastruktur stellen hier Herausforderungen dar. Unser Bereich Deutsche und Europäische Klimapolitik (DEK) legt den Fokus insbesondere auf die Stahl- und Chemiebranche. Das Schaffen von guten, tariflich abgesicherten Arbeitsplätzen in diesen Branchen ist auch ein empirisch belegtes wichtiges Element, um Rechtspopulismus unter Arbeiter:innen einzudämmen. Dazu entwickeln wir auch gemeinsam mit der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie (IGBCE) Impulse. Wir freuen uns, dass es gemeinsam mit Partner:innen gelungen ist, im ersten Entwurf der Systementwicklungsstrategie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und im Vorschlag des BMWK für ein Wasserstoff-Kernnetz zu verankern, dass grüner Wasserstoff nur dort eingesetzt wird, wo es keine effizienteren Elektrifizierungsalternativen gibt. Ergänzend arbeitet unser IKP-Bereich auf strenge Standards für die Produktion von Wasserstoff in Partnerländern hin, die es in inklusiven

Prozessen mit lokalen Akteur:innen – etwa in afrikanischen Ländern – entwickelt hat. Zugleich hat unser UV-Bereich aufgezeigt, wie Hersteller verpflichtet werden können, Verantwortung für den Umgang mit Altprodukten zu übernehmen. Und der DEK-Bereich hat sich im politischen Prozess um die Ökodesign-Verordnung der EU erfolgreich für Digitale Produktpässe eingesetzt, damit Produkte länger genutzt, repariert und wiederverwendet werden können.

Während in Deutschland in einigen Sektoren – insbesondere beim Ausbau Erneuerbarer Energien – erhebliche Fortschritte zu verzeichnen sind, gab es insbesondere im Verkehrssektor bisher eine sehr weitgehende Blockade. Dieser Sektor droht absehbar seine Klimaziele für 2030, 2040 und 2045 zu torpedieren. Deshalb steht er im Zentrum der Zukunftsklage, die Germanwatch und Greenpeace unterstützt u. a. von Protect the Planet und der C&U Baumeister-Stiftung für nachhaltige Technologie gemeinsam mit mehr als 50.000 Menschen im September 2024 beim Bundesverfassungsgericht eingereicht haben.

Herausforderung Kriege

Sowohl im russischen Angriffskrieg auf die Ukraine als auch im Gaza-Konflikt untergräbt das Recht des Stärkeren die Stärke des Rechts (u. a. des internationalen Völkerrechts) sowie das System der kollektiven Sicherheit massiv. Wir haben als Menschenrechts-, Entwicklungs- und Umweltorganisation angesichts der immer entsetzlicheren Eskalation im Gaza-Konflikt jegliche Verstöße gegen Menschenrechte und gegen das Völkerrecht verurteilt. Wir haben Empathie mit allen Opfern ausgedrückt und auf die Einhaltung von Völkerrecht und Menschenrechten für alle gedrängt, ebenso auf darauf aufbauende Wege, die zum Frieden führen.¹ Wir sind froh, dass es uns gemeinsam mit vielen Mitarbeiter:innen aus dem Team gelungen ist, in einer sich immer wieder verändernden Situation in einem intensiven und teilweise sehr emotionalen Prozess eine gemeinsame Position zu erarbeiten. Wir hoffen, damit auch einen konstruktiven Beitrag für die intensiven Debatten der Zivilgesellschaft bei den UN-Klimaverhandlungen geleistet zu haben.

Germanwatch hat auch – trotz der fortdauernden Aggression Russlands gegen die Ukraine – an Grundlagen mitgearbeitet, damit die Ukraine in den 2030er-Jahren aus der Kohleverstromung aussteigen kann und zugleich konstruktive Perspektiven für die Region entstehen können. Dafür haben wir u. a. in der Ukraine mit den verschiedenen Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die dort unsere Partner:innen sind, eine mehrtägige Strukturwandelkonferenz durchgeführt und uns in die Vorbereitung der internationalen Ukraine-Wiederaufbaukonferenz im Juni 2024 in Berlin eingebracht.

Mit einer klaren Vision in die nächste kritische Phase

Wir sehen uns gut gerüstet, um mit viel Energie und manch neuem Ansatz in die nächsten Monate zu gehen – in die kritische Phase vor der nächsten Bundestagswahl. Wir wollen die Machbarkeit der Transformation aufzeigen, den Fokus auf das „wie“ statt das „ob“ lenken und den Gegenwind abschwächen. Wir engagieren uns mit einem klaren Wertekompass und dem Ziel, Lust auf demokratisches Streiten um die besten Lösungen zu machen – für mehr Solidarität und ein gutes Leben für alle.

Willkommen an die neuen Mitglieder und Dank an alle Unterstützer:innen!

Auf der Grundlage einer neuen Fundraising-Strategie hat der Bereich Kommunikation und Fundraising (KF) gezielt auf Nachhaltigkeitsevents neue Mitglieder geworben. Allein im ersten Halbjahr 2024 haben sich uns über 200 neue Mitglieder angeschlossen. Herzlich willkommen!

Sie sehen, die Herausforderungen sind groß, aber unser Engagement wächst mit diesen Herausforderungen. Das ist nur möglich dank unserer Mitglieder und Unterstützer:innen – ganz herzlichen Dank dafür!

¹ <https://www.germanwatch.org/de/91048>

B Die Basis unserer Arbeit

Der Erfolg von Germanwatch ist untrennbar mit dem Engagement vieler Menschen verbunden, die in unterschiedlichsten Rollen Verantwortung übernehmen und so gemeinsam unsere Ziele vorantreiben. Dank der Unterstützung unserer Mitglieder, Spender:innen sowie unserer haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter:innen konnten wir auch im vergangenen Jahr bedeutende Akzente setzen. Dieses unermüdliche Engagement hat uns geholfen, wichtige Themen wirksam voranzubringen, auf die wir im Kapitel C (Unsere Arbeit) näher eingehen werden.

Unsere Mitglieder und Unterstützer:innen

Zu Germanwatch gehören aktuell 1.174 Mitglieder, davon 401 stimmberechtigte, 763 Fördermitglieder und 10 Ehrenmitglieder (Stand 30.09.2024).

2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
560	575	603	600	632	644	675	709	779	824	838	857	929	1.174

Diese wachsende Gemeinschaft ist für uns nicht nur eine statistische Größe, sondern der Kern unserer Arbeit. Jedes Mitglied, jede Spende – ob groß oder klein – stärkt unsere Unabhängigkeit und ermöglicht es uns, langfristig und strategisch an unseren Zielen zu arbeiten.

Auch im Berichtsjahr verzeichneten wir eine erfreuliche Steigerung der Spenden und Mitgliedsbeiträge, was die Wertschätzung unserer Arbeit verdeutlicht. In herausfordernden Zeiten erfahren wir dadurch große Unterstützung. Unser herzlicher Dank gilt allen, die durch ihre Beiträge unsere Projekte ermöglichen und die Grundlage für unsere langfristige Arbeit sichern!

Die finanziellen Grundlagen wie Spenden, Mitgliedsbeiträge und Zuschüsse werden detailliert im Kapitel E (Finanzbericht) erläutert.

Stark durch eine engagierte Führung und starke Teams

Die Steuerung und strategische Ausrichtung unserer Arbeit erfolgt in enger Zusammenarbeit zwischen der Geschäftsführung, dem ehrenamtlichen Vorstand und den engagierten Bereichen in unseren Büros in Bonn und Berlin. Regelmäßige Vorstandssitzungen sowie intensiver Austausch zwischen Vorstand, Geschäftsführung und Bereichsleitungen schaffen die Grundlage für eine zukunftsweisende Entwicklung der Organisation. Gemeinsam werden wichtige Weichen gestellt, sowohl auf politischer als auch auf organisatorischer Ebene, um unsere gemeinnützigen Ziele weiterhin erfolgreich zu verfolgen.

Strukturelle Weiterentwicklungen

Das Jahr 2023 war geprägt von Wachstum und Weiterentwicklung bei Germanwatch. Ein zentrales Thema war dabei die Vorbereitung der geplanten Aktualisierung unserer Satzung, die Germanwatch zukunftssicher und wirkungsvoller aufstellen soll. Im Fokus stehen dabei strukturelle Anpassungen der beiden oberen Leitungsebenen sowie notwendige Änderungen, um den gestiegenen Anforderungen an Haftungs- und Governancefragen unserer stark gewachsenen Organisation gerecht zu werden. Zugleich sollen die bewährten Stärken unserer Arbeitsweise, unsere wertschätzende Kultur und der engagierte, ehrenamtliche Beitrag der obersten Leitungsebene weiterhin erhalten bleiben.

Darüber hinaus freuen wir uns über wichtige interne Entwicklungen. So haben wir den Bereich Datenschutz weiter professionalisiert. Durch die Ernennung von internen Datenschutzkoordinator:innen konnten wir den Datenschutz innerhalb der Organisation stärken. Sie unterstützen den externen Datenschutzbeauftragten und tragen maßgeblich zur Umsetzung und Verbesserung der Datenschutzstandards innerhalb der Organisation bei.

Auch der Arbeitsschutz hat sich weiterentwickelt. Unsere Sicherheitsbeauftragten haben entscheidend dazu beigetragen, neue Standards zu setzen, die innerbetrieblich für eine sichere und angenehme Arbeitsumgebung sorgen.

Die Menschen hinter Germanwatch

Unsere Arbeit wäre ohne das Engagement unserer Mitarbeiter:innen nicht denkbar. Dank erfolgreicher Projektakquise und steigender Einnahmen aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen (vgl. Kapitel E – Finanzbericht) konnten wir unsere Aktivitäten weiter ausbauen und die Anzahl unserer Mitarbeiter:innen erhöhen. Unsere Teams in Bonn und Berlin arbeiten mit großer Hingabe daran, unsere Themen auf nationaler und internationaler Ebene voranzutreiben – sie und ihre Erfolge stellen wir im folgenden Kapitel vor.

Die Geschäftsführung, bestehend aus Christoph Bals und Dr. Gerold Kier, wird kompetent von Katharina Hierl als Referentin der Politischen Geschäftsführung und Sandra Ulsperger als Referentin der Administrativen Geschäftsführung unterstützt. Seit August ergänzt Katharina Blasche als Assistenz der Geschäftsführung und des Vorstands das Team. Susanne Laudahn verantwortet weiterhin erfolgreich den Bereich Projektakquise und -kommunikation und unterstützt in ihrer Funktion auch wichtige Elemente unserer Compliance wie z. B. das Einhalten der Anforderungen des Lobbyregisters. Gemeinsam mit der gesamten Belegschaft tragen sie maßgeblich dazu bei, dass Germanwatch erfolgreich an der Erreichung seiner Ziele arbeitet.

Die Politische Leitung unserer Aktivitäten in Berlin liegt in den Händen von Lutz Weischer. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die EU-China-Strategie, europäische Klimaaußenpolitik und entwaldungsfreie Lieferketten sowie die Wahrnehmung hochrangiger Außenvertretungskontakte. Eine seiner zentralen Aufgaben bleibt die kontinuierliche Weiterentwicklung der politischen Gesamtstrategie, insbesondere bei Querschnittsthemen, die mehrere Germanwatch-Bereiche betreffen und bereichsübergreifende Zusammenarbeit erfordern. Anfang des Jahres übernahm Lutz Weischer für fünf Monate zusätzlich Aufgaben des Politischen Geschäftsführers Christoph Bals, der in einer „politischen Fokuszeit“ war. Dieser hat in diesen fünf Monaten (gemeinsam mit seiner Frau Christiane Bals) in Deutschland, Österreich, Italien und Ungarn etwa 50 Expert:innen und Initiativen besucht, die sich wirkungsvoll für den Erhalt der ökologischen Lebensgrundlagen einsetzen – und zwar so, dass dies auch einer konstruktiven Weiterentwicklung von Rechtsstaat, Demokratie und einer quicklebendigen Zivilgesellschaft dient. Das herausragende Engagement des Geschäftsführungsteams hat erheblich dazu beigetragen, unsere politische Arbeit weiter voranzutreiben.

Ein weiterer wichtiger Pfeiler unseres Erfolgs ist der Bereich IT und Infrastruktur, der sicherstellt, dass die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für eine reibungslose und effiziente Arbeit geschaffen und kontinuierlich weiterentwickelt werden. In einer zunehmend digitalisierten Arbeitswelt ist dies unverzichtbar für unsere Effektivität, und wir freuen uns, diesen Bereich weiter gestärkt zu haben.

Die erfolgreiche Arbeit unseres Teams setzt eine gut organisierte und professionelle Personalverwaltung voraus. Diese wird durch den Bereich Personal, Finanzen und Verwaltung auf hohem Niveau gewährleistet. Besonders freuen wir uns über die Einführung einer neuen Personalmanagementsoftware, die zur Effizienzsteigerung und zur Optimierung der Personalprozesse

beitragen wird. Neben dem Management unserer Finanzen (vgl. Kapitel E – Finanzbericht) treibt der Bereich Personal, Finanzen und Verwaltung zudem zahlreiche interne Prozesse voran, die für den reibungslosen Ablauf und die Weiterentwicklung der Organisation von entscheidender Bedeutung sind (zur Übersicht der Mitarbeiter:innen dieses Bereichs sowie von IT und Infrastruktur siehe Seite 14).











Praktikant:innen, Honorarkräfte sowie die Teilnehmer:innen am Freiwilligen Sozialen Jahr im Politischen Leben tragen ebenfalls einen wertvollen Teil zum Erfolg von Germanwatch bei. Ihre Ideen, ihr Enthusiasmus und ihr Engagement sind eine große Bereicherung für unsere Arbeit.

Wertschätzung und Dankbarkeit

Der besondere Dank des Vorstands gilt allen unseren Mitgliedern, Spender:innen und Unterstützer:innen, ohne die unsere Arbeit nicht möglich wäre. Ebenso danken wir allen Mitarbeiter:innen, Bereichsleitungen sowie der Geschäftsführung für ihren unermüdlichen Einsatz. Zusammen bilden wir ein starkes Netzwerk, das auch in Zukunft große Schritte für eine gerechte und nachhaltige Welt gehen wird.

Geschäftsführung und Mitarbeiter:innen

Germanwatch-Vorstand

	Silvie Kreibehl Vorstandsvorsitzende		Ingmar Jürgens Stellvertretender Vorstandsvorsitzender		Michael Windfuhr Schatzmeister
	Sven Harmeling Vorstandsmitglied		Anne-Kathrin Kirchhof Vorstandsmitglied		Prof. Dr. Stefanie Lorenzen Vorstandsmitglied
	Dr. Karl-Eugen Huthmacher Vorstandsmitglied		Fiona Marker Vorstandsmitglied		Dr. Artur Runge-Metzger Vorstandsmitglied
	Dr. Klemens van de Sand Vorstandsmitglied				

Ehrevorsitzender

	Klaus Milke Ehrevorsitzender
---	--

Geschäftsführung und Stabsstellen

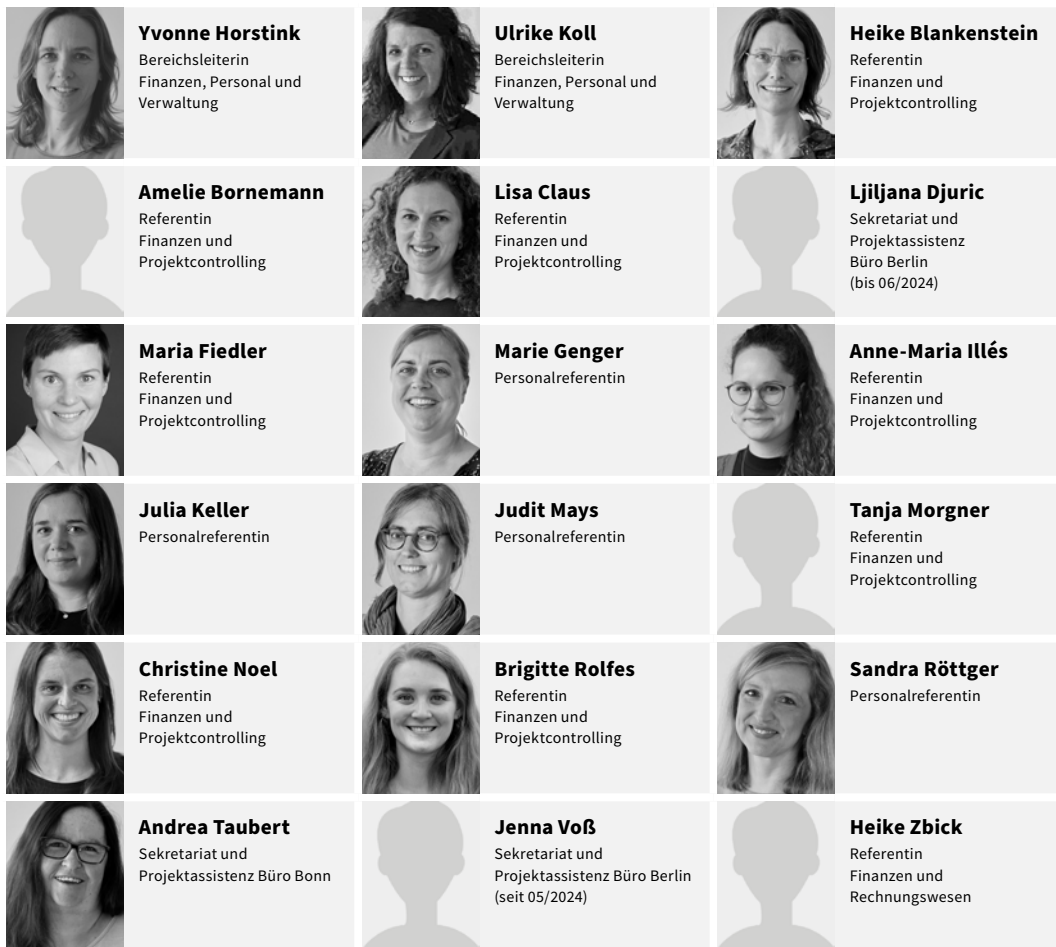
	Christoph Bals Politischer Geschäftsführer		Dr. Gerold Kier Administrativer Geschäftsführer		Lutz Weischer Politische Leitung Berlin
	Katharina Blasche Referentin der Geschäftsführung und des Vorstands (seit 08/2024)		Katharina Hierl Referentin der Politischen Geschäftsführung		Susanne Laudahn Referentin Projektakquise und -kommunikation
	Ellen Winter Referentin der Geschäftsführung und des Vorstands (bis 04/2024)		Sandra Ulsperger Referentin für Wissens- & Prozessorganisation und Assistentin des Vorstands		

IT und Infrastruktur



Mit Unterstützung von Hannah Fuge, Carolina Groß.

Finanzen, Personal und Verwaltung



Mit Unterstützung von Kira Gatzemeier.

C Unsere Arbeit

In unserer täglichen Arbeit engagieren wir uns für eine zukunftsfähige Demokratie und eine gerechte Transformation. Wir setzen Akzente für eine neue sozial-ökologische Normalität, auf dem Weg zu einem Wohlstands- und Wirtschaftsmodell, das die ökologischen Lebensgrundlagen und Menschenrechte der heutigen und künftigen Generationen hier und weltweit schützt.

Wir befinden uns aktuell in der kritischen Dekade der Umsetzung des globalen Strukturwandels. Sein Gelingen entscheidet darüber, ob wir es schaffen, die ökologischen Lebensgrundlagen – Klima, Biodiversität und Böden – für die heutige Jugend und künftige Generationen zu erhalten. Dabei steht nicht nur das „ob“ auf der Kippe, sondern auch das „wie“: Kann uns die Umsetzung rechtzeitig gelingen, bevor wichtige Kipppunkte überschritten werden? Können die Weichen hin zur Transformation so gestellt werden, dass dies die soziale Gerechtigkeit stärkt und nicht schwächt? Können demokratische Strukturen erhalten und weiterentwickelt werden?

In all unseren Bereichen arbeiten wir in einer Vielzahl von Projekten intensiv am Zusammenspiel von Strukturwandel und Demokratie:

- In den **Bereichen Deutsche und Europäische Klimapolitik** sowie **Internationale Klimapolitik** setzen wir uns dafür ein, denen eine Stimme zu geben, die von den Konsequenzen der Klimakrise oder der Transformation betroffen sind.
- Im **Bereich Welternährung, Landwirtschaft und Handel** engagieren wir uns gemeinsam mit Landwirt:innen für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen und auch für die Zukunft der Landwirt:innen.
- Im **Bereich Unternehmensverantwortung** arbeiten wir daran, wie Menschenrechte in der gesamten Lieferkette geschützt werden können. Der Schutz der Menschenrechte ist auch eine wichtige Grundlage für demokratische Entwicklungen. Gleichzeitig ist es ein grundlegendes demokratisches Prinzip, Menschen, die von unserem Handeln betroffen sind, auch die Möglichkeit zu geben, Einfluss zu nehmen bzw. sich bei Missständen zu beschweren.
- In unserem **neuen Bereich Zukunftsfähige Finanzflüsse** setzen wir uns dafür ein, die Kluft zwischen Arm und Reich abzubauen und die Finanzströme in die richtige Richtung für einen sozialgerechten Strukturwandel zu lenken.
- Unsere drei **Bereiche Bildung für Nachhaltige Entwicklung, Kommunikation und Fundraising** sowie **Presse** sind zentral für die Umsetzung all dieser Themen bei Germanwatch. Dabei zeigen wir auch die Möglichkeiten zur Selbstwirksamkeit in einer Demokratie auf.

Das ist nur ein kleiner Ausschnitt aus unserer Arbeit – wir freuen uns, auf den nächsten Seiten ausführlicher über unsere Aktivitäten der letzten zwölf Monate zu berichten. Unsere sechs politischen Bereiche haben, unterstützt von den Bereichen, welche die Basis unserer Arbeit sichern, wichtige Meilensteine auf dem Weg zum Erreichen dieser Ziele vorangebracht.

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Klimagerechtigkeitsfragen und demokratische Teilhabe sind in aufrüttelnder Weise im Bildungsbereich angekommen. Der Diensteid, den verbeamtete Lehrer:innen ablegen, verpflichtet zu demokratischer Bildung und Klimabildung im Sinne unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Indem das **UNESCO-Programm „Bildung für nachhaltige Entwicklung 2030“ (BNE 2030)** bekannter und umsetzungsrelevanter wird, kommen transformative Bildung und ein ambitionierter Whole Institution Approach im Bildungswesen an. Trotz des breiten Ansatzes bleiben Entscheidungsträger:innen die erste Zielgruppe von BNE – wir sind begeistert, dass das Germanwatch-Bildungsteam hier einen wichtigen Beitrag leisten konnte.

Engagement, das den eigenen Handabdruck vergrößert und das Menschen befähigt und empowert, nicht nur den eigenen Lebensstil, sondern vor allem Strukturen hin zu mehr Nachhaltigkeit zu verändern, erlebte einen wahren Boom im Berichtszeitraum. Die **Berichterstattung über das Engagement mit dem Handabdruck und dessen Anwendung** findet sich in immer mehr Verbandsbroschüren, Artikeln, Büchern und auf Social Media. Denn zunehmend wird deutlich, dass es neben der Verringerung des eigenen Fußabdrucks unbedingt eine Veränderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen im Großen und Kleinen braucht.

Zwar erreichen wir bereits jetzt viele engagierte Menschen – vor allem im Bereich lebenslanges Lernen auch außerhalb der gewohnten zivilgesellschaftlichen Bereiche – doch ist es ein starkes Anliegen, hier weitere Türen aufzustoßen. Wir wollen mehr Menschen in den demokratischen Meinungsbildungsprozess einbinden und mehr Austausch über Milieugrenzen hinweg ermöglichen. Wir reflektieren dies in einem internen Strategiejprozess und konnten bereits Veränderungen in laufenden Projekten vornehmen sowie neue Projekte gezielt entsprechend konzipieren. Ziel ist es, das Konzept des Handabdrucks in mehr Bereichen der Gesellschaft bekanntzumachen und mit mehr Menschen ins Gespräch zu kommen. Einige Erfolge und Herausforderungen beschreiben wir im Folgenden.

#climatechallenge – Lernorte für Klimaschutz und demokratische Praxis

Das Projekt #climatechallenge² ist eine Kooperation mit der Hochschulinitiative „netzwerk n“ und dem Karlsruher Transformationszentrum für Nachhaltigkeit und Kulturwandel (KAT) am Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Ziel ist es, die Chancen und Herausforderungen der Reduktion des individuellen ökologischen Fußabdrucks zu reflektieren und einen praktischen Einstieg in strukturell wirksames Handabdruck-Engagement für effektiven und sozial gerechten Klimaschutz zu bieten.

Den Fußabdruck verkleinern – den Handabdruck vergrößern

Das Projekt #climatechallenge überzeugte mit Schulungen zur Ausbildung von Climate Challenger:innen – eine Gruppe aus 30 besonders engagierten Personen. Diese führen nun in ganz Deutschland das Bildungsformat der #climatechallenge mit Gruppen an Schulen und Hochschulen durch. Bei den intensiven mehrtägigen Schulungen werden die Climate Challenger:innen nicht nur zu Expert:innen für das neue Bildungsformat, sondern setzen sich auch mit verschiedenen Themen auseinander wie der Transformation von Institutionen und Strukturen, dem Problem der Intersektionalität (Mehrfachdiskriminierung), dem angehenden Engagement für Klimaschutz und sozial gerechten Wandel, sicheren Austauschräumen sowie Diskriminierungssensibilität. Dazu kommt die Ausbildung in halb- bis ganztägigen Kompaktschulungen von vielen weiteren



² <https://www.climatechallenge.de/>

Multiplikator:innen, die mit eigenen Gruppen #climatechallenges durchführen. Germanwatch ist hier vor allem im Lernfeld Schule und außerschulische Lernorte aktiv, „netzwerk n“ bei Hochschulen und das KAT bei kommunalen Akteur:innen. Darüber hinaus stellt das Projekt eine bundesweite Vernetzungsplattform für Aktive in der #climatechallenge zur Verfügung und trägt mittels kontinuierlicher Öffentlichkeitsarbeit und mithilfe von Kooperationen zur deutschlandweiten Verbreitung des Formats bei. Ein begleitendes Monitoring erhebt die Wirkungen der #climatechallenges sowohl in Bezug auf CO₂-Einsparungen als auch in Bezug auf Kompetenzerwerb. Ergänzt wird dies durch Bildungsmaterial, das kostenfrei zur Verfügung steht – auch allen, die nicht an einer #climatechallenge teilnehmen.

#MitmischenNRW – wirksame Jugendbeteiligung verankern

Das Jugendbeteiligungsprojekt #MitmischenNRW³ unterstützt junge Menschen in ihrem politischen Engagement für nachhaltige Entwicklung in Nordrhein-Westfalen (NRW). Wir haben in Kooperation mit dem Landesjugendring NRW im Jahr 2023/24 Veranstaltungen durchgeführt, um den demokratischen Dialog zwischen jungen Engagierten und Mitarbeiter:innen aus Politik und Verwaltung zu stärken.

Die jungen Engagierten konnten auf der 9. NRW-Nachhaltigkeitstagung, die am 23. September 2023 im Landtag NRW stattfand, ihre Forderungen einbringen und erfolgreich Impulse zur Umsetzung ambitionierter Nachhaltigkeitspolitik setzen. Im Dialogformat „Pizza & Politik“ kamen die Teilnehmer:innen von #MitmischenNRW ins Gespräch mit NRW-Umweltminister Oliver Krischer und darüber hinaus mit 30 Verantwortlichen aus allen Ministerien NRWs.



#MitmischenNRW überreicht NRW-Umweltminister Oliver Krischer Forderungen für nachhaltige Entwicklung in NRW.

Jugendbeteiligung an nachhaltigkeitspolitischen Prozessen in NRW

Zur bestmöglichen Begleitung der Jugendlichen in ihrem Engagement haben wir Fortbildungen organisiert und umgesetzt. So konnten die Jugendlichen ihre Fähigkeit zu gemeinwohlorientierter Lobbyarbeit ausbauen und in Gesprächen mit Minister:innen – z. B. mit NRW-Klima- und Wirtschaftsministerin Mona Neubaur – konkret anwenden. Neben praktischen Kommunikationsfähigkeiten fördert #MitmischenNRW ein Utopie geleitetes Engagement. Hierfür eröffneten wir im Format „Create Future“ eine kreative Utopiewerkstatt, in der junge Menschen ihre Ideen zum Ausdruck bringen konnten und gemeinsam deren politische Umsetzung planten.

Psychologische Erkenntnisse in der Umsetzung von Transformationsprozessen nutzen – ein Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis

Im Jahr 2024 startete eine Forschung-Praxis-Austauschreihe von Fachtagungen zum Thema „Psychologie & Transformation“⁴, die wir in Kooperation mit dem Zentrum für Transformationsforschung und Nachhaltigkeit (transzent)⁵ der Bergischen Universität Wuppertal organisieren.

3 <https://www.germanwatch.org/de/mitmischen-nrw>

4 <https://www.germanwatch.org/de/90653>

5 <https://transzent.uni-wuppertal.de/de/>

Hintergrund sind die Herausforderungen in der gegenwärtigen Umsetzungsphase für eine sozial und ökologisch zukunftsfähigere Gestaltung unserer Gesellschaft; diese werden oft in der intelligenten technischen sowie sozioökonomischen Ausgestaltung und der dafür notwendigen politischen Rahmensetzung gesehen. Darüber hinaus stoßen aber viele Akteur:innen bei der Umsetzung dieser Ansätze auf Hindernisse sozialer und psychologischer Art – diesen ist das Projekt gewidmet.



Germanwatch-Mitarbeiterin Marie Heitfeld bei der Eröffnung des ersten Forschung-Praxis-Austausches.

Bei den Fachtagungen bringen wir renommierte Wissenschaftler:innen aus Psychologie, Verhaltens- und Kommunikationswissenschaften mit Praktiker:innen zusammen, die Transformationsprozesse in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft vorantreiben. So fördern wir den Austausch über Erkenntnisse aus sozial-, kognitions- und umweltpsychologischer Forschung. Ziel der Reihe ist es außerdem, Einblicke in relevante Forschungsergebnisse aus der Psychologie und daran angrenzenden Wissenschaften zu geben. Wir zeigen, wie deren Einsatz in der Entwicklung, Durchführung und Kommunikation von Nachhaltigkeitsprojekten gelingen kann. Dabei geht es um die Erklärung von Zusammenhängen zwischen menschlicher Wahrnehmung, Kognition, Emotion,

Motivation und Verhalten im Umgang mit Nachhaltigkeitskrisen und Lösungsansätzen. Umgekehrt werden auch relevante Themen und Forschungsfragen aus der Praxis an die psychologische Nachhaltigkeitsforschung zurückgespiegelt.

Die Veranstaltungsreihe stößt bisher auf sehr reges Interesse. In der ersten Fachtagung am 15. Mai 2024 haben wir uns mit der Wahrnehmung von Transformationsprozessen und der Akzeptanz klimapolitischer Maßnahmen in Deutschland beschäftigt. Es wurden Phänomene wie die „Pluralistische Ignoranz“ diskutiert (viele Menschen unterschätzen, welche große Anteil der Bevölkerung notwendige Maßnahmen zur Energie- und Mobilitätswende unterstützt) und konkrete Modelle zur Erklärung der Akzeptanz politischer Maßnahmen vorgestellt. Der Fokus der zweiten Fachtagung am 18. Juni 2024 lag auf der Kognition, d. h. darauf, wie Menschen in Deutschland über Nachhaltigkeitskrisen und Lösungsansätze nachdenken. Die anwesenden Expert:innen haben für unsere Arbeit hilfreiche Einblicke in ihre psychologische Forschung zum Einfluss von Emotionen und Gruppenzugehörigkeiten auf unser Denken (motivierte Kognition), den Umgang mit extremen Meinungen sowie Bedingungen der Einstellungsänderung in Nachhaltigkeitsdebatten gegeben.

Engagement mit Hand und Fuß – wirksam mitgestalten global und lokal

Im Fokus unserer Arbeit stand auch 2023/24 die Betroffenheit insbesondere der ärmeren Menschen von den Folgen der Klimakrise – die meisten davon leben in den Ländern des Globalen Südens. Gleichzeitig verschlechtern sich weltweit die Möglichkeiten von (Klima-)Aktivist:innen, sich für den Klimaschutz einzusetzen. Selbst in Deutschland gibt es hier – wenn auch auf hohem Niveau – einige bedenkliche Tendenzen. Für uns bedeutet dies, Resilienz sowohl lokal wie auch global jeweils neu zu verstehen und zu entwickeln.

In unserem Team hat von Oktober 2023 bis April 2024 ein pakistanischer Menschenrechtsaktivist mitgearbeitet. Er ist Mitgründer von Fridays for Future Pakistan und musste wegen Bedrohungen seiner Menschenrechte im Herbst 2023 abrupt Familie und Heimat verlassen. Wir begleiten ihn auch über diesen Zeitraum hinaus, da die menschenrechtliche Lage in Pakistan für unseren Stipendiaten eher schwieriger geworden ist.

In der Arbeit des NRW-Fachpromotors für Klima und Entwicklung standen Beratungen, Vorträge und Workshops im Vordergrund. Bei dieser Tätigkeit hat sich die Nachfrage hin zu einer Unterstützung in gemeinwohlorientierter Lobbyarbeit und der sozialen Dimension der Transformation, insbesondere in sozial-gerechter Klimapolitik, verschoben. Verstärkt konnte im letzten Jahr der Austausch mit Akteur:innen der sozialen Arbeit ausgebaut werden. Zum einen sind diese in ihrer Arbeit direkt von den Folgen der Klimakrise betroffen; sie können mit einem strategisch und politisch gut aufgestellten Whole Institution Approach eine wichtige Rolle in der Umgestaltung der Gesellschaft übernehmen. Zum anderen haben sie die Nähe und oft auch die sprachliche Kompetenz, die Herausforderungen und Chancen des Wandels mit ihren Zielgruppen angemessen zu diskutieren. Die globale Dimension der Transformation und die besondere Betroffenheit der Menschen im Globalen Süden findet hier oft spannenden Widerhall, ebenso wie Gefühle von Solidarität und Verständnis, da verbindende Herausforderungen im Lebensalltag erkannt werden.

Weitere Themen, die der Fachpromotor bearbeitet und vermittelt hat, waren die UN-Klima-verhandlungen mit den Zwischenverhandlungen in Bonn. Als Co-Vorsitzender bringt er zudem entwicklungspolitische und bildungspolitische Expertise in die Nationale Plattform BNE des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) ein. Dort sitzt er im Vorsitz des Forums „Non-formale/informelle Bildung“ (NIL), das durch seine Heterogenität ein breites Spektrum an BNE-Angeboten und unterschiedlichste Zielgruppen außerhalb des formalen Bildungssystems repräsentiert. Er arbeitete aktiv am Impulspapier⁶ zur Umsetzung des UNESCO-Programms „BNE 2030“ mit.

Am 1. März 2024 ging der BNE-Online-Selbstlernkurs „BNEhoch3“⁷ an den Start. Der Kurs wurde von uns konzipiert, die einzelnen Kapitel wurden von renommierten BNE-Akteuren umgesetzt. Die finale Organisation übernahm der Wissenschaftsladen Bonn und ZebraLog. BNEhoch3 richtet sich als kostenloses Angebot an Bildungsreferent:innen, die mit Jugendlichen und Erwachsenen arbeiten. Mit Bezug zum UNESCO-Programm BNE 2030 unterstützt der Kurs die außerschulische Bildungsarbeit von Vereinen, Museen etc.

Wir sind wirksam und ausgezeichnet

Im Berichtszeitraum erhielt unsere Arbeit mit dem Handabdruck zwei wichtige Würdigungen: Am 7. November 2023 wurde Germanwatch für unsere Arbeit mit dem Handabdruck das Phineo-Wirkt-Siegel⁸ verliehen und am 26. Januar 2024 erhielten wir von der Deutschen UNESCO-Kommission und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung die „Nationale Auszeichnung – Bildung für nachhaltige Entwicklung“⁹.



Phineo bescheinigte unserer Bildungsarbeit nach einem eingehenden und die gesamte Organisation umfassenden Prüfprozess die Wirksamkeit. Unser hier mehrfach ausgezeichnetes Handabdruck-Konzept befähigt Lernende dazu, aktiv und verantwortungsvoll an der Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft mitzuwirken.

Dabei denken wir über das Fußabdruck-Konzept hinaus und ermutigen Menschen, gesellschaftliche und politische Transformation in ihrem Wirkungskreis, mit ihren Themen und ihren Mitstreiter:innen mitzugestalten. Oft erschweren strukturelle Rahmenbedingungen nachhaltiges Verhalten. Deshalb zielt der Handabdruck darauf ab, nachhaltige Strukturen auf allen Ebenen zu verankern, Selbstwirksamkeit auszubauen und erfahrbar zu machen, damit nachhaltiges Verhalten zum neuen „Normal“ wird.

6 <https://www.bne-portal.de/bne/de/news/impulspapier-nationale-plattform-2023.html>

7 <https://bnehochdrei.de/>

8 <https://www.germanwatch.org/de/89692>

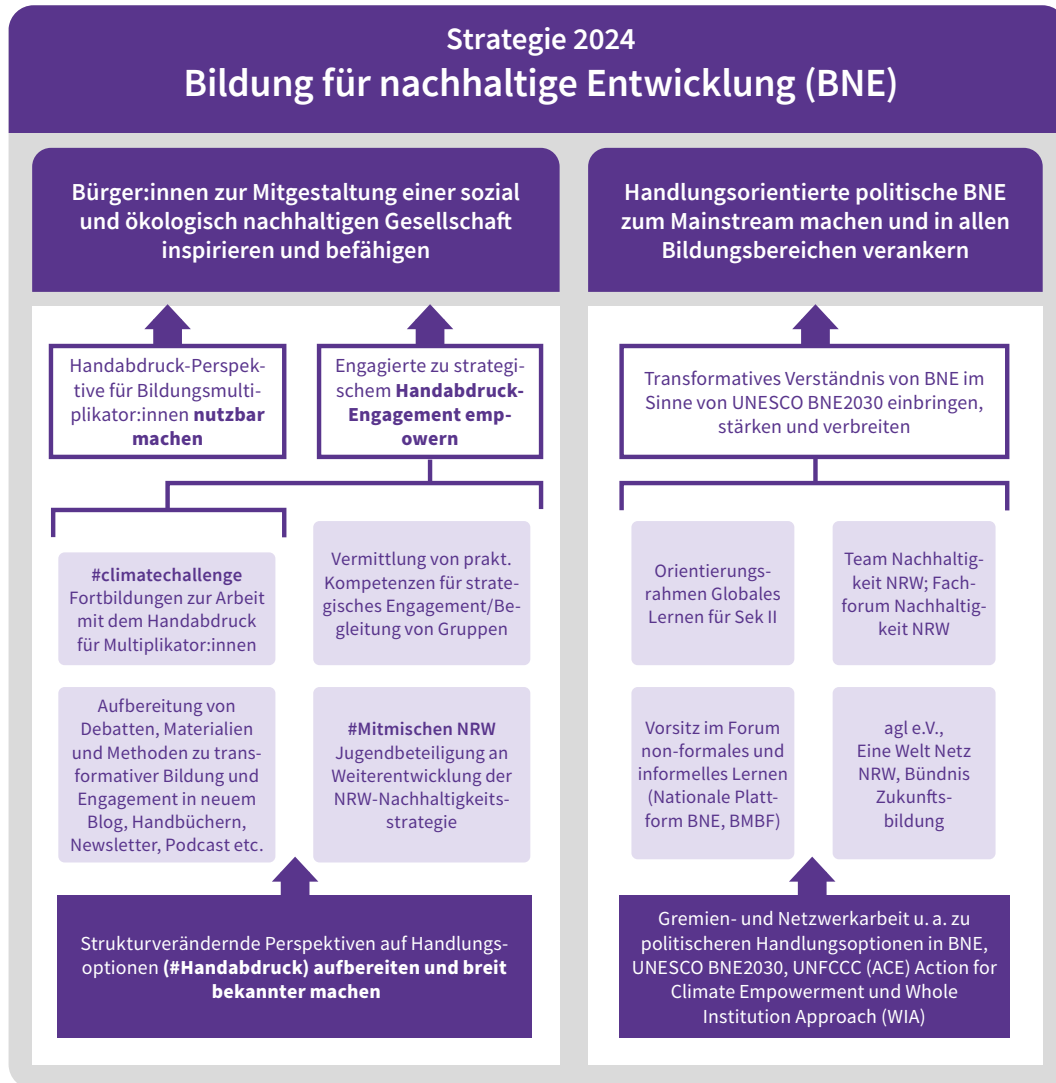
9 <https://www.bne-portal.de/bne/de/news/Engagierte-Initiativen-im-Bereich-BNE-ausgezeichnet-2024.html>

Gewürdigt wurde unser transformativ, wirksames Engagement mit dem strukturverändernden Handabdruck im Rahmen des UNESCO-Programms BNE 2030. Dieses aktuelle Bildungsprogramm fordert Bildungsakteur:innen auf, Lernende zu ermächtigen, sich selbst und die Gesellschaft, in der sie leben, zu transformieren. Und diese aktive Teilhabe an der Transformation ist Lernen im Sinne von BNE.













Ausblick – #Transformation gemeinsam gestalten

Ziele für unser kommendes Engagement sind die Teilhabe an der Gestaltung der sozial-ökologischen Transformation und Mitarbeit an einer Zukunft, auf die die Menschen sich freuen. Die Umsetzung von Klimaschutz funktioniert umso besser, je mehr Menschen dessen Notwendigkeit verstehen, wenn der Prozess sozial gerecht gestaltet und auch für Menschen mit niedrigem Einkommen bezahlbar ist. Wichtig ist, dass die Menschen, die von Transformationsprozessen betroffen sind, nicht das Gefühl haben, transformiert zu werden, sondern dass sie Gründe und Herausforderungen der Transformation verstehen und sich aktiv einbringen können. Wir haben mit dem ambitionierten Handabdruck eine Marke etabliert, die nun weiteren Kreisen als Handlungsansatz und Haltung nahegebracht wird. Wir setzen hier auf Dialog- und Austauschformate. Und wir freuen uns auf die enge Zusammenarbeit mit Akteur:innen der Psychologie, der sozialen Arbeit und der politischen Bildung – hier besonders die Pallottinische Jugendbildungsstätte Haus Wasserburg und die vielfältigen Akteur:innen der Jugendarbeit.



UNFCCC = UN-Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change)

Mitarbeiter:innen

	Stefan Rostock Bereichsleiter Bildung für nachhaltige Entwicklung, NRW-Fachpromotor für Klima & Entwicklung		Daniela Baum Referentin Bildung für nachhaltige Entwicklung		Melanie Gehenzig Referentin Bildung für nachhaltige Entwicklung
	Marie Heitfeld Referentin Bildung für nachhaltige Entwicklung		Aylin Lehnert Referentin Bildung für nachhaltige Entwicklung		Alexander Reif Referent Bildung für nachhaltige Entwicklung (bis 03/2024)
	Carina Spieß Referentin Bildung für nachhaltige Entwicklung		Dr. Katja Thiele Referentin Bildung für nachhaltige Entwicklung		Zoe Hollmann Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben (FSJ-P) 2023/2024 (bis 07/2024)
	Simon Zerzawy Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben (FSJ-P) 2024/2025 (seit 08/2024)				

In Zusammenarbeit mit dem Team von Geoscopia (Ramona Ehl, Martin Fliegner, Doro Fliegner, Birgitt Gernhardt, Michael Geisler, Holger Voigt).

Praktikant:innen im Berichtszeitraum: Frauke Behrens, Kira Gatzemeier, Katharina Happak, Sofie Menke, Laura Michler, Pascal Schiffmann, Karoline Snethlage, Greta Stein, Katrin Weitzel.

Verantwortlich seitens des Vorstands: Silvie Kreibiehl, Dr. Karl-Eugen Huthmacher.

Unternehmensverantwortung

Nach einem langen Tauziehen hat die EU Ende Mai das **EU-Lieferkettengesetz** endgültig verabschiedet. Nun sind große, in der EU tätige Unternehmen dazu verpflichtet, in ihren globalen Lieferketten Verantwortung für Mensch und Umwelt zu übernehmen. Dieses wegweisende Gesetz ist gleichzeitig auch ein Baustein des European Green Deal, denn es trägt auch dazu bei, die Lieferketten für die Rohstoffe fairer und nachhaltiger zu gestalten, die für die große Transformation gebraucht werden. Als Germanwatch haben wir uns intensiv für die Verabschiedung eines wirkungsvollen EU-Lieferkettengesetzes eingesetzt, insbesondere im Rahmen der von uns koordinierten **Initiative Lieferkettengesetz**. Gleichzeitig haben wir im letzten Jahr darauf hingewirkt, dass das bereits bestehende deutsche Lieferkettengesetz ambitioniert umgesetzt wird. Dafür haben wir im Beirat der zuständigen Kontrollbehörde – dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) – mitgearbeitet und uns mit unserer Advocacy-Arbeit dem massiven politischen Gegenwind gegen die europäische Regulierung entgegengestellt.

Um eine gerechte Transformation global für alle Menschen zu erreichen, ist es besonders wichtig, Partner:innen aus dem Globalen Süden auf Augenhöhe einzubeziehen. Das gilt für Regierungen, Unternehmen, Gewerkschaften und lokale Nichtregierungsorganisationen (NGO), vor allem aber für Menschen in den globalen Lieferketten. Speziell in Bezug auf Rohstofflieferketten haben wir uns sowohl in **Branchendialogen mit Unternehmen der Energie- und der Automobilwirtschaft** dafür eingesetzt als auch auf politischer Ebene im Kontext des Rohstofffonds und beim Critical Raw Materials Act (CRMA) dafür engagiert. Da Rohstoffabbau jedoch grundsätzlich mit oft massiven Eingriffen in die Natur und den Lebensraum betroffener Gemeinden einhergeht, engagieren wir uns gleichzeitig für eine **Kreislaufwirtschaft**, die den Einsatz von nicht nachwachsenden Rohstoffen wirkungsvoll verringert. Auch die falsche Nutzung nachwachsender Rohstoffe trägt nicht zu nachhaltigen Kreisläufen bei. Deshalb haben wir uns im vergangenen Jahr auch auf deutscher und EU-Ebene in politische Prozesse eingebracht, um die Barrieren für eine echte Kreislaufwirtschaft abzubauen.

Ein Fokus unserer **rohstoffpolitischen Arbeit** liegt dabei auf den Rohstoffen, die für die Digitalisierung und die grüne Transformation benötigt werden. Denn es gibt aktuell ein großes Engagement der Bundesregierung und der Wirtschaft, den deutschen und europäischen Zugang zu diesen Rohstoffen zu sichern. Dabei muss aber verhindert werden, dass die Externalisierung von sozialen und ökologischen Kosten aus der heutigen fossilen Wirtschaftsweise im Rahmen dieser Transformation fortgeführt wird.

Europaweit unternehmerische Sorgfaltspflichten verbindlich festschreiben

Ende Mai hat die EU das EU-Lieferkettengesetz final verabschiedet und somit einen echten Paradigmenwechsel eingeleitet: Ab jetzt sind große Unternehmen dazu verpflichtet, in ihren globalen Lieferketten Verantwortung für Mensch und Umwelt zu übernehmen. Ein großer Erfolg der Zivilgesellschaft, zu dem wir mit der von uns koordinierten Initiative Lieferkettengesetz auf vielfältige Weise wirkungsvoll beitragen konnten.

Im zurückliegenden Jahr haben wir uns weiterhin mit viel Umsicht, strategisch und leidenschaftlich für die Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD), das sog. EU-Lieferkettengesetz, eingesetzt. Eine wichtige Rolle hat dabei auch weiterhin die Initiative Lieferkettengesetz gespielt. Das Kampagnenbüro des Bündnisses aus mehr als 140 Organisationen war bis zum Sommer 2024 bei Germanwatch angesiedelt. Das Jahr 2023 ging mit positiven Meldungen zu Ende: Am 14. Dezember 2023 hatten sich das Europaparlament, die EU-Kommission und der EU-Rat im sog. Trilogverfahren endlich auf einen Kompromiss beim EU-Lieferkettengesetz geeinigt. Trotz größerer



Die Protestaktion im Januar 2024 vor dem EU-Parteitag der FDP hat Germanwatch maßgeblich mit organisiert und durchgeführt. (Foto: Initiative Lieferkettengesetz)

an, das EU-Lieferkettengesetz stoppen zu wollen. Damit positionierte sie sich gegen den gerade erst im Trilog erzielten Kompromiss – obwohl Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) die Verhandlungsposition der Bundesregierung maßgeblich geprägt und bis zuletzt mitgetragen hatte. Ein Affront, der die Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit Deutschlands in der EU – wie schon in der Debatte um das Verbrenner-Aus – massiv beschädigt hat. In der Konsequenz musste Deutschland sich im Rat enthalten – die notwendige qualifizierte Mehrheit für die CSDDD stand damit plötzlich auf dem Spiel.

Für uns begann daraufhin eine intensive Phase, in der wir zahlreiche Advocacy-Gespräche führten, intensive Pressearbeit betrieben, das Thema auf Social Media beleuchteten und einen Eil-Appell an den Bundeskanzler starteten, der in wenigen Tagen fast 50.000 Mal unterzeichnet wurde. Wir gaben auch eine repräsentative und nach Parteizugehörigkeit untergliederte Umfrage zum deutschen und zum EU-Lieferkettengesetz in Auftrag. Zudem organisierten wir in kurzen Abständen zahlreiche Protestaktionen, z. B. vor dem Europaparteitag der FDP in Berlin sowie am Kanzleramt. Mit unserer Arbeit konnten wir zeigen: Das EU-Lieferkettengesetz wird nicht nur durch eine breite Bevölkerungsmehrheit unterstützt, sondern auch durch zahlreiche Unternehmen. In dieser Phase kamen uns auch unsere Mitgliedschaft in der europaweiten Kampagne „Justice is Everybody’s Business“ sowie die enge Zusammenarbeit mit unseren Partnerorganisationen im Rahmen der European Coalition for Corporate Justice (ECCJ) zugute.

Nach einem wochenlangen politischen Tauziehen gelang es der belgischen Ratspräsidentschaft am 15. März 2024 schließlich doch noch, mit einem weiteren Kompromissvorschlag, der insbesondere bei der Anzahl der erfassten Unternehmen abgeschwächt war, eine qualifizierte Mehrheit der Mitgliedstaaten für das EU-Lieferkettengesetz zu sichern. Deutschland enthielt sich bei der Abstimmung. Dass das EU-Lieferkettengesetz trotz der enormen politischen Widerstände am 26. Juli 2024 in Kraft trat, ist ein wichtiger Erfolg. Es ist eine gute Nachricht für diejenigen, deren Rechte durch den Beitrag oder das tatenlose Zusehen europäischer Unternehmen verletzt werden und ein wichtiger Schritt, um das neoliberale Dogma „The business of business is business“ (Milton Friedman) zu überwinden: Es ist unternehmerische Pflicht, auch die Menschenrechte zu achten und die ökologischen Lebensgrundlagen zu schützen.

Mit der Verabschiedung der CSDDD endet auch die Kampagne der Initiative Lieferkettengesetz für ein EU-Lieferkettengesetz. Die Initiative wird künftig mit neuem Personal unter dem Dach des Corporate Accountability-Netzwerks für Unternehmensverantwortung (CorA) genau darauf achten, dass das EU-Lieferkettengesetz korrekt in Deutschland umgesetzt wird.

Schwächen, z. B. bei den Sorgfaltspflichten für den Finanzsektor, haben wir die Einigung begrüßt. Denn an entscheidenden Stellen ging der Kompromiss über das bestehende deutsche Lieferkettengesetz hinaus. So sollen Betroffene laut dem Kompromisstext durch eine zivilrechtliche Haftungsregelung Zugang zu Gerichten in EU-Mitgliedstaaten erhalten, wenn Unternehmen ihre Sorgfaltspflichten verletzen. Ein echter Meilenstein!

Nach einer Einigung im Trilog sind die nächsten Schritte in der EU üblicherweise nur noch Formsache. In diesem Fall kam es jedoch anders: Im Januar 2024 legte die FDP eine bemerkenswerte Kehrtwende hin. Via Präsidiumsbeschluss kündigte sie

Deutsches Lieferkettengesetz konsequent umsetzen

Das deutsche Lieferkettengesetz wirkt: Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) hat als zuständige Kontrollbehörde erste Beschwerden entgegengenommen und Maßnahmen ergriffen. Über den BAFA-Beirat und unsere Advocacy-Arbeit haben wir kritisch und konstruktiv die Umsetzung des Gesetzes begleitet und uns dafür engagiert, dass es weiter vollumfänglich gilt, und haben dem massiven politischen Gegenwind eine starke zivilgesellschaftliche Stimme entgegengesetzt.

Nachdem das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) 2023 zunächst für Unternehmen ab 3.000 Mitarbeiter:innen in Kraft trat, gilt es seit Januar 2024 auch für Unternehmen mit mindestens 1.000 Mitarbeiter:innen. Unsere ersten Erfahrungen mit dem Gesetz deuten darauf hin, dass es durchaus wirkt. So wurde das BAFA etwa im Fall „Gräfenhausen“, wo osteuropäische Lkw-Fahrer an der Raststätte Gräfenhausen wochenlang streikten, wegen fehlender Lohnzahlungen in der Transportbranche aktiv. Auch von Partnerorganisationen aus dem Globalen Süden ist zu hören, dass das Gesetz in der Praxis bereits einen Unterschied gemacht habe. Beim BAFA sind allein im ersten Jahr seit Inkrafttreten ca. 40 Beschwerden und Hinweise im Zusammenhang mit dem Gesetz eingegangen.

Damit diese Beschwerden im Sinne der betroffenen Rechteinhaber:innen zu einer Verbesserung der Situation in den Lieferketten führen, begleiten wir – u. a. durch unsere Arbeit im BAFA-Beirat – mit kritisch-konstruktivem Blick die Arbeit der Kontrollbehörde. So haben wir uns u. a. wiederholt dafür ausgesprochen, dass Beschwerdeführer:innen im Laufe des Verfahrens angemessen informiert und beteiligt werden. Wir haben die aus unserer Sicht mangelhafte Handreichung des BAFA zur Finanzwirtschaft kritisiert. Seit Mitte 2024 haben wir zudem die Ko-Koordination der zivilgesellschaftlichen Arbeitsgruppe zur Umsetzung des LkSG übernommen.

Parallel zu den praktischen Anwendungs- und Umsetzungsfragen rund um das LkSG mussten wir leider im vergangenen Jahr auch immer wieder politisch motivierte Angriffe auf das Gesetz kontern. Beschränkten sich diese zunächst „nur“ auf die Berichts- und Dokumentationspflichten nach dem LkSG, wurde zunehmend – insbesondere von Wirtschaftsminister Robert Habeck – auch eine Aussetzung des kompletten Gesetzes ins Spiel gebracht. Im Sommer 2024 forderte die Bundesregierung als Teil ihrer sog. Wachstumsinitiative, die Anzahl der vom Gesetz erfassten Unternehmen deutlich zu reduzieren. Dass ein solches Vorgehen europarechtswidrig wäre, haben wir durch ein viel beachtetes, gemeinsam mit Oxfam herausgegebenes Rechtsgutachten¹⁰ von Jura-Professorin Anne-Christin Mittwoch von der Universität Halle-Wittenberg gezeigt.

Schutz von Menschenrechten und Umwelt in Unternehmenslieferketten stärken

Wir haben uns im Sinne einer gerechten Energie- und Verkehrswende gegenüber der Politik sowie der Energie- und Automobilwirtschaft dafür eingesetzt, dass starke Menschenrechts- und Umweltstandards sowie eine effektive Einbindung von in ihren Menschenrechten Betroffenen (Rechteinhaber:innen) und NGOs in der Rohstoffbeschaffung verankert werden.

Die Verantwortung der deutschen Wirtschaft für Rohstoff-Lieferketten

Im Rahmen des **Branchendialogs Energie**, in dem Germanwatch durch die NRO-Koordinierungsstelle vertreten ist, wurde im Multi-Stakeholder-Format ein Risikoprofil zu den menschenrechtlichen Risiken in den Lieferketten der deutschen Energiewirtschaft ausgehandelt und veröffentlicht. Insbesondere durch das Engagement der beteiligten zivilgesellschaftlichen Expert:innen konnte sichergestellt werden, dass Energieunternehmen auch die Risiken in ihrer tieferen Lieferkette

¹⁰ <https://www.germanwatch.org/de/91189>

– bspw. von metallischen Rohstoffen für den Ausbau Erneuerbarer Energien – anerkennen. In Folge dieses zivilgesellschaftlichen Engagements mit unseren Partner:innen wurde im Rahmen des Branchendialogs auch ein Pilotprojekt gestartet, um die negativen Auswirkungen, die mit dem Abbau von Bauxit in Guinea verbunden sind, zu adressieren. Bauxit ist der Grundstoff für Aluminium, dessen Einsatz in Deutschland von der Autoindustrie dominiert wird; aber auch in der Erneuerbaren-Energien-Branche spielt es eine wichtige Rolle. Im Rahmen des Pilotprojekts koordinieren wir den Austausch mit guineischen Partnerorganisationen, um sicherzustellen, dass deren Erfahrungen und Bedürfnisse im Rahmen des Pilotprojekts ernsthaft einbezogen werden.

Im **Branchendialog Automobil**, in dem Germanwatch sowohl Mitglied ist als auch die NRO-Koordinierungsstelle organisiert, wurden Qualitäts- und Handlungsempfehlungen für den verantwortungsvollen Abbau von Lithium ausgehandelt. Lithium ist ein wichtiger Rohstoff für die Elektrifizierung des Verkehrs. In der Diskussion um die Qualitäts- und Handlungsempfehlungen hat Germanwatch die Stimmen von Partner:innen aus Lithium-Abbauländern eingebracht und einen direkten Austausch mit Lithium-beschaffenden Unternehmen initiiert. Dadurch haben wir dazu beigetragen, dass Perspektiven aus den Abbauregionen vermehrt in der sonst stark europäisch geführten Debatte zur Lithium-Beschaffung berücksichtigt wurden.

Menschenrechts- und Umweltstandards im Kontext von Versorgungssicherheit

Wir haben uns gemeinsam mit dem Arbeitskreis Rohstoffe für eine starke Rolle von Menschenrechts- und Umweltstandards und die Einbindung von Rechteinhaber:innen in Regelungen und politischen Instrumenten auf deutscher und europäischer Ebene eingesetzt. Dabei haben wir deutlich gemacht, dass Maßnahmen zur Versorgungssicherheit nicht zulasten von menschenrechtlichen und umweltbezogenen Mindeststandards gehen dürfen. So haben wir durch konkrete Vorschläge und in Gesprächen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klima (BMWK) und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefordert, dass wirkungsvolle Menschenrechts- und Umweltstandards zur Bedingung für die Vergabe von Mitteln aus dem Rohstofffonds werden, den die Bundesregierung angekündigt hat.

Zudem haben wir den Prozess zur Verabschiedung des Critical Raw Materials Act (CRMA) intensiv mit Vorschlägen, kritischen Nachfragen und Diskussionen mit Entscheidungsträger:innen begleitet und dabei immer wieder die Perspektiven von Organisationen aus Abbauregionen hervorgehoben. Auch die Umsetzung des CRMA begleiten wir kritisch, bspw. durch zwei Meinungsbeiträge von kasachischen¹¹ bzw. kolumbianischen¹² Partner:innen, die auf Risiken der rohstoffpolitischen Bemühungen der EU für ihre Länder hinweisen.

Primärrohstoffbedarf durch Kreislaufwirtschaft senken

Wir setzen uns für eine Kreislaufwirtschaft ein, die insbesondere den Einsatz von nicht nachwachsenden Rohstoffen sowie Emissionen wirkungsvoll verringert. Deshalb bringen wir uns auf deutscher und EU-Ebene in politische Prozesse ein, um die Barrieren für eine echte Kreislaufwirtschaft abzubauen. Wir haben etwa sehr konkret aufgezeigt, wie Hersteller verpflichtet werden können, Verantwortung für den Umgang mit Altprodukten zu übernehmen.

Eine umfassende Kreislaufwirtschaft ist ein zentraler Baustein dafür, den Bedarf an Primärrohstoffen mittelfristig zu senken. Da diese Rohstoffe meist unter hohen menschenrechtlichen und umweltbezogenen Risiken abgebaut werden, kann eine Kreislaufwirtschaft auch den Druck auf Bergbau- und Erdölförderregionen und deren Bewohner:innen senken. Deshalb haben wir uns

¹¹ <https://www.germanwatch.org/en/91087>

¹² <https://www.germanwatch.org/en/91656>

intensiv in den Beteiligungsprozess des Bundesumweltministeriums (BMUV) zur Erstellung einer Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie eingebracht. Neben übergreifenden Vorschlägen, bspw. zur Zielformulierung, haben wir Vorschläge zur Kreislaufführung von Metallen oder zirkulären Produktionsprozessen entwickelt und gemeinsam mit Vertreter:innen des Ministeriums, aus der Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft diskutiert. Einige unserer Vorschläge – z. B. zur möglichen Rolle von Digitalisierung für die Kreislaufwirtschaft, dem Umgang mit Elektroaltgeräten oder einer global gerechten Transformation zur Kreislaufwirtschaft – sind in dem im Juni 2024 veröffentlichten Entwurf der Strategie enthalten.

Des Weiteren haben wir konkrete politische Lösungsansätze für weiterhin bestehende Barrieren der Kreislaufwirtschaft ausgearbeitet und mit politischen Entscheidungsträger:innen diskutiert. So haben wir aufgezeigt, wie geistige Eigentumsrechte und zirkuläres Wirtschaften aktuell teils Zielkonflikte darstellen und wie Ausnahmeregelungen für Wiederverwendung und Reparaturen diese adressieren könnten¹³. Zudem haben wir gemeinsam mit Partnerorganisationen die Rolle politischer Rahmensetzung aufgezeigt, damit Hersteller besser Verantwortung für die Umweltauswirkungen ihrer Produkte übernehmen können. In diese Richtung geht der Vorschlag, dass Unternehmen im Rahmen einer Reform der erweiterten Herstellerverantwortung eine Abgabe zur Finanzierung von Maßnahmen wie bspw. Bezuschussung von Reparaturen zahlen¹⁴.

Ausblick

Im kommenden Jahr werden wir in enger Kooperation mit der Initiative Lieferkettengesetz und dem CorA-Netzwerk genau im Blick behalten, dass das EU-Lieferkettengesetz europarechtskonform, möglichst ambitioniert und unter Berücksichtigung der Perspektive potenziell Betroffener aus dem Globalen Süden in deutsches Recht überführt wird. Parallel dazu werden wir uns verstärkt der Arbeit an einer möglichst wirkungsvollen Anwendung des deutschen Lieferkettengesetzes widmen und darauf hinwirken, neue, progressive Allianzen zu schmieden für eine menschenrechtsbasierte Regulierung von Unternehmen im Einklang mit den planetaren Grenzen.

Wir werden uns auch weiter über unsere Arbeit in den Branchendialogen im Rahmen des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte (NAP), aber auch zu Rohstoffpartnerschaften und dem CRMA dafür einsetzen, dass auch beim Abbau von Rohstoffen, die bspw. für die Digitalisierung und die Energie- und Mobilitätswende benötigt werden, der Schutz von Menschenrechten und Umwelt sichergestellt wird. Im Rahmen des Pilotprojekts Bauxit des Branchendialog Energie wollen wir z. B. einen Beitrag dazu leisten, dass unsere guineischen Partner:innen gleichberechtigt und auf Augenhöhe in Entscheidungen einbezogen werden, die ihre Lebensrealität betreffen. Ebenso wollen wir mit Partnerorganisationen aus Peru und aus Chile zusammenarbeiten und dazu beitragen, dass ihre Perspektive in Klima- und Rohstoffpartnerschaftsvorhaben sowie bei der Umsetzung von Lieferkettengesetzen einfließt.

Um die Transformation zu einer sozial und global gerechten Kreislaufwirtschaft voranzubringen, werden wir auf eine ambitionierte Umsetzung der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie drängen. Zudem wollen wir im Dialog mit Organisationen aus Ländern des Globalen Südens darauf hinwirken, dass bei der Transformation zur Kreislaufwirtschaft in Deutschland und Europa die globalen sozialen, ökonomischen und ökologischen Implikationen stärker mitgedacht werden und Wertschöpfung zugunsten der Bevölkerung in Ländern des Globalen Südens berücksichtigt wird.

¹³ <https://www.germanwatch.org/de/90354>

¹⁴ <https://www.germanwatch.org/de/91283>

Strategie 2024

Unternehmensverantwortung (UV)

Schutz von Menschenrechten und Umwelt in globalen Lieferketten

Bis spätestens 2026 müssen Unternehmen europaweit und perspektivisch weltweit bei ihren globalen Geschäften die Menschenrechte und Umweltstandards achten. Betroffene von Menschenrechts- und Umweltbeeinträchtigungen in den globalen Lieferketten können ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen durch einklagbare Rechte verbessern.

Effektiver Rechtsrahmen

Europäische Politiker:innen haben – auch auf Druck der europäischen Zivilgesellschaft – bis Anfang 2024 ein wirksames **EU-Lieferkettengesetz** mit einer wirksamen Haftungsregelung verabschiedet.

Deutsche Politiker:innen haben bis zum Jahr 2025 das **deutsche Lieferkettengesetz** im Lichte des EU-Lieferkettengesetzes überarbeitet und Spielräume für ein strengeres Schutzniveau auf nationaler Ebene genutzt.

Starke Netzwerke

Bis Mitte 2024 haben wir, gemeinsam mit anderen Trägerorganisationen, im Rahmen des CorA-Netzwerkes die **Initiative Lieferkettengesetz** weiterentwickelt.

Wirksame Durchsetzung

Bis 2025 hat die **Umsetzungsbehörde BAFA** ein wirksames Kontrollsystem für das deutsche Lieferkettengesetz etabliert, mit dem sie gegen Verstöße **konsequent vorgeht** und Fehlinterpretationen (u. a. durch Wirtschaftsverbände) klarstellt.

Bis 2026 setzen Unternehmen aus **zwei zentralen Branchen** der deutschen Wirtschaft (**Automobil und Energie**) gemeinsame Maßnahmen zur wirksamen Umsetzung ihrer Sorgfaltspflichten aus den UN-Leitprinzipien um; für deutsche Unternehmen der Automobilindustrie ist in Mexiko ein gemeinsamer Beschwerdemechanismus geschaffen, der Rechteinhaber:innen auf Augenhöhe einbezieht.

Ressourcengerechtigkeit

Bis 2026 richten europäische und deutsche Entscheidungsträger:innen ihre rohstoffpolitischen Entscheidungen am Ziel von Rohstoffgerechtigkeit aus. Dies erfolgt im Sinne einer menschenrechtsbasierten Rohstoffpolitik, die innerhalb planetarer Grenzen operiert. Dazu beziehen sie die Perspektiven von Stakeholdern der vor- und nachgelagerten Rohstoffwertschöpfungsketten in ihre Entscheidungen ein.

Rohstofflieferketten

Bis zum Jahr 2026 wurde der **Zugang zu Information** und die **Beteiligung (betroffener) Stakeholder** sowie der Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen in der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit zu **Rohstoffen** gestärkt, z. B. im Rahmen von Klima- und Entwicklungs-, als auch Rohstoffpartnerschaften.

Bis zum Jahr 2026 haben wir **Kooperationen mit NGOs aus dem Globalen Süden** auf- und ausgebaut, mit denen wir uns gemeinsam für eine stärkere Partizipation von Rechteinhaber:innen bei rohstoffpolitischen Entscheidungen und der Ausgestaltung von Multilateralen Partnerschaftsabkommen einsetzen.

Kreislaufwirtschaft











EU-Ebene: Bis 2026 setzen sich Entscheidungsträger:innen auf EU-Ebene aktiv dafür ein, dass Kreislaufwirtschaftsansätze zu einer **absoluten Reduktion des Ressourcenverbrauchs bei elektronischen und elektrischen Geräten** beitragen. Sie kennen diesbezügliche Barrieren und wollen diese adressieren (z. B. über den **Digitalen Produktpass**, die zunehmende Unabhängigkeit von Hard- und Software oder ein herstellerunabhängiges **Recht auf Reparatur**).

Bundesebene: In der **Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie** und im Koalitionsvertrag spiegeln sich 2024 bzw. 2025 Maßnahmen der Ressourcenreduktion in Bezug auf die **verlängerte Nutzung digitaler Geräte** wider.

Bis 2026 sehen Entscheidungsträger:innen den Bedarf, mindestens zwei mögliche **negative Nebeneffekte** von Politikansätzen für Kreislaufwirtschaft Deutschlands und Europas auf Länder des **Globalen Südens** zu adressieren und kennen diesbezügliche Ansätze.

BAFA = Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, NGO = Nichtregierungsorganisation

Mitarbeiter:innen

	<p>Cornelia Heydenreich Bereichsleiterin Unternehmens- verantwortung</p>		<p>Luisa Denter Referentin für Ressourcenpolitik und zirkuläres Wirtschaften</p>		<p>Sarah Guhr NRO-Koordinatorin Branchendialoge</p>
	<p>Johannes Heeg Campaigner Initiative Lieferkettengesetz (bis 06/2024)</p>		<p>Johanna Kusch Referentin für Unter- nehmensverantwortung, Koordinatorin Initiative Lieferkettengesetz (bis 06/2024)</p>		<p>Simone Ludewig Referentin Initiative Lieferkettengesetz (bis 11/2023)</p>
	<p>Viktoria Reisch Referentin für Ressourcenpolitik und Rohstofflieferketten</p>		<p>Svenja Schöneich Referentin für Ressourcen- politik, Rohstofflieferketten und Unternehmensverant- wortung (seit 07/2024)</p>		<p>Finn Robin Schufft Referent für Unternehmens- verantwortung</p>
	<p>Michelle Trimborn Campaignerin Initiative Lieferkettengesetz (bis 06/2024)</p>				

Mit Unterstützung von: Marwin Outzen, Konstantin Paff.

Praktikant:innen im Berichtszeitraum: Annika Biellaß.

Verantwortlich seitens des Vorstands: Silvie Kreibiehl, Prof. Dr. Stefanie Lorenzen, Michael Windfuhr.

Deutsche und Europäische Klimapolitik

Die deutsche und europäische Klimapolitik ist zunehmend von politischen wie gesellschaftlichen Konflikten um das richtige Tempo und den richtigen Weg der Transformation geprägt. Das liegt nicht zuletzt daran, dass die Transformation zur Klimaneutralität verstärkt in die Umsetzungsphase geht. Damit sind zum einen die Menschen direkter in der Art und Weise betroffen, wie sie leben, arbeiten und sich fortbewegen. Das führt zu Widerständen, die zum Teil aus politischen Interessen überhöht und zugespitzt werden und so drohen, zur gesellschaftlichen Spaltung beizutragen – das Heizungsgesetz und seine Umsetzung waren dafür ein eindringliches Beispiel. Zum anderen wird mit der Ausweitung der Transformation auf Bereiche wie Heizen und Mobilität auch der Ausstieg aus den fossilen Energien forciert. Dies führt zu einer massiven Gegenreaktion von starken wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräften, die das fossile Geschäftsmodell verlängern wollen.

Die Konflikte des vergangenen Jahres müssen damit ein Stück weit auch als unvermeidbare Begleiterscheinung des Fortschritts und der Erfolge der Klimapolitik gesehen werden. Denn trotz aller Störgeräusche und Rückschläge hat die Bundesregierung wichtige Fortschritte erreicht und damit positive Dynamiken unterstützt, die auch weltweit sichtbar werden: Beim Ausbau der Erneuerbaren Energien, bei Richtungsentscheidungen für klimaneutrales Heizen, bei den Grundlagen für eine klimaneutrale Industrie.

Fokus und Ziel unserer Arbeit ist daher umso mehr, die Transformation auf eine Art und Weise zu gestalten, die sozial gerecht ist und soziale Härten abfedert; die neue Wertschöpfungsmöglichkeiten für Unternehmen schafft, um gute Arbeitsplätze zu erhalten bzw. neue zu schaffen. Wenn Klimapolitik auf diese Weise gelingt, nimmt sie zumindest mittelfristig den Populist:innen den Wind aus den Segeln.

Mit zunehmend breiten Bündnissen mobilisieren wir für die Unterstützung und Fortführung des **European Green Deals** und betonen dabei die Notwendigkeit zur sozialen Flankierung von Maßnahmen und Rahmenbedingungen, die die Umsetzung und Finanzierung bereits beschlossener Maßnahmen erleichtern. Unsere Arbeit zur **Industrietransformation** zielt darauf, industrielle Wertschöpfung und gute tarifgebundene Arbeit in Deutschland unter den Vorzeichen von Treibhausgasneutralität und Kreislaufwirtschaft zu erhalten und stärken. In der Gestaltung des **klimaneutralen Energiesystems** zielen wir auf effiziente Lösungen, die die Systemkosten gering halten. Im **Verkehrsbereich** setzen wir uns mit dem Ausbau des Schienennetzes für eine klimaneutrale Mobilität für alle ein und bringen zunehmend die Frage, wie Flugverkehr durch Umstieg auf die Schiene oder Mobilität im Kopf ersetzt werden kann, auf die Agenda. Bei unserem Einsatz für eine **nachhaltige Digitalisierung** liegt ein Schwerpunkt auf ihrem möglichen Beitrag zur Kreislaufwirtschaft und den damit verbundenen Chancen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen. Unsere Arbeit mit Partner-Organisationen in der **Ukraine** zielt darauf, auch in schwierigen Kriegszeiten weiter die Entwicklung von Perspektiven für den grünen Wiederaufbau und den Kohleausstieg zu unterstützen. Last but not least: Wir lassen nicht locker im Kampf um die **politischen Grundlagen für einen generationengerechten Klimaschutzpfad** in Deutschland. Mit vielen öffentlichen Interventionen und juristischer Expertise im Bundestagsausschuss haben wir das Bundes-Klimaschutzgesetzes (KSG) im parlamentarischen Prozess begleitet und verteidigt. Jetzt fechten wir durch eine neue Verfassungsbeschwerde 2.0 vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) für eine Anpassung der Novelle des KSG (vgl. S. 74). Die Umsetzung der Ziele muss ausreichend sein, um die Freiheitsrechte der heute jungen Menschen zu schützen; und außerdem fair genug gestaltet, um die Gleichheitsrechte ärmerer oder etwa auf dem Land lebender Menschen nicht einzuschränken.

Mit breiten Bündnissen für einen sozial gerechten European Green Deal in herausfordernden Zeiten

Die im Sommer 2024 begonnene neue europäische Legislaturperiode wird von einer doppelten Herausforderung geprägt sein: Das Erreichte des European Green Deals bewahren und gleichzeitig notwendige Verbesserungen vorantreiben. Da sich die politische Gemengelage dafür verschlechtert, arbeitet Germanwatch verstärkt in breiten Bündnissen.

Der Green Deal ist ein wirklicher Paradigmenwechsel: weg vom fossil befeuerten Wachstum, hin zu einem verantwortungsvollen Europa. Mehrere wichtige Initiativen für Klima- und Naturschutz gingen jedoch in den vergangenen Monaten im Gegenwind einiger Mitgliedstaaten und Teilen des Europäischen Parlaments unter. Auch für die Umsetzung bestehender und neuer Gesetze sind in den nächsten fünf Jahren verstärkte Anstrengungen nötig. Durch unseren intensiven Einsatz für den Green Deal in Berlin und Brüssel, aber auch im Weimarer Dreieck gemeinsam mit Warschau und Paris, sowie durch eigene Konzepte und Pressearbeit streben wir danach, dass die neue europäische Kommission Lücken in der Klimagesetzgebung füllt. Zentral wird sein, dass sie bspw. die soziale Gerechtigkeit bei der Klimazielerreichung besser absichert oder auch ein ambitioniertes Zwischenklimaziel für 2040¹⁵ vorschlägt. Unter dem Dach der Klima-Allianz haben wir einen ausführlichen Forderungskatalog für die neue Legislatur¹⁶ erarbeitet. Unseren Dachverbänden Klima-Allianz und Deutscher Naturschutzring haben wir mit umfassendem strategischen Input geholfen, ihre Arbeit rund um die Wahlen aufzustellen und haben einen breiten Aufruf für die Vertiefung eines Green and Social Deals¹⁷ initiiert. Auch zu den Wahlen zum Europäischen Parlament¹⁸ selbst haben wir gearbeitet und aufgerufen. Auf nationaler Ebene haben wir uns federführend mit weiteren Umwelt- und Entwicklungsorganisationen für einen ambitionierten Nationalen Energie- und Klimaplan (National Energy and Climate Plan – NECP) und wirksame öffentliche Beteiligung¹⁹ eingesetzt.

Weimarer Dreieck als Impulsgeber für EU-Klimapolitik

Germanwatch koordiniert seit mehreren Jahren erfolgreich Austausch auf Arbeits- und politischer Ebene zwischen Frankreich und Deutschland sowie zwischen Deutschland und Polen, einschließlich des Austauschs zwischen allen drei Ländern. Des Weiteren setzt sich Germanwatch für die Etablierung eines dauerhaften Kooperationsformats in Form des Grünen Weimarer Dreiecks ein – auch zur Weiterentwicklung der EU-Klimapolitik. Mit dem Einsatz für dieses Thema, u. a. durch Briefe²⁰ und Pressearbeit²¹ hat Germanwatch dazu beigetragen, dass der Begriff „Grünes Weimarer Dreieck“ zum ersten Mal seit 2014 wieder in einem Regierungsdokument auftaucht. Am 22. Mai 2024 haben die Außenminister:innen aus Deutschland, Frankreich und Polen die „Weimarer Agenda für ein starkes geopolitisches Europa“ unterzeichnet, in der sie ein Grünes Weimarer Dreieck, vor allem für klimaaußenpolitische Fragen, ins Leben gerufen haben.

Das klimaneutrale Energiesystem mitgestalten

Germanwatch arbeitet an vielen Facetten des klimaneutralen Energiesystems und konnte zu wichtigen Weichenstellungen in dieser Legislatur beitragen: bei Wasserstoff zu einem klareren Fokus auf grünem Wasserstoff und dessen priorisierte Nutzung; beim forcierten Ausbau der Solarenergie in der Abwägung mit anderen Umweltzielen; und an Ankerpunkten für klimaneutrale Netze im Rahmen der Systementwicklungsstrategie.

15 <https://www.germanwatch.org/de/90194>

16 <https://www.klima-allianz.de/publikationen/publikation/europas-zukunft-sichern-klimaneutral-und-sozial>

17 <https://www.germanwatch.org/de/91093>

18 <https://www.germanwatch.org/de/europawahl-2024>

19 <https://www.germanwatch.org/de/90148>

20 <https://www.germanwatch.org/de/90780>

21 <https://www.euractiv.com/section/central-europe/opinion/germany-poland-and-france-recasting-a-green-weimar-triangle/>

Die Transformation zu einem klimaneutralen Energiesystem ist das Rückgrat der Transformation zur Klimaneutralität. Wo möglich direkt genutzt als grüner Strom oder – wo dies nicht möglich ist – in Form von grünem Wasserstoff ist grüne Energie die wichtigste Grundlage für die Dekarbonisierung auch fast aller anderen Sektoren. Die Transformation des Energiesystems voranzutreiben ist eine der Prioritäten der amtierenden Regierung im Bereich Klimaschutz, bei der es starke Fortschritte gibt. Wir arbeiten an wichtigen Stellschrauben mit.

Unser Einsatz²² für einen priorisierten Einsatz von grünem (also mit Strom aus erneuerbaren Energien erzeugtem) **Wasserstoff** in Sektoren, für die es keine direktelektrischen Alternativen zur Dekarbonisierung gibt, hat sich im ersten Entwurf der Systementwicklungsstrategie und im Vorschlag für ein Wasserstoffkernnetz niedergeschlagen. Wir haben die Risiken, die blauer Wasserstoff²³ für die Erreichung der Klimaneutralität mit sich bringt, in einem Diskussionspapier²⁴ prominent herausgestellt. Damit treiben wir die politische und gesellschaftliche Debatte²⁵ über den blauen Wasserstoff, der allenfalls eine vorübergehende und begrenzte Rolle im deutschen Energiesystem einnehmen wird, voran.

Um den Ausbau der **Solarenergie** zu forcieren, hat die Bundesregierung im Frühjahr 2024 das Solarpaket 1 verabschiedet. Darin wird die Forderung von Germanwatch und anderen Umweltverbänden nach Biodiversitätsstandards bei Photovoltaik(PV)-Anlagen auf Freiflächen umgesetzt. Durch diese Standards werden die Flächen möglichst naturverträglich genutzt und können so einen Beitrag zu Klima- und Umweltschutz leisten. Gleichzeitig fordern wir weiterhin einen Solarstandard für alle geeigneten Dächer. So würde auf bisher ungenutzten Flächen Solarenergie erzeugt und gleichzeitig Druck von schützenswerten Freiflächen genommen. In einer Studie zeigen wir die wirtschaftlichen Vorteile für Mieter:innen und Eigentümer:innen durch einen Solarstandard auf²⁶. Zudem ermöglicht der standardmäßige Verbau von Dachanlagen auch Menschen ohne eigenes Dach bzw. eigene Immobilie mehr Teilhabe an der Energiewende.

Unsere Arbeit für die **klimaneutralen Netze** der Zukunft im Rahmen der Systementwicklungsstrategie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klima (BMWK) zeigt Wirkung. Mit unseren Beiträgen²⁷ und Stellungnahmen in den Plenumsitzungen und zum Zwischenbericht haben wir dazu beigetragen, dass die Ankerpunkte der Systementwicklungsstrategie in die richtige Richtung weisen und viele unserer Forderungen reflektieren: z. B. die Anwendung von grünem Wasserstoff nur in Sektoren, die auf Wasserstoff für die Transformation angewiesen sind (bspw. die Stahlindustrie) oder die Fokussierung auf Wind und PV als wichtigste Erzeugungsformen im erneuerbaren Energiesystem. Die Ankerpunkte fließen in die weitere Planung der Strom- und Gasnetze ein und sind darum ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zum klimaneutralen Energiesystem. Auch an der Konsultation der finalen Strategie im Spätsommer 2024 werden wir uns aktiv beteiligen.

Für klimaneutrale Mobilität: ein europäischer „Aufbruch Schiene“

Germanwatch hat seine Arbeit für die Verkehrsverlagerung vom Flugzeug auf die Schiene verstärkt und erreicht, dass die Reduktion der äußerst klimaschädlichen Kondensstreifen erstmals zwischen Bundesregierung, Flugbranche und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) diskutiert wurde. Zur Europawahl 2024 haben wir ein noch nie dagewesen breites Bündnis aus Bahnunternehmen, Bahnindustrie und Umweltverbänden organisiert, das von der EU einen „Aufbruch Schiene“ nach der Wahl einfordert.

22 <https://www.germanwatch.org/de/88704>

23 Blauer Wasserstoff wird aus fossilem Erdgas über die Aufspaltung in Wasserstoff und CO₂ hergestellt. Das dabei entstehende CO₂ soll aufgefangen und eingelagert werden, damit es nicht in die Atmosphäre gelangt.

24 <https://www.germanwatch.org/de/91092>

25 <https://background.tagesspiegel.de/energie-und-klima/briefing/blauer-wasserstoff-wird-zur-gefahr-fuer-die-klimaneutralitaet>

26 <https://www.germanwatch.org/de/91140>

27 <https://www.germanwatch.org/de/89609>

Nach einer Prognose der Europäischen Kommission wird im Jahr 2040 der **Flugverkehr** in, von und nach Europa 10 % der europäischen CO₂-Emissionen ausmachen.²⁸ Berechnet man die Klimawirkung durch Kondensstreifen und andere Nicht-CO₂-Effekte ein, gehen 2040 voraussichtlich ca. ein Viertel der europäischen Klimaschäden alleine auf den Flugverkehr zurück. Dabei ist das wertvolle Gut Fliegen extrem ungerecht verteilt: Sechs von zehn Deutschen geben an, dass sie nur selten oder gar nicht fliegen. Besonders hohe Klimawirksamkeit gehen von Langstreckenflügen aus – diese werden sogar nur von etwa 4 % der Weltbevölkerung in Anspruch genommen. Germanwatch hat daher seine Verkehrsarbeit verstärkt. Für die Verlagerung und Bereinigung des Flugverkehrs konnten wir wichtige Grundlagen im politischen Prozess legen und Bewusstsein in der Öffentlichkeit schaffen. Im Arbeitskreis Klimaneutrale Luftfahrt der Bundesregierung haben wir u. a. erreicht, dass eine zusätzliche Arbeitsgruppe zu Nicht-CO₂-Effekten gegründet wurde. Sie hat die Vervielfachung der Klimawirksamkeit durch Nicht-CO₂ anerkannt und Empfehlungen an die Bundesregierung ausgesprochen, z. B. zur Nationalen Luftfahrtkonferenz (NLK) 2023 und der Internationalen Luft- und Raumfahrttausstellung (ILA) 2024. Es müssen u. a. Wetterlagen in der Atmosphäre, in denen klimaschädliche Kondensstreifen entstehen können, umflogen werden, Kerosin muss bereinigt und erneuerbares Kerosin massiv hochgefahren werden. Das würde auch die erheblichen Gesundheitsrisiken für die 52 Millionen Flughafenanwohner:innen in Europa reduzieren.²⁹ Bei der NLK 2023 war Germanwatch erstmals und als einzige Organisation der Klimaschutzzivilgesellschaft neben Politik und Wirtschaftsverbänden auf Panels vertreten, zudem u. a. auf einem ZEIT-Panel mit dem hessischen Wirtschaftsminister und dem Vorstandsvorsitzenden von Fraport.



Christoph Bals neben Klima- und Wirtschaftsminister Robert Habeck und Lufthansa-Chef Carsten Spohr bei der Nationalen Luftfahrtkonferenz 2023. (Foto: Jonas Walzberg/dpa)

Der **Schienensektor** als Zukunftssektor der Mobilität ist in Öffentlichkeit und Politik oft wenig präsent – und sein derzeitiger Zustand erschwert diese Diskussion zusätzlich. Dabei ist die Schiene bereits heute bis zu 28-mal klimafreundlicher als das Flugzeug. In der heißen Phase des EU-Wahlkampfes hat Germanwatch im Mai 2024 mit einem in dieser Breite noch nicht dagewesenen Bündnis aus dem Schienensektor eine Erklärung zur nächsten Europäischen Legislatur³⁰ veröffentlicht.³¹ Die Forderung nach einem „Aufbruch auf der Schiene“ konnten wir anschließend in Gesprächen in Brüssel und Berlin platzieren. Begleitend haben wir uns in mehreren Bündnissen – u. a. mit Geschäftsreisenden – für eine vereinfachte Ticketbuchung im grenzüberschreitenden Zugverkehr stark gemacht – eine Forderung, die die Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen in ihren Richtlinien für die neue Legislatur prominent aufgegriffen hat. Wir bleiben dran! In Deutschland hat uns zudem die Verlagerung der Infrastrukturinvestitionen von der Straße auf die Schiene beschäftigt. Wir haben u. a. im Infrastrukturdialo des Verkehrsministeriums eine höhere Priorisierung des Klimaschutzes eingefordert. Eine Verkehrsplanung, die vom Ziel her denkt, die Potenziale der Schiene für klimafreundliche, energieeffiziente und sozial gerechte Mobilität in der Fläche sowie die Bereinigung des Flugverkehrs bleiben spannende Themen für die Bundestagswahl 2025.

28 Europäische Kommission: Impact Assessment Europe's 2040 climate target, SWD(2024) 63 final, Teil 3, S. 8. https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:6c154426-c5a6-11ee-95d9-01aa75ed71a1.0001.02/DOC_3&format=PDF

29 <https://www.germanwatch.org/de/91138>

30 Bündnis Aufbruch Schiene: <https://www.germanwatch.org/de/90898>

31 U. a. hat das Handelsblatt berichtet. <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bahnverkehr-sieben-hindernisse-fuer-ein-europaeisches-schiennetz-01/100037087.html>

Industrietransformation mit Kreislaufwirtschaft voranbringen

Unsere Advocacy-Arbeit trägt dazu bei, dass die zentrale Bedeutung der Kreislaufwirtschaft für die Industrie-Dekarbonisierung endlich anerkannt wird – jetzt drängen wir auf ambitionierte Umsetzung. Wir unterstützen Lösungen für Klimaneutralität und Wettbewerbsfähigkeit, um die Transformation hin zu einer nachhaltigen Industrie voranzutreiben.

Insbesondere die energie-, emissions- und rohstoffintensiven Industrien in Deutschland befinden sich in einer tiefgreifenden Transformation auf dem Weg zur Klimaneutralität. Die Aufgabe ist riesig: Die Industrie stößt mit knapp 160 Mio. t CO₂ immer noch 24 % der deutschen Klimagasemissionen aus. Während einige Unternehmen entschieden vorangehen, verschleppen andere wichtige Entscheidungen für Investitionen in eine klimaneutrale Produktion, die für einen zukunftssicheren Standort in Deutschland notwendig wären. Germanwatch setzt sich für Rahmenbedingungen und Anreize ein, die einen Erhalt des Industriestandorts und der damit verbundenen Arbeitsplätze durch zukunftsfähige und klimagerechte Lösungen ermöglichen.

Um die sehr unterschiedlichen Anforderungen der einzelnen Industriebranchen besser adressieren zu können, fokussieren wir auf die Sektoren Stahl und Chemie. Während bei der Stahlbranche eine klare Dynamik hin zur Transformation erkennbar ist (in Form von Investitionsentscheidungen sowie im Engagement bei der Schaffung Grüner Leitmärkte), steht die Chemiebranche noch deutlich mehr am Anfang und zeigt große Skepsis hinsichtlich zentraler Hebel wie Elektrifizierung und Prozessumstellung.

Um diese Herausforderungen anzugehen, ist Germanwatch an drei zentralen Ansatzpunkten aktiv geworden:

- in der **Vernetzung der Umwelt-NGOs (1)**,
- in der **Begleitung wichtiger politischer Entwicklungen (2)**,
- im **Dialog** und bisweilen sogar **Aufbau von ungewöhnlichen Allianzen mit Teilen der Industrie und den Gewerkschaften (3)**.

(1) Eine zunehmende Anzahl von Umweltorganisationen nimmt sich des lange vernachlässigten Themas Industrietransformation an. Germanwatch hat eine regelmäßige Strategie-Runde mit Umwelt- und Klima-NGOs und -Think Tanks ins Leben gerufen, die die Vernetzung untereinander verstärkt und gemeinsame oder abgestimmte Positionierungen ermöglicht – u. a. ein Forderungspapier zur EU-Industriepolitik, das wir wesentlich mitgestaltet haben.³²

(2) Wichtige politische Entwicklungen haben wir durch Gespräche und Publikationen aktiv begleitet, darunter mehrere zukunftsweisende Strategien des BMWK i) zur Industriepolitik³³, ii) zur Carbon-Management-Strategie³⁴ und iii) zu Grünen Leitmärkten³⁵ sowie zur Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS) des Bundesumweltministeriums (BMUV)³⁶. Die konsequente Umsetzung der Kreislaufwirtschaft ist ein zentraler Hebel zur Dekarbonisierung der Industrie und bietet durch geringe Ressourcen- und Energiebedarfe große Chancen für den Industriestandort Deutschland. Durch unsere Advocacy-Arbeit konnten wir dazu beitragen, dass die Bedeutung der Kreislaufwirtschaft für die Industrie-Dekarbonisierung im Rahmen der NKWS von der Bundesregierung erstmals umfassend anerkannt wird, und drängen mit konkreten Vorschlägen jetzt auf die schnelle Umsetzung.³⁷

32 <https://www.dnr.de/publikationen/forderungspapier-zur-europaeischen-industriepolitik>

33 <https://www.germanwatch.org/de/89794>

34 <https://www.germanwatch.org/de/90996>

35 <https://www.germanwatch.org/de/90944>

36 <https://www.germanwatch.org/de/89368>

37 <https://www.germanwatch.org/de/91326>

(3) Zudem hat Germanwatch den Dialog mit Vertreter:innen aus Wirtschaft und Gewerkschaften vorangetrieben, um gemeinsam an nachhaltigen Lösungen zu arbeiten. Dafür haben wir an zahlreichen Austauschrunden, Fachgesprächen, Panels und Diskussionen teilgenommen, um die Perspektiven näher zusammenzubringen und wirksame Forderungen zu entwickeln. Neben den klimapolitischen Herausforderungen stehen dabei zunehmend die Themen Standort und Arbeitsplätze und damit die Bedeutung der Industrietransformation für das gesellschaftliche Klima insgesamt im Fokus³⁸.

Nachhaltige Digitalisierung gestalten

Germanwatch arbeitet an der Verzahnung von Digitalisierung und Ressourcenschutz: Mit unserer Arbeit haben wir das Verständnis von Bundesregierung, zivilgesellschaftlichen Akteur:innen und kleinen und mittleren Unternehmen für die Rolle des Digitalen Produktpasses bei der Umsetzung der Kreislaufwirtschaft verbessert. Zudem bleibt Germanwatch ein wichtiger Pfeiler des zivilgesellschaftlichen Bündnisses „Bits & Bäume“.

Eine umfassende Kreislaufwirtschaft bringt vielfältige Vorteile für den Klimaschutz und weitere Umweltziele genauso wie für die Resilienz des Wirtschaftsstandorts. Damit Produkte länger genutzt, repariert und wiederverwendet werden, müssen Unternehmen in Zukunft Informationen und Daten entlang des Wertschöpfungskreislaufs weitergeben. Damit das möglich wird, hat Germanwatch sich im politischen Prozess um die Ökodesign-Verordnung der EU erfolgreich dafür eingesetzt, dass Digitale Produktpässe eingeführt werden. Im Zuge der Erarbeitung von delegierten Rechtsakten der Verordnung werden die Digitalen Produktpässe in den nächsten Jahren für einzelne Produktgruppen konkretisiert.

Germanwatch organisiert regelmäßige Austauschrunden zum Digitalen Produktpass zwischen Stakeholder:innen aus Umwelt- und Verbraucherschutz, Wissenschaft und Unternehmen mit zirkulären Geschäftsmodellen. Um den politischen Prozess voranzubringen, entwickeln wir Positionen und tragen diese an relevante politische Entscheidungsträger:innen, auch in der Bundesregierung. Auch in der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie wird dem Digitalen Produktpass eine wichtige Rolle für die Transformation zu einer zirkulären Wirtschaft zugeschrieben. Damit die Digitalisierung durch den rasant ansteigende Energie- und Ressourcenverbrauch von Rechenzentren und digitalen Endgeräten nicht selbst immer stärker zum Treiber vom Klimawandel wird, setzt sich Germanwatch im Rahmen der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie und Ökodesign-Verordnung gleichzeitig für die ressourcenarme Gestaltung von Informations- und Kommunikationstechnologie ein.

Germanwatch bleibt zudem ein wichtiger Pfeiler des zivilgesellschaftlichen Bits & Bäume-Bündnisses. Die Verstärkung der Bündnisarbeit wird im Rahmen von regelmäßigen Austauschrunden auf Arbeits- und Spitzenebene durch die bei Germanwatch angesiedelte Bits & Bäume-Koordinationsstelle vorangetrieben. Durch Veranstaltungen wie digitalpolitische Abende, Policy Labs oder die Organisation von Austauschräumen auf großen Events der kritischen Tech-Szene wie dem CCCamp und CCC-Kongress 2023 stärkt Bits & Bäume die Sichtbarkeit in der eigenen Community und trägt seine Positionen in die Politik.

Ukraine: europäische Solidarität für den klimafreundlichen Strukturwandel auch in Kriegszeiten stärken

Germanwatch hat trotz der fortdauernden Aggression Russlands in der Ukraine die Grundlagen gestärkt, dass das Land in den 2030er-Jahren aus der Kohleverstromung so aussteigen kann, dass konstruktive Perspektiven für die Region entstehen können. Dafür haben wir u. a. in der Ukraine mit unseren NGO-Partnern eine mehrtägige Strukturwandelkonferenz durchgeführt und uns in die Vorbereitung der internationalen Ukraine-Wiederaufbaukonferenz im Juni 2024 in Berlin eingebracht.

³⁸ <https://www.germanwatch.org/de/90952>

Seit 2018 arbeitet Germanwatch mit Partner-NGOs in der Ukraine daran, einen gezielten, schrittweisen Kohleausstieg so möglich zu machen, dass er für die besonders betroffenen Regionen und Menschen neue Möglichkeiten und nicht neue Probleme bringt. Dabei konzentrieren wir uns auf das schon seit 2014 besonders krisengeschüttelte ostukrainische Kohlebecken Donbas. Als ein Resultat unserer Arbeit hat sich dort eine Vereinigung von Kohlestädten gegründet, die den Prozess des Kohlestrukturwandels voranbringt. Diese Städte fielen seit dem Beginn von Russlands groß angelegter Invasion ab dem 24. Februar 2022 zwar nicht unter russische Besatzung, haben aber mit Schäden durch Luftangriffe, mit Stromausfällen, Wassermangel und schweren Grubenschäden zu kämpfen. Germanwatch sendete im Sommer 2023 Generatoren, Solarmodule und Akkus, die im Winter 2023/24 die Stromversorgung von Stadtverwaltungen unterstützten.

Die Netzwerkarbeit kann auch unter den durch Krieg erschwerten Umständen fortgesetzt werden. In mehreren Workshops wurden Kohlekommunen dabei unterstützt, Ideen für Stadtentwicklungsprojekte für den Wiederaufbau nach dem Krieg zu entwickeln.

Im Oktober 2023 organisierten wir gemeinsam mit den Partnerorganisationen Ecoaction und Alternativa das „Second High Level Forum on Just Transition“. Mit über 100 Teilnehmer:innen wurde bei der Konferenz die Frage aufgeworfen, wie der Wiederaufbau der Ukraine in den Kohleregionen aussehen könnte.

Mit der Unterstützung von Germanwatch reisten Vertreter:innen der ukrainischen Zivilgesellschaft sowie Kommunalpolitiker:innen aus den Kohleregionen im Frühjahr 2024 nach Berlin zum Berlin Energy Transition Dialogue und zur Ukraine Recovery Conference. Für die Delegation haben wir in Berlin Gespräche mit dem BMWK sowie mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) organisiert. Dabei ging es um mögliche Entwicklungsperspektiven für die Kohleregionen.

Die EU und Deutschland werden eine zentrale Rolle spielen müssen, damit die Ukraine nach dem Krieg die neuen Chancen nutzen kann, die mit einem EU-Beitrittsprozess verbunden sind. Der mit den Klimazielen und den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit kompatible grüne Wiederaufbau gerade der Kohle- und Stahlregionen wird dabei zum Lackmustest auch für die europäische Solidarität. Dazu will Germanwatch auch in Zukunft einen Beitrag leisten.

Ausblick

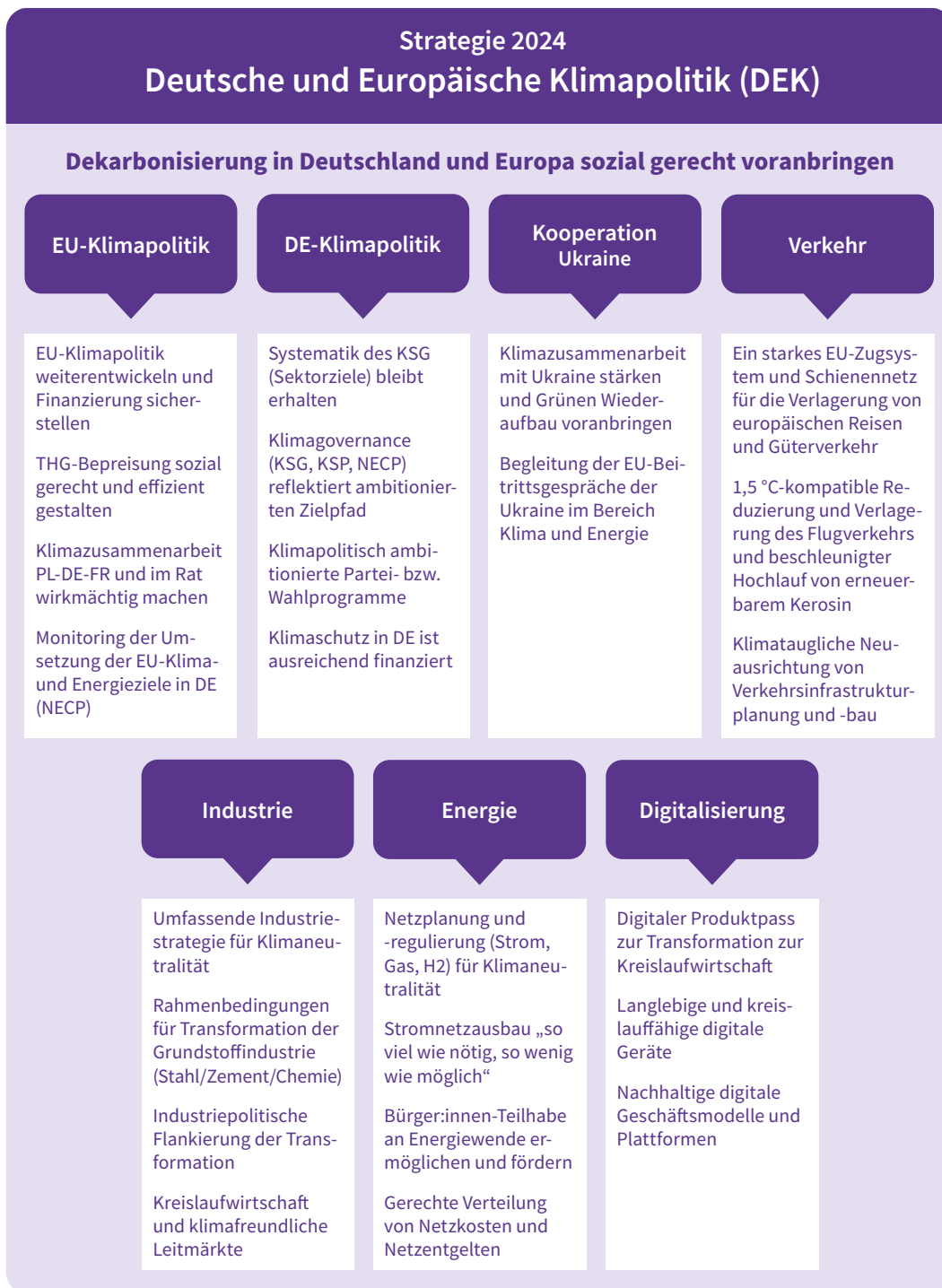
Es gibt nach wie vor eine breite Mehrheit der Bevölkerung, die ernsthaften Klimaschutz will. Aber die konkrete Umsetzung muss als wirkungsvoll, fair und bezahlbar wahrgenommen werden. Viele Menschen wollen durch Bürger:innenversammlungen, finanziell oder direkt durch eigene Aktivitäten beteiligt werden. In diesem Rahmen wollen wir Klimaschutz auch im Kontext von veränderten Mehrheitsbedingungen und gesellschaftlichen Diskursen verteidigen und voranbringen. Dafür gilt es, neue Bündnisse zu schmieden und die soziale Dimension der Transformation sehr fokussiert zu adressieren.

In den kommenden Jahren wird Fortschritt beim Klimaschutz stark davon abhängen, inwieweit alle demokratischen Parteien das Potenzial ihrer grünen, konservativ-christlichen, sozialdemokratischen und liberalen Wertebasis als jeweils eigenständige Grundlage nutzen, um ernsthaften Klimaschutz sozialverträglich und mit klarer Perspektive für Wirtschaft, gute Arbeitsplätze und Gesellschaft umzusetzen; inwieweit sie den Lockrufen widerstehen, in einen Kulturkampf gegen Klimaschutz einzusteigen, der den eigenen demokratischen Werten und den klaren Ansagen des Bundesverfassungsgerichts widerspricht, aber Rechtspopulist:innen die Bälle zuspielt. Es wird darum gehen, Klimaschutz so umzusetzen, dass dadurch gleichzeitig kurzfristig unter den Nägeln brennende Probleme konsensstiftend umgesetzt werden.

In der **EU** wird es mit alter Kommissionspräsidentin aber veränderten Mehrheiten vor allem in einigen EU-Staaten ein ständiges Ringen darum geben, die Errungenschaften des European Green Deals zu erhalten und gleichzeitig das Erreichte weiterzuentwickeln. Ein Schwerpunkt der Kommission in der nächsten Legislatur wird auf der Industriepolitik liegen. Hier wollen wir dazu beitragen, dass Wettbewerbsfähigkeit und Umbau zur Klimaneutralität und Kreislaufwirtschaft konsequent zusammengedacht werden und der Fokus auf zukunftsfähiger Wertschöpfung liegt. Weniger im Zentrum der Ankündigung der alten und neuen Kommissionspräsidentin, aber politisch nicht minder wichtig ist die Einführung eines zweiten Emissionshandels für die Bereiche Verkehr und Gebäudewärme: Wir begleiten seine Einführung mit dem Ziel, das System in und zwischen den Mitgliedsstaaten sozial gerecht auszugestalten und mögliche soziale Härten abzufedern. Wenn das nicht gelingt, ist sehr viel Gegenwind für das zweite Europäische Emissionshandelssystem (EU ETS II) im Verkehrs- und Gebäudebereich zu erwarten. Gleichzeitig werden wir nicht lockerlassen, herausfordernde Themen wie die Verminderung, Verlagerung und Bereinigung der Emissionen aus dem Flugverkehr voranzutreiben.

In **Deutschland** wirft die bevorstehende Bundestagswahl bereits ihren Schatten voraus. Unsere Aufgabe wird darin bestehen, ambitionierten Klimaschutz noch stärker mit den Interessen und Vorstellungen der unterschiedlichen demokratischen gesellschaftlichen und politischen Strömungen in Einklang zu bringen. Wenn der Weg zur Klimaneutralität – wie in den USA – von interessierten Kräften erfolgreich zum Kulturkampf stilisiert wird, droht als Kollateralschaden, dass die Demokratie beschädigt wird. Eine große Chance zur Verbindung von Klimaschutz mit wirtschaftlichen und sozialen Chancen bietet sich mit der Entwicklung einer umfassenden Kreislaufwirtschaft, die insbesondere Industrie-Emissionen senken kann und neue Geschäftsmodelle erlaubt. Die grundsätzlich breite gesellschaftliche Unterstützung dafür ist vorhanden – jetzt geht es darum, schnell die notwendigen politischen Rahmenbedingungen zu schaffen. Mit der Digitalisierung haben wir auch einen potenziell starken Treiber für die Kreislaufwirtschaft im Blick.

Eine Achillesferse für den schnellen Fortschritt der Transformation und zukünftig gute Wettbewerbsbedingungen ist neben dem weiter zügigen Hochlauf der Erneuerbaren Energien der schnelle Ausbau der Stromnetze. Wir setzen uns sowohl dafür ein, dass Geschwindigkeit beim Ausbau und eine angemessene und frühzeitige Beteiligung der Bevölkerung miteinander einhergehen, als auch für eine gerechte Verteilung der Kosten über die Netzentgelte. Eine mittelfristige Herausforderung wird darin bestehen, einen breiten gesellschaftlichen Konsens dafür herzustellen, dass der Pfad zur Klimaneutralität gleichbedeutend ist mit dem kompletten Ausstieg aus den fossilen Energien und bis spätestens 2045 abgeschlossen sein muss. Angesichts des massiven Interesses des bisher so gewinnträchtigen fossilen Sektors, das eigene Geschäftsmodell zu verlängern, und auch angesichts der mit dem Umbau zu meisternden Herausforderungen wird das kein leichter Weg. Ein erster wichtiger Schritt auf dem Weg dahin ist durchzusetzen, dass mittel- und langfristig ausschließlich grüner Wasserstoff zum Einsatz kommt.



DE = Deutschland, FR = Frankreich, H2 = Wasserstoff, KSG = Bundes-Klimaschutzgesetz, KSP = Klimaschutzprogramm, NECP = integrierter nationaler Energie- und Klimaplan (National Energy and Climate Plan – NECP), PL = Polen, THG = Treibhausgase

Mitarbeiter:innen

 Oldag Caspar Bereichsleiter Deutsche und Europäische Klimapolitik	 Dr. Simon Wolf Bereichsleiter Deutsche und Europäische Klimapolitik	 Sylwia Andralojc- Bodych Referentin für EU-Klimapolitik und polnisch-deutsche Klimazusammenarbeit
 Kai Bergmann Referent für deutsche Klimapolitik	 Anne Gläser Referentin für CO ₂ -Preise (bis 09/2023)	 Johanna Graf Referentin Digitalisierung und Klimaschutz, Koordinatorin Digitalisierung
 Marion Guénard Referent für EU-Klimapolitik und französisch-deutsche Klimazusammenarbeit (seit 11/2023)	 Charly Heberer Referent für EU-Klimapolitik	 Friederike Hildebrandt Koordinatorin Bits & Bäume (seit 07/2024)
 Maximilian Jung Koordinator nachhaltige Digitalisierung für Bits & Bäume (bis 05/2024)	 Kirsten Kleis Referentin für Stromnetze und Erneuerbare Energien (bis 09/2023)	 Anja Köhne Referentin für Mobilität – Schwerpunkt klimaneutraler Flugverkehr (seit 02/2024)
 Maryna Larina Referentin für Klimapartnerschaften in Osteuropa	 Lukas Latz Referent für Strukturwandelzusammen- arbeit Osteuropa	 Jacob Rohm Referent für klimafreundliche Mobilität, Koordinator Verkehr
 Tessa-Sophie Schrader Referentin für Energiepolitik und Gesell- schaft, Koordinatorin Energie	 Dr. Simon Schreck Referent für Wasserstoff und Klimaneutralität	 Lena Zoe Steltzner Referentin Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Demokratie (bis 06/2024)
 Dr. Manfred Treber Klima- und Verkehrsreferent	 Tim Vollmer Referent für Energiepolitik und Beteiligungsprozesse (seit 01/2024)	 Tilman von Berlepsch Referent für Klimaneutrale Industrie (seit 02/2024)
 Johanna Wiechen Referentin für Industrietransformation und Kreislaufwirtschaft (seit 11/2023)	 Meret Busch Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben (FSJ-P) 2024/2025 (seit 08/2024)	 Frida Marei Mühlhoff Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben (FSJ-P) 2023/2024 (bis 07/2024)

Mit Unterstützung von: Ricarda Hille, Lukas Probst, Leoni Rath.

Praktikant:innen im Berichtszeitraum: Luca Lorenz, Muhammad Muhammad, Floriane Müller,
Birgit Nemeč, Laura Ortloff.

Verantwortlich seitens des Vorstands: Ingmar Jürgens, Silvie Kreibiehl, Dr. Artur Runge-Metzger.

Internationale Klimapolitik

In der Klimapolitik geht es maßgeblich um Gerechtigkeit – ohne Gerechtigkeit wird die Klimapolitik keine faire und nachhaltige Entwicklung für alle ermöglichen. Global betrachtet und in den verschiedenen Regionen der Welt ist klar, dass diejenigen, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, am meisten unter dessen Folgen leiden. Diese grundlegende Erkenntnis war eine wichtige Basis für unsere Arbeit im Berichtszeitraum.

Impulse für eine ehrgeizige und kohärente Klimaaußenpolitik von Bundesregierung und EU

Germanwatch setzt sich für eine ambitionierte und kohärente Klimaaußenpolitik auf deutscher und europäischer Ebene ein und hat mit der Veröffentlichung der ersten deutschen Klimaaußenpolitik-Strategie einen wichtigen Erfolg erzielt. Dabei betonen wir auch deren Relevanz für die Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit von Deutschland und der EU. Am 1,5-Grad-Limit orientierte Klima-, Energie- und Entwicklungspartnerschaften sehen wir dabei als zentrale Säule.

Deutsche und europäische Klimaaußenpolitik

Nur durch bi- und multilaterale Kooperation können globale Klimaziele gerecht und rechtzeitig erreicht werden. Die effektive Integration klimapolitischer Ziele in die Instrumente und Bereiche der Außenpolitik ist das Ziel einer erfolgreichen Klimaaußenpolitik. Obwohl sich die aktuelle Bundesregierung dies im Koalitionsvertrag vorgenommen hat, fehlte bis vor kurzem eine übergeordnete Strategie, die klare Ziele und Prioritäten benennt und die Zusammenarbeit der Regierungsstellen strukturiert. Nach langer Verzögerung hat die Bundesregierung im Dezember 2023 ihre erste regierungsweite Strategie zur Klimaaußenpolitik vorgelegt. Diese Strategie stellt einen bedeutenden Fortschritt dar, um eine kohärente und koordinierte Klimaaußenpolitik zu entwickeln. Nationale Prioritäten werden nun stärker mit außenpolitischen Instrumenten verknüpft, während außenpolitisch relevante Themen in die innenpolitische Debatte integriert werden. Die Arbeit von Germanwatch hat wesentlich zu dieser Strategie beigetragen – durch vertrauliche und öffentliche Dialoge, Netzwerkarbeit sowie die Erarbeitung konkreter und umfassender Politikempfehlungen. Darüber hinaus begleiteten wir die ersten Umsetzungsschritte der Strategie kritisch-konstruktiv, insbesondere die Auswertung der deutschen Partnerschaftsarbeit. Auf europäischer Ebene war die Europawahl im Juni 2024 ein zentraler politischer Moment. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Relevanz ambitionierter und gerechter Klima-, Energie- und Rohstoffpartnerschaften für die EU und die Partnerländer in der nächsten Legislaturperiode als wichtiger außenpolitischer Aspekt beachtet wird.

Westbalkan

Alle sechs Länder des Westbalkans befinden sich im Annäherungsprozess zur EU und haben inzwischen – mit Ausnahme der Republik Kosovo – auch den offiziellen Kandidatenstatus verliehen bekommen. Im Vergleich zur Geschwindigkeit der Verleihung des Kandidatenstatus für die Ukraine wird allerdings zugleich deutlich, dass die EU nun deutliche Signale an den Westbalkan senden muss, dass die tatsächliche Mitgliedschaft auch ein erreichbares Ziel und nicht nur ein fiktiver Anreizmoment ist. Mit der „Green Agenda for the Western Balkans“ setzt die EU immerhin ein Signal, dass sie die Zusammenarbeit mit dem Westbalkan zumindest in Klimafragen mit der EU harmonisiert. Auch der von Deutschland initiierte „Berliner Prozess“ gilt als komplementäres Instrument der Bundesregierung, den Annäherungsprozess zu unterstützen. Im Zuge dessen setzen wir uns dafür ein, dass die neu ratifizierte regionale Klimapartnerschaft von Deutschland mit dem Westbalkan möglichst zielgerichtet einen gerechten Wandel (sog. Just Transition) in der

Region befördert. Dafür arbeiten wir auch mit Partner:innen vor Ort in einem großen länderübergreifenden Konsortialprojekt zusammen. Das Projekt hat zum Ziel, die nationale Zivilgesellschaft in ihrem Einsatz für eine gerechte Energiewende zu unterstützen und regionale Pfade der gemeinsamen Energieversorgung auszuarbeiten. Diese haben einen Fokus auf verbesserten Strukturen für eine dezentrale Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen – vornehmlich Sonne und Wind –, zusätzlich zu der Steigerung von Energieeffizienz. Der Balkan hat aufgrund seiner geographischen Lage im südlichen Europa und langer Küste im Westen optimale Voraussetzungen, um den Einsatz von erneuerbaren Energiequellen exponentiell zu steigern. Aber auch hierfür braucht es gute Regierungsführung der einzelnen Länder und grenzüberschreitende Kooperation.

China

Die deutsch-chinesische Beziehung bezüglich Klimaambition und -umsetzung steuert auf einen entscheidenden Wendepunkt zu. Die Wahl in den USA im November könnte – falls Donald Trump gewählt wird – dazu führen, dass sich die USA auch international sehr schnell als konstruktiver Akteur der Klimapolitik zurückzieht. Die Rolle der USA war aber bisher in entscheidenden Momenten auch zentral, um klimapolitischen Fortschritt mit China zu verhandeln. Deutschland als wichtigste Wirtschaftsmacht innerhalb der EU müsste dann in beispiellosem Maße aktiv werden. Erfreulicherweise zeichnet sich die Möglichkeit ab, dass 2023 die CO₂-Emissionen in China ihren Höhepunkt erreicht haben. Nun gilt es, dies in einen raschen Minderungspfad umzusetzen. Wir fokussieren auch nach der Veröffentlichung der deutschen China-Strategie der Bundesregierung im letzten Sommer in Bezug auf die Klimapolitik auf Dialog, Erfahrungsaustausch und vorsichtige Zusammenarbeit zu mehreren verwandten Themen: dem Gesamtniveau der Ambitionen der national festgelegten Beiträge (Nationally Determined Contributions – NDCs) beider Blöcke, Handelsspannungen im Bereich der sauberen Technologien und besonders die Transformation des Energiesystems. China bleibt als weltgrößter Emittent der entscheidendste Faktor im globalen Ringen, um das Pariser 1,5 °C-Limit oder die schnelle Rückkehr dahin noch erreichen zu können. Die Beziehungen zu China werden deshalb für uns weiterhin eine Sonderstellung im Spannungsfeld von Wettbewerb, Konfrontation und Zusammenarbeit einnehmen.

Indien

Indien ist und wird immer mehr ein zentraler geo- und klimapolitischer Akteur. Wir arbeiten weiterhin intensiv zu dem mittlerweile bevölkerungsreichsten Land und der deutsch-indischen Partnerschaft in den Bereichen Klima, Energie und Entwicklung. Trotz stockender Verhandlungen im Rahmen der Partnerschaft für die sozialgerechte Energiewende (Just Energy Transition Partnership – JETP) beobachten wir in Deutschland ein wachsendes Interesse an einer Intensivierung der Zusammenarbeit mit Indien. Dies ist grundsätzlich begrüßenswert. Gleichzeitig wird sich zeigen, ob sich die gerade wiedergewählte indische Regierung zukünftig bilateral und im Klimabereich anders positioniert. Durch unsere Arbeit begleiten wir diese Entwicklungen kritisch-konstruktiv. Zentral für uns sind dabei Fragen rund um eine Just Transition im Energiesektor in Indien und die Rolle, die internationale Partnerschaften mit zivilgesellschaftlichem Einbezug – insbesondere Deutschland – dabei spielen können. Im Berichtszeitraum organisierten wir u.a. mehrere Dialogformate mit deutschen und indischen Think Tanks und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sowie mit den relevanten deutschen Ministerien, die sich mit Finanzierungs- und Equity-Aspekten im Bereich der Erneuerbaren Energien in Indien auseinandersetzen.

Indonesien

Mit dem bevorstehenden Regierungswechsel erwartet Indonesien, einschließlich seiner Zivilgesellschaft, eine neue Außen- und Klimapolitik. Darüber hinaus unterstreichen die jüngste deutsche Entwicklungspolitik für Asien und die Klimaaußenpolitik-Strategie, die beide Ende 2023

veröffentlicht wurden, die Bedeutung Indonesiens als Schlüsselpartner. Programme wie die JETPs sind ein Beispiel für diese Partnerschaft und positionieren Indonesien als Modell für künftige multilaterale und bilaterale Kooperationen. Wir haben durch Gespräche mit einer Vielzahl von Partnern im Rahmen verschiedener Projekte aktiv an den klima- und energiepolitischen Prioritäten im Rahmen von Kooperationsformaten zwischen Deutschland/der EU und Indonesien gearbeitet. Die von uns geführten Dialoge haben in Deutschland und der EU zu einem besseren Verständnis der indonesischen Bemühungen und Herausforderungen im Kampf gegen die Klimakrise sowie der Rolle und der Interessen der EU und Deutschlands in ihrer Zusammenarbeit mit Indonesien und der Region des Verbands südostasiatischer Staaten (Association of South East Asian Nations – ASEAN) geführt. Darüber hinaus freuen wir uns über den Kontakt zu neuen Partner:innen, die sich in der Region für einen ambitionierten Klimaschutz einsetzen.

Lateinamerika

Die Bedeutung Lateinamerikas für die globalen Klima- und Umweltziele ist enorm, da die Region 40 % der weltweiten Biodiversität und über 50 % der weltweiten Primärwälder beherbergt. Darüber hinaus sind die reichen Rohstoffvorkommen Lateinamerikas und der Karibik (z. B. Kupfer, Lithium, Nickel und Seltene Erden) von großer Bedeutung für den globalen Übergang zu einer klimaneutralen Welt. Brasilien wird in den kommenden Monaten und Jahren eine besonders wichtige Rolle spielen – zunächst mit der G20-Präsidentschaft 2024 und anschließend mit der Präsidentschaft für die Weltklimakonferenz im Jahr 2025 (COP30). Diese Führungsrollen bieten einzigartige Gelegenheiten, um globale Klima- und Umweltinitiativen voranzutreiben. Auch auf bilateraler Ebene ist Brasilien ein bedeutender Partner für Deutschland. Im Dezember 2023 haben beide Länder eine wegweisende Partnerschaft für eine sozial-ökologische Transformation geschlossen, die die Grundlage für weitere gemeinsame Erfolge legt. Zusätzlich hat Deutschland auch Klima- und Entwicklungspartnerschaften mit Peru und Kolumbien etabliert. Im Rahmen von Dialogen mit zivilgesellschaftlichen Akteur:innen aus Lateinamerika haben wir deren Prioritäten und Anliegen aufgenommen und an deutsche und europäische Regierungsvertreter:innen weitergeleitet, damit die Partnerschaften basierend auf Menschenrechten, Gerechtigkeit und orientiert an den Pariser Klimazielen vorangetrieben werden können.

Afrika

Der afrikanische Nachbarkontinent ist in Anbetracht der starken historischen Bindungen und der zunehmend engeren wirtschaftlichen Beziehungen ein wichtiger Partner für Deutschland und die EU. Neben dem Aufbau von Resilienz (s. u.) besteht besonders im Bereich der Erneuerbaren Energien und beim Zugang zu Energie großer Kooperationsbedarf. Afrika ist der Kontinent mit der weltweit stärksten Sonneneinstrahlung – das Potenzial für Erneuerbare Energien ist enorm. Gleichzeitig haben nach wie vor knapp die Hälfte aller Afrikaner:innen immer noch keinen Zugang zu Elektrizität. Ein großer Teil der Bevölkerung Afrikas muss zum Kochen und Heizen auf „traditionelle“ Biomasse zurückgreifen – mit erheblichen negativen Gesundheitsfolgen. Deshalb begleiten wir wichtige Partnerschaften zwischen afrikanischen Ländern, Deutschland und der EU. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass beim Klimaschutz die Nutzung von Afrikas riesigem Potenzial an Erneuerbaren Energien im Mittelpunkt der deutschen und europäischen Unterstützung steht. 2023 konnten wir gemeinsam mit unseren afrikanischen Partner:innen dazu beitragen, dass Erneuerbare Energien als Antwort auf die Klimakrise und Möglichkeit, um nachhaltigen Energiezugang und Arbeitsplätze zu schaffen, einen zentralen Platz auf der Agenda des Afrikanischen Klimagipfels (Africa Climate Summit) einnahmen. Außerdem konnten wir wichtige Anliegen der afrikanischen Zivilgesellschaft an die Bundesregierung herantragen und damit die Zusammenarbeit mit Kenia und der Afrikanischen Union, den Ausrichtern des Klimagipfels, beeinflussen. Gleichzeitig setzten wir uns erfolgreich dafür ein, dass die Bedeutung dieses ersten afrikanischen Klimagipfels auch in der deutschen Öffentlichkeit zumindest ein wenig wahrgenommen wurde.

Sozial-ökologische, menschenrechtsbasierte und gerechte Transformation

Wir konnten erfolgreich darauf hinwirken, dass die internationale Staatengemeinschaft auf der COP28 in Dubai globale Ziele für die Verdreifachung Erneuerbarer Energien, für die Verdopplung der Energieeffizienz bis 2030 sowie für die Abkehr von allen fossilen Brennstoffen verabschiedete.

Energie

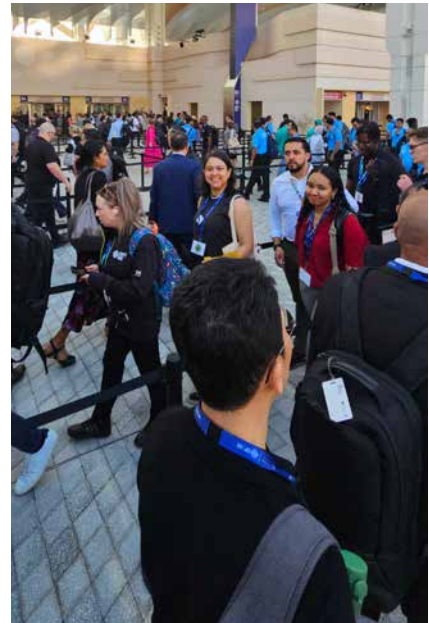
Laut Internationaler Agentur für erneuerbare Energien (International Renewable Energy Agency – IRENA) müssten die Erneuerbaren Energien bis 2030 auf über 10.000 GW oder um durchschnittlich 1.000 GW pro Jahr aufgestockt werden, um das Temperaturziel von 1,5°C noch erreichen zu können. Wir setzten uns hier für ein verbindliches Energiemaßnahmenpaket ein. Erste Diskussionen wurden im Rahmen des Berlin Energy Transition Dialogue (BETD) begonnen. Wir nahmen am BETD teil und führten Gespräche mit deutschen Regierungsvertreter:innen über die Möglichkeit, dass ein solches Paket auf der COP28 eines der verhandelten Ergebnisse sein könnte. Außerdem begannen wir, uns mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, Verhandler:innen und Expert:innen aus Deutschland, Europa und Afrika auszutauschen und entscheidende Eckpfeiler für das Energiemaßnahmenpaket zu definieren. Zu diesem Zweck veranstalteten wir z. B. ein Verhandlungsdinner während der Klimazwischenverhandlungen in Bonn. An diesem Abendessen nahmen hochrangige Delegierte sowie Beobachterorganisationen teil.

Als das Energiemaßnahmenpaket zunehmend politische Unterstützung erhielt – u. a. von Bundeskanzler Olaf Scholz und der Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen – trugen wir strategisch zur Entwicklung einer gemeinsamen zivilgesellschaftlichen Position über das Klima-Bündnis „Climate Action Network“ (CAN) und verschiedene andere Netzwerke bei. Außerdem konnten wir gemeinsam mit Partnerorganisationen politische Unterstützung aus Ländern des Globalen Südens gewinnen und den Africa Climate Summit im September 2023 nutzen, Gespräche mit afrikanischen und europäischen Entscheidungsträger:innen zu führen, Allianzen zu schmieden und durch gezielte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in die Öffentlichkeit hinein zu wirken, um die Dringlichkeit für ein umfassendes Energiemaßnahmenpaket zu schildern.

Auf der COP28 konnten wir letztendlich dazu beitragen, dass sich die Vertragsstaaten erstmalig auf ein umfassendes Maßnahmenpaket für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz einigen konnten:

- 1) eine **Verdreifachung der global installierten Kapazität an Erneuerbaren Energien bis 2030**,
- 2) eine **Verdopplung der Energieeffizienzsteigerung bis 2030**,
- 3) eine **erhebliche Reduktion von Nichtkohlenstoffemissionen**, insbesondere Methan sowie
- 4) ein **Abbau von Emissionen aus dem Straßenverkehr**.

Am meisten Widerstand gab es insbesondere von den Ölländern für eine andere zentrale Forderung, wo es statt der Ankündigung des Ausstiegs aus fossilen Energien immerhin erstmals eine Kompromissformulierung gab: eine beschleunigte und gleichzeitig gerechte und geordnete Abkehr von allen fossilen Brennstoffen in den Energiesystemen, um Netto-Null-Emissionen bis 2050 zu erreichen.



Schlange stehen – die Germanwatch-Referentinnen Bertha Argueta und Lina Ahmed passieren gemeinsam mit anderen COP-Besucher:innen die Sicherheitskontrollen.

Just Transition

Die im Energiepaket der COP28 anvisierten Energieziele erfordern weitreichende Transformationen gesellschaftlicher Verhältnisse und sind deshalb zutiefst politisch. Klimaschutz muss dabei den Prinzipien einer Just Transition folgen, betroffenen Menschen Mitbestimmungsrechte geben und ihnen konkret zugutekommen. Positiv ist, dass Diskussionen um eine Just Transition – den sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Wandel hin zu einer grünen Gesellschaft – sowohl international als auch in einzelnen Ländern Fahrt aufgenommen haben. Noch sind diese jedoch konzeptuell zu unscharf und auf Ebene der UN-Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change – UNFCCC) nicht direkt mit den Energiezielen verknüpft. Wir arbeiten daher mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteur:innen auf eine klarere Definition von Just Transition hin und setzen uns für die konsequente Einhaltung dieser Prinzipien in allen Klimaschutzbereichen ein. So widmet sich unsere Arbeit zur deutsch-indischen Klima- und Entwicklungszusammenarbeit explizit der Frage, wie der rapide Ausbau Erneuerbarer Energien im Land partizipativ und gerecht gestaltet werden kann und welchen Standards er unterliegen sollte. In Indonesien entzündete sich die Diskussion zu Just Transition vor allem um die 2022 beschlossenen JETPs. So entstanden auch Debattenräume für weit ambitioniertere Just-Transition-Konzepte über den Energiesektor hinaus, mit dem Anspruch, wirklich niemanden in der Transformation zurückzulassen.

Wasserstoffwertschöpfung

Der sich entwickelnde Wasserstoffsektor wird für Länder im Globalen Süden mit zumeist besonders hohen Produktionspotenzialen als große wirtschaftliche Gelegenheit kommuniziert. Diese kann jedoch nur ausgeschöpft werden, wenn der neue Sektor strengen Standards unterliegt, die in inklusiven Prozessen mit lokalen Akteur:innen entwickelt wurden. Germanwatch ist eng vernetzt mit deutschen zivilgesellschaftlichen Akteur:innen wie auch der Zivilgesellschaft in unterschiedlichen afrikanischen Ländern. Somit können wir die Prozesse rund um den Sektorhochlauf, also mögliche Konsultationen der lokalen Bevölkerung bzw. ihr Fehlen, und die Debatten, die um die Sektoransiedlung vor Ort geführt werden, mitverfolgen. Im Zuge dessen schaffen wir Möglichkeiten zur Kommunikation zwischen Akteur:innen aus zukünftigen Produktionsländern und deutschen Entscheidungsträger:innen. Gerade auch in Wasserstoffpartnerschaften ist es entscheidend, dass die Wertschöpfung um den neuen Sektor gefördert wird und die Wasserstoff produzierenden Länder in globale Lieferketten integriert werden.

Climate Change Performance Index (CCPI)

Ein Blick in den aktuellen Climate Change Performance Index (CCPI; Klimaschutz-Index), den Germanwatch gemeinsam mit dem NewClimate Institut und CAN herausgibt, zeigt, dass die Staaten trotz der großen Fortschritte insbesondere auch bei großen Emittenten noch weit davon entfernt sind, die in Paris versprochenen Ziele einzuhalten. Der CCPI bewertet seit 2005 jährlich die Klimaschutzbemühungen von 63 Ländern und der EU. Die Pressekonferenz für den CCPI 2024 fand auf der COP28 in Dubai statt und löste wie in jedem Jahr eine große nationale und internationale Medienresonanz aus. Als Transparenzinstrument stellt der CCPI Vergleichbarkeit zwischen den Ländern her und übt so Druck auf politische Entscheidungsträger:innen aus, der von der Zivilgesellschaft in den Indexländern verstärkt wird. Wissenschaftler:innen nutzen die Daten des CCPI, um in verschiedensten Fachbereichen (wie z. B. Politik-, Sozial- oder Wirtschaftswissenschaften) wissenschaftliche Artikel zu publizieren. Auch der Finanzmarkt arbeitet mit dem CCPI und benutzt ihn als Grundlage für die Bewertung von Staatsanleihen.

Bedarfsorientierte Anpassung und angemessenen Umgang mit Schäden und Verlusten im Sinne der Verletzlichsten voranbringen und Maßnahmen geschlechtersensibel und menschenrechtsbasiert umsetzen

Im Resilienzbereich haben wir als Team dazu beigetragen, Anpassung höher auf die politische Agenda der COP28 zu setzen und den Fonds für Schäden und Verluste (Fund for responding to Loss and Damage – FRLD) zu operationalisieren. Wichtig waren dabei wissenschaftlich fundierte Beiträge, gezielte Medien- und Advocacy-Arbeit und das Schaffen vertrauenswürdiger Dialogräume sowie das Einbringen von Vorschlägen, um Positionen zwischen Schlüsselakteur:innen zu überbrücken.

Unser Einsatz für den FRLD vor und nach der COP28

Bereits im Vorfeld der COP28 brachten wir unsere Positionen und Ideen zum Überbrücken der Differenzen in Austausch mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), dem Auswärtigen Amt (AA) sowie internationalen Foren ein und kommunizierten diese über Social Media. Wir schrieben unter anderem einen Artikel für den Climate Table³⁹, der sich mit der Bedeutung des FRLD für das Vertrauen des Globalen Südens in den Globalen Norden befasste.



Zusammen mit einem Konsortium von Partner:innen haben wir Räume am Rande der offiziellen COP-Verhandlungen geschaffen, die vertrauensvolle Gespräche und offene Dialoge über den FRLD und die Finanzierungsvereinbarung erleichterten. Diese Plattformen haben eine wichtige Rolle bei der Verbindung gleichgesinnter Länder aus dem Globalen Norden und Süden gespielt. Sie haben die Zusammenarbeit gefördert und Vorschläge zur Überbrückung kritischer politischer Momente für den FRLD entwickelt. Dieses Engagement trug dazu bei, dass der FRLD bereits am ersten Tag der COP28 zu einem großen Teil operationalisiert wurde. Dass der FRLD nun mit Leben gefüllt ist, stellt einen wichtigen Meilenstein unter UNFCCC dar, um angemessene Unterstützung für verletzlichste Länder und Bevölkerungsgruppen zum Umgang mit den Folgen des Klimawandels zu organisieren.

Nach der COP28 engagierten wir uns bei den Treffen des Advisory Boards des FRLD und positionierten uns gemeinsam mit internationalen Netzwerken wie CAN zu zentralen Punkten der weiteren

39 <https://table.media/climate/standpunkt/warum-der-erfolg-der-cop28-am-fonds-fuer-schaeden-und-verluste-haengt/>

Operationalisierung des FRLD (inkl. Partizipation von Zivilgesellschaft und Menschenrechtsansatz bei der Umsetzung des FRLD). Außerdem begleiteten wir das Exekutiv-Komitee des Warschauer Internationalen Mechanismus (WIM) zu Schäden und Verlusten unter der UNFCCC und veröffentlichten ein begleitendes Papier zu einer Sitzung. Dieses beleuchtet die Beziehung zwischen dem UN-Anpassungsfonds (Adaptation Fund) und dem Exekutiv-Komitee des WIM und zeigt auf, welche Lehren in Analogie für den FRLD gezogen werden könnten.

Im Bereich Klimaanpassung haben unsere Bemühungen – auch in Kooperation mit Akteur:innen, die bei CAN organisiert sind – und Medienarbeit maßgeblich dazu beigetragen, dass auf der COP28 eine Einigung über das globale Anpassungsziel erzielt wurde. Seit der Entscheidung in Dubai haben wir uns darauf konzentriert, ein neues Anpassungsnarrativ mit der deutschen Regierung und der afrikanischen Zivilgesellschaft zu entwickeln, das sich auf die Gerechtigkeits Elemente der Klimaanpassung konzentriert. Im Zusammenhang mit dem sog. VAE-Belem-Arbeitsprogramm zu Anpassungsindikatoren haben wir uns für Indikatoren eingesetzt, die die Anpassungslücke effektiv messen, um letztlich ehrgeizigere Anpassungsmaßnahmen und eine stärkere Unterstützung für die Länder des Globalen Südens zu erreichen. Aufbauend auf den großen Erfolgen des Klima-Risiko-Index (CRI) in den letzten 15 Jahren arbeitet Germanwatch nun mit Hochdruck daran, den CRI anlässlich der Münchener Sicherheitskonferenz 2025 neu aufgelegt zu veröffentlichen: mit einer neuen Datenbank und auch methodisch überarbeitet.

Mit einem Schwerpunkt auf Ernährungs- und Landwirtschaftssysteme haben wir uns gemeinsam mit unseren zivilgesellschaftlichen Partner:innen in Afrika dafür eingesetzt, dass die deutschen Auslandsstrategien für Ernährung und Landwirtschaft der Ernährungssouveränität Vorrang einräumen, strukturelle Fallen im Ernährungssystem angehen und einen systembasierten Ansatz für Ernährung und Landwirtschaft verfolgen.

Projekte mit Multi-Akteurs-Ansatz im Rahmen unserer Arbeit zu Schäden und Verlusten

In drei Projekten setzen wir auf einen **Multi-Akteurs-Ansatz (MAP)**, in dem wir mit nationalen zivilgesellschaftlichen Partner:innen kooperieren, und der auf die Einbindung von Akteur:innen aus Zivilgesellschaft, Politik, Wissenschaft und Medien fokussiert.

Ein zentrales Projekt im Kontext unserer Arbeit zu Schäden und Verlusten setzen wir gemeinsam mit Partnerorganisationen aus **Bangladesch** um. Der Fokus liegt darauf, die Einrichtung eines politischen Mechanismus im Land zu unterstützen, der die nationalen Bemühungen zum Umgang mit Schäden und Verlusten vereint. Gleichzeitig kann dieser Mechanismus die Funktion übernehmen, internationale finanzielle Unterstützung zu kanalisieren. Er ist damit auch im Kontext der internationalen Klimapolitik und der Arbeitsweise des FRLD ein spannendes Anwendungsbeispiel. Der Mechanismus kann zum Leuchtturm-Ansatz werden, an dem sich andere betroffene Ländern orientieren können. Im April 2024 waren wir für den nationalen Kick-Off-Workshop in Dhaka und Khulna. Bei den strategischen Treffen mit den Partnerorganisationen konnten wir uns ein Bild der Situation vor Ort verschaffen. Hochmotiviert und beeindruckt von der Arbeit unserer Partner:innen gehen wir nun die nächsten Schritte an. Eine wichtige Publikation, die auf die internationale Klimafinanzierung für den Umgang mit Schäden und Verlusten in betroffenen Ländern fokussiert, steht kurz vor der Finalisierung. Sie widmet sich der Frage, wie faire Anteile für die Verursacherländer aussehen können.

Darüber hinaus hat Germanwatch seine Arbeit im Bereich **Climate and Disaster Risk Finance and Insurance** in Partnerschaft mit der senegalesischen Organisation ENDA fortgesetzt. Diese Kooperation ist Teil einer Multi-Akteurs-Partnerschaft mit CARE International, der Munich Climate Insurance Initiative (MCII) und NGOs in weiteren Ländern im Rahmen der InsuResilience-Partnerschaft, die über 120 Mitglieder – darunter einige verletzte Länder des Globalen Südens – umfasst. Im Senegal sowie in sieben weiteren Ländern unterstützen solche Partnerschaften die Entwicklung

und Umsetzung von Instrumenten zur Klimarisikofinanzierung. Im Rahmen dieses Projekts gab es Austausch mit Ministerien und dem Globalen Schutzschild gegen Klimarisiken zu Synergien zwischen dem Projekt und den Aktivitäten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in ausgewählten Ländern. Zudem wurde ein zweiseitiges Papier erstellt, das die Erkenntnisse zur Finanzierung von langsam voranschreitenden Klimaveränderungen aus dem Vorgängerprojekt komprimiert zusammenfasst. Dieses wurde vor der COP28 veröffentlicht, um Entscheidungsträger:innen noch einmal komprimiert zu informieren. Außerdem wurde eine Publikation zu einer Methodik für einen „Loss and Damage Finance Gap Report“ zusammen mit Climate Analytics erarbeitet. Diese zielt darauf ab, die Diskussionen innerhalb des UNFCCC zu informieren, indem sie die Notwendigkeit und Durchführbarkeit eines solchen Berichts hervorhebt und eine mögliche Methodik für einen solchen Bericht präsentiert.

Im Kontext des „Whole of society“-Ansatzes der deutsch-pakistanischen Klima- und Energiepartnerschaften, der die Bedeutung der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft, des Privatsektors, der Jugend und anderer zur Ermöglichung einer erfolgreichen und schnellen Transformation anerkennt, arbeiteten wir zusammen mit Partner:innen aus Pakistan an einer Vorbereitungsphase für eine Multi-Akteurs-Partnerschaft (MAP), die sich auf Klima-Resilienz in Pakistan konzentriert. Dies umfasste eine detaillierte Stakeholder-Analyse und die Recherche zentraler Resilienzthemen in Pakistan, um geeignete Partner:innen für die zukünftige MAP zu identifizieren. Anschließend wurden Austausche mit diesen Partner:innen organisiert, um ein spezifisches Thema für die nächste Phase des Projekts festzulegen. Zusätzlich war ein Hauptpfeiler dieser Austausche, die Jugend einzubeziehen, um deren Stimmen und Erfahrungen in die Diskussion und damit in die MAP einzubringen.

Ausblick

Um erfolgreich zu sein, müssen wir die Debatte um soziale, sicherheits- und wohlfundpolitische Fragen beeinflussen und deutlich machen, dass es in der Klimapolitik darum geht, einen gerechten Übergang für alle zu ermöglichen.

Eine wirksame und ehrgeizige europäische und deutsche Klimaaußenpolitik ist unerlässlich, um die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen und eine sicherere, gerechtere und wohlhabendere Welt zu schaffen. Die Klimaaußenpolitik gerät jedoch zunehmend von mehreren Seiten unter Druck und wir müssen uns auf mögliche zusätzliche Herausforderungen im Laufe der nächsten zwölf Monate einstellen.

Auch auf globaler Ebene ist der Ausgang der US-Wahlen sehr relevant. Würde Donald Trump im November 2024 gewählt, würde dies einen erneuten Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen bedeuten. In diesem Worst-Case-Szenario geht es um die Entschlossenheit aller anderen großen Volkswirtschaften, die Umsetzung des Pariser Abkommens dennoch, ja umso mehr voranzutreiben. Die EU müsste dann ihre Position als globale Führungsmacht in der Klimapolitik und -diplomatie stärken. Sie müsste wirkmächtige Allianzen mit anderen Nationen schmieden, die sich dem Pariser Abkommen verpflichtet haben – und dabei die neuen geopolitischen Wirklichkeiten anerkennen. Sie könnte so gemeinsam mit wichtigen Partner:innen aus dem Globalen Süden ihre Rolle in internationalen Klimaverhandlungen, aber auch auf bilateraler Ebene stärken. Darüber hinaus könnte die EU im Falle einer massiv auf Chinabashing angelegten, isolationistischen Haltung der USA eine ausgleichende Rolle durch eine Kombination von Kooperation (etwa in der Klimapolitik), ökonomischem Wettbewerb und intelligentem Systemwettbewerb mit China setzen.

Auf europäischer Ebene muss die Klimaaußenpolitik strategisch mit den Prioritäten der neuen EU-Kommission verknüpft werden. Im Vergleich zur ersten Amtszeit von Kommissionspräsidentin von der Leyen wird das Klima weniger als eigenständiges politisches Thema betrachtet, sondern ist zunehmend mit den zentralen Prioritäten Europas zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, der Öffnung der strategischen Autonomie und der wirtschaftlichen Sicherheit verknüpft worden. Eine

wirkungsvolle Strategie der Klimaaußenpolitik für die EU ist wichtig, um die Klima-, Sicherheits- und Wirtschaftsziele der EU zu erreichen, aber diese gleichzeitig mit den Entwicklungs-, Sozial- und Umweltzielen der Partnerländer in Einklang zu bringen. Das Arbeitsprogramm der neuen Kommission, das spätestens Anfang 2025 formuliert werden soll, muss die Bedeutung eines kohärenten und strategischen Partnerschaftskonzepts mit einer starken Klimadimension und die Notwendigkeit, in eine ehrgeizige europäische Klimaaußenpolitik zu investieren und diese zu steuern, widerspiegeln.

Auf nationaler Ebene übt die anhaltende Haushaltskrise in Deutschland großen Druck auf die Priorisierung öffentlicher Mittel aus – Investitionen in die internationale Klimafinanzierung und Klimaaußenpolitik werden von Akteur:innen außerhalb und innerhalb der Regierung in Frage gestellt. Ein Rechtsruck im öffentlichen Diskurs und in den Wahlergebnissen in Deutschland – wie er sich bei der Europawahl 2024 und bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen im Herbst 2024 abzeichnete und möglicherweise bei der Bundestagswahl bis Herbst 2025 zu erwarten ist – könnte bedeuten, dass die Klimaaußenpolitik und die internationale Klimafinanzierung noch stärker unter Druck geraten.

Wir wollen uns für eine ambitionierte, effektive und krisenfeste Klimaaußenpolitik auf deutscher und europäischer Ebene einsetzen. Durch die Arbeit an Narrativen, den Aufbau neuer Koalitionen und das Sammeln und Fördern von Beweisen wollen wir zeigen, dass Klimaaußenpolitik und -partnerschaften eine entscheidende Investition in Zeiten zunehmender geopolitischer Verschiebungen sind und zentral, um die Glaubwürdigkeit der EU und Deutschlands zu erhalten. Um erfolgreich zu sein, müssen wir die Debatte um soziale, sicherheitspolitische und wohlstandspolitische Fragen so organisieren, dass der Fokus der Klimaaußenpolitik darauf liegt, einen gerechten Übergang für alle zu ermöglichen. Wir werden mit einflussreichen Partner:innen aus einem breiten Spektrum staatlicher und nicht-staatlicher Akteur:innen zusammenarbeiten, einschließlich Vertreter:innen aus Wirtschaft und Industrie, um die entsprechende Unterstützung für die Klimaaußenpolitik über alle demokratischen gesellschaftlichen Gruppen hinweg zu verankern.

Nächstes Jahr jährt sich das Pariser Abkommen zum 10. Mal – ein Meilenstein, der unterstreicht, wie wichtig es ist, die Wirksamkeit des Abkommens und seiner Mechanismen unter Beweis zu stellen. Die Klimakrise ist für eine klare Mehrheit von Menschen auf der ganzen Welt nach wie vor ein wichtiges Anliegen, wie jüngste Umfragen zeigen. Geopolitische Unsicherheiten und zunehmend gesplante Gesellschaften stellen jedoch eine Herausforderung dar, wenn es darum geht, Mehrheiten für die Umsetzung starker Klimaschutzmaßnahmen zu finden. In einer Zeit, in der in wichtigen Teilen der Weltgesellschaft eine Politik im Sinn von „wir zuerst“ zunehmend Unterstützung erhält, wird vor allem die internationale Dimension oft als Potenzial für das Streichen öffentlicher Mittel gesehen. Es wird auf das Recht des Stärkeren in einem Nullsummenspiel gesetzt, obwohl der Schutz von Menschenwürde und der ökologischen Lebensgrundlagen nur kooperativ gelingen kann und das Potenzial für ein Plus-Summenspiel hat.

Klimapartnerschaften müssen als eine Säule der Klimaaußenpolitik gestärkt werden, die angesichts gekürzter Ressourcen ebenfalls Gefahr läuft, an Bedeutung zu verlieren. Das Eintreten für starke Partnerschaften, die ihre Bedeutung für die soziale und wirtschaftliche Stabilität der EU und Deutschlands während des Übergangs zu einer Netto-Null-Energieversorgung hervorheben, wird auch in der nächsten Förderperiode eine Priorität bleiben. Während in der Debatte über Partnerschaften die Notwendigkeit „echter Partnerschaften unter Gleichen“ festgestellt wurde, ist es nun an der Zeit, den Worten Taten folgen zu lassen. Wir müssen also für Partnerschaften werben und aufzeigen, wie sie erfolgreich so gestaltet werden können, dass sie sowohl für die Deutschen bzw. die Europäer:innen als auch für die Menschen in den Partnerländern Vorteile bringen.

Verlässliche Partnerschaften für den Aufbau von Resilienz mit Ländern des Globalen Südens haben bei immer extremeren Klimawandelfolgen besondere Relevanz: aus Gründen der Klimagerechtigkeit

aber auch mit Blick auf den Komplex Klima und Sicherheit. Gemeinsam mit unseren zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen in Schlüsseländern versuchen wir sicherzustellen, dass die Partnerschaften zwischen Regierungen menschenrechtsbasiert und orientiert an den Interessen der Verwundbarsten umgesetzt werden. Deutschland war bislang ein Vorreiter in der Unterstützung von Ländern in der Klimaanpassung und im Umgang mit Schäden und Verlusten. Die deutschen Initiativen sowie Aktivitäten auf internationaler Ebene im Rahmen des UN-Anpassungsfonds und des FRLD hatten einen wichtigen Hebeleffekt für Beiträge anderer Industrieländer. Mit Blick auf die momentane Haushaltslage ist diese Vorreiterrolle gefährdet. Mit voller Energie werden wir uns – gemeinsam mit dem Germanwatch-Bereich Zukunftsfähige Finanzflüsse – in den kommenden Jahren dafür einsetzen, dass Deutschland ein Vorreiter in der Unterstützung der von Klimawandelfolgen am meisten Betroffenen bleibt.



Mitarbeiter:innen

	<p>Petter Lydén Bereichsleiter Internationale Klimapolitik</p>		<p>Laura Schäfer Bereichsleiterin Internationale Klimapolitik</p>		<p>Lina Ahmed Referentin für Umgang mit Klimaschäden und -verlusten</p>
	<p>Verena Allert Referentin für Energiewende-Kooperation Westbalkan</p>		<p>Leonie Beaucamp Referentin für Erneuerbare Energien und Wasserstoff</p>		<p>Jan Burck Referent für Klimaschutz & Energie, Projektleiter Klima-Indizes</p>
	<p>Lalit Chennamani Referent für indisch- deutsche Klima- und Entwicklungszusammenarbeit</p>		<p>Alexandra Goritz Referentin für Klimaaußenpolitik</p>		<p>Vera Künzel Referentin für Anpassung an den Klimawandel und Menschenrechte</p>
	<p>Mariana Inés Micozzi Referentin für internationale klima- kompatible Finanzflüsse (bis 05/2024)</p>		<p>Kerstin Opfer Referentin Energiepolitik & Zivilgesellschaft – Afrika</p>		<p>Giovanni Maurice Pradipta Referent für deutsch-indonesische Zivilgesellschaftsdialoge</p>
	<p>Lisa Schultheiß Referentin für Klimarisikomanagement und Schäden & Verluste</p>		<p>Rixa Schwarz Referentin für Klima und Entwicklung – Indien</p>		<p>Thea Uhlich Referentin für Klimaschutz und Energie</p>
	<p>Martin Voß Referent für Klimadiplomatie und Kooperation – Asien/China</p>		<p>Jolana Bosse Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben (FSJ-P) 2023/2024 (bis 07/2024)</p>		<p>Lydia Weinreich Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben (FSJ-P) 2024/2025 (seit 08/2024)</p>

Mit Unterstützung von: Elena Kemkes, Po Yi Lam, Monica Tavares Krause.

Praktikant:innen im Berichtszeitraum: Annika Kruse, Merle Riebandt.

Verantwortlich seitens des Vorstands: Sven Harmeling, Ingmar Jürgens, Silvie Kreibiehl, Fiona Marker, Dr. Artur Runge-Metzger.

Zukunftsfähige Finanzflüsse

Die Klima-, Biodiversitäts- und Nachhaltigkeitsziele werden nicht erreicht, sofern die enorme Finanzierungs- und Investitionslücke bis 2030 nicht geschlossen wird. Statt jedoch national und international die verfügbaren Mittel für die Transformation auszuweiten, geraten die verschiedenen Kanäle zur Finanzierung sowohl national als auch international unter Druck. In den vergangenen zwölf Monaten haben der Entscheid des Bundesverfassungsgerichts zur Schuldenbremse sowie die Bundeshaushalte für 2024 und 2025 die Finanzierung erheblich zurückgeworfen. Während national die Finanzierung von Unterstützungspaketen für die Transformation wegbrach, mussten die Entwicklungs- und Klimafinanzierung die größten Kürzungen im Bundeshaushalt erfahren. Der Druck von libertären und rechtspopulistischen Akteur:innen spielt dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle: Die billige Polemik z. B. gegen die Förderung von Radwegen in Peru wurde erfolgreich genutzt, um bei der Nutzung von Haushaltsgeldern im Sinne von „Deutschland zuerst“ stärker national zu denken.

So gerät **Deutschlands Klimafinanzierungsversprechen für 2025** – sechs Milliarden Euro an Zuschüssen bereitzustellen – erheblich in Gefahr. Dies ist einerseits hoch problematisch, weil Deutschland jahrelang eine treibende Kraft in der internationalen Klimafinanzierung war. Es konnte somit den Vertrauensverlust in der internationalen Gemeinschaft aufgrund des zunächst nicht eingehaltenen 100 Milliarden US-Dollar Versprechens der Industrieländer – dieses wurde erst 2022 statt 2020 erstmals erreicht – eingrenzen. Andererseits ist allseits klar, dass die 100 Milliarden US-Dollar bei weitem nicht ausreichen, um den Bedarfen an Klimaschutz gerecht zu werden. Deshalb setzen wir uns durch gezielte Analysen, Netzwerk- und Advocacy-Arbeit dafür ein, dass deutlich mehr zusätzliche internationale Klimafinanzierung zur Verfügung gestellt wird. Zurzeit wird ein **neues Klimafinanzierungsziel für die Zeit nach 2025** von den Mitgliedsstaaten der Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change – UNFCCC) verhandelt. Hier versuchen wir, insbesondere die Anpassungsfinanzierung angesichts der eskalierenden Klimakrise zu stärken, und dafür zu sorgen, dass der massive Schub an Investitionen in Erneuerbare Energien, Stromspeicher und Elektromobilität nicht weiter an den ärmsten Ländern vorbeigeht, sondern diese dabei unterstützt, Vorreiter für eine saubere Stromversorgung zu werden; und insgesamt dafür zu sorgen, dass sich das neue Ziel auch wirklich an den Bedürfnissen der Verletzlichsten ausrichtet und diese einfacher und direkten Zugang zu Investitionen bekommen.

Ohne innovative Finanzlösungen, die den Haushalt nicht zusätzlich belasten, wird auf die internationalen Finanzierungsbedarfe nicht angemessen reagiert werden können. Viel mehr braucht es zusätzlich zu weiter steigenden nationalen auch beträchtliche **neue Finanzquellen**. Existierende Finanzquellen müssen besser und effizienter ausgestaltet werden. Nur so werden ausreichend Gelder für die Finanzierung der globalen nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) und für die internationale Klimafinanzierung bereitstehen.

Seit Jahren treiben wir in diesem Sinn wirkungsvoll die **Ausrichtung von Entwicklungsfinanzinstitutionen**, insbesondere der multilateralen Entwicklungsbanken (Multilateral Development Banks – MDBs), am Pariser Klimaabkommen voran. Im Rahmen der Reform der MDBs setzen wir uns so für wirkungsvollere Banken ein. Durch die internationale Finanzarchitekturreform soll die Finanzierung jedoch nicht nur qualitativ besser werden, sondern die Finanzmittel müssen eben auch quantitativ deutlich steigen. Neben den MDBs einschließlich der Weltbank liegt das Augenmerk in der Reform einer weiteren Bretton Woods Institution: dem Internationalen Währungsfonds (IWF). 80 Jahre nach der Gründung ist die Institution trotz einer konstruktiven Leitung im Kern weiterhin stark neoliberal geprägt. Die immer wieder verordnete Sparpolitik hat enorme soziale Kosten. Obwohl Klimaschutz mehr Relevanz bekommt, wird dieser noch immer nicht in hervorgehobener Weise als zentraler Faktor für die Finanzstabilität betrachtet. Pakistan – ein Land, das erheblich unter den Folgekosten von Dürre und Überschwemmung leidet – wurde verordnet, dass vergünstigte Einfuhrzölle für Solarpanele wieder aufgehoben werden. In Kenia, wo der Präsident ein Champion für mehr Klimaschutz ist, hat das IWF-Programm den Präsidenten in erhebliche Bedrängnis gebracht.

Unter Leitung des kenianischen Präsidenten verabschiedeten im September 2023 eine Vielzahl afrikanischer Länder die **Nairobi Erklärung**. Die klare Botschaft: Wir wollen keine Almosen für mehr Klimaschutz, aber punktuell brauchen wir Unterstützung. Die erdrückende Schuldenlast limitiert die Länder darin den Klimaschutz voranzutreiben – knapp 60 Länder leiden unter hoher Verschuldung. Einige Länder zahlen mehr für ihren Schuldendienst als sie für Bildung und Gesundheit zur Verfügung haben. Des Weiteren wollen sie die eigene Einnahmehasis verbreitern. Dies sind die dritte und vierte Säule der vorgeschlagenen internationalen Finanzarchitekturreform: **Schuldenerleichterung** und **neue globale Steuern**. Beide Themen erfordern ein Verständnis in der Breite der Gesellschaft. Nur durch Zusammenarbeit lässt sich der Schutz der ökologischen Lebensgrundlagen und der Menschenwürde aller organisieren. Wie ein Bumerang kommen ansonsten soziale und ökologische Krisen auf uns zurück. Manche instrumentalisieren jeden Schuldenerlass nach dem Motto: „Zuhause geben wir nicht mehr aus als wir einnehmen, aber anderen Ländern schenken wir das Geld“. Nein, wir investieren dieses Geld in unsere gemeinsame Zukunft. Und wir brauchen Steuern und Abgaben, die insbesondere von den Verursacher:innen und Reichen gezahlt werden, bspw. wenn es um Abgaben auf Luftfahrtemissionen geht. Deshalb setzen wir uns in unserer Arbeit für eine **gerechtere internationale Finanzarchitektur**, die wirklich in der Lage ist, die Finanzlücke zu schließen, auch auf innovative Kommunikationsstrategien. Hiermit wollen wir politischen Rückenwind für diese Vorschläge generieren.

Klar ist auch: Öffentliche Mittel allein werden bei weitem nicht ausreichen, um die Klima- und Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Für die Finanzierung öffentlicher Güter kommen in der Regel nur öffentliche Gelder in Frage. Aber bei vielen Investitionen in die notwendige Transformation sieht das anders aus. Auch wenn der Privatsektor in den vergangenen Jahren einige Schritte in die richtige Richtung gegangen ist, fließen noch immer große Summen in Maßnahmen, die nicht mit dem Pariser Abkommen in Einklang stehen. Einige Bausteine – etwa die Regeln für Pläne zum nachhaltigen Umbau der Unternehmen und die **Richtlinie hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen** (Corporate Sustainability Reporting Directive – CSRD) in der EU – sind auf den Weg gebracht. Noch aber ist die Tragödie des kurzfristigen Zeithorizontes nicht überwunden. Die fossile Lobby steckt viel Geld in die Arbeit gegen diese notwendigen Regelungen. In Deutschland etwa werden die Forderung nach Aufweichung dieser Vorgaben immer lauter. „Bürokratieabbau“ ist wieder einmal das dominierende Wort über die gesamte Breite des politischen Spektrums. Dabei wird nicht unterschieden zwischen den Fällen, wo sich tatsächlich einiges einfacher gestalten ließe und dem notwendigen Kern der Berichtspflichten. Nur durch nachvollziehbare Transparenz wird ein Unternehmen in die Lage versetzt, den Schutz der Menschenrechte und des Klimas in der eigenen Lieferkette zu managen und gleichzeitig das notwendige Geld von Investor:innen für die Umsetzung des eigenen Transformationsplans zu erhalten. Selbst jene Unternehmen, die vorangehen wollen, stehen teilweise international unter Druck. In den USA haben einige fossil-libertäre Milliardäre zum Teil erfolgreich Kampagnen gegen ESG-Standards⁴⁰ finanziert. Es wird nun zunehmend die amerikanische Anti-Trust-Regulierung genutzt, um Net-Zero-Allianzen, die den Abschied von fossilen Rohstoffen im Zentrum haben, zu schwächen. Auch wenn Jurist:innen gezeigt haben, dass die Net-Zero-Allianzen kein Verstoß gegen Anti-Trust-Regulierung darstellen, hat das Vorgehen des rechtsradikalen und libertären Lagers Wirkung gezeigt. Ihr heftiges Engagement zeigt aber auch, wie sehr das Geschäftsmodell des fossilen Lagers bereits unter Druck ist und vor dem schnellen Abbau stehen könnte, wenn Finanzunternehmen ihre Finanzflüsse endgültig in Einklang mit dem Pariser Abkommen bringen. Damit dies geschieht, setzen wir uns auf nationaler und europäischer Ebene für eine ambitionierte und praktikable Umsetzung des Rahmenwerks in der EU für Sustainable Finance ein. Im Sustainable-Finance-Beirat (SFB) der Bundesregierung leisten wir wichtige Gremienarbeit. Darüber hinaus bauen wir weitere Kapazität zu Sustainable Finance in der Breite der deutschen Zivilgesellschaft im Zusammenspiel mit anderen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) auf. Nur mit ausreichend Wirkkraft in der Zivilgesellschaft können wir die Fortschritte der letzten Jahre verteidigen und darauf aufbauend auch international tätig werden.

40 ESG (Environmental, Social and Governance) bezieht sich auf Standards, deren Einhaltung von Unternehmen und Organisationen erwartet wird, um nachhaltige und verantwortungsvolle Geschäftspraktiken zu gewährleisten.

Aufgrund dieser großen Bedeutung von Finanzierung hat Germanwatch sich entschieden, unseren zuvor brachliegenden und nur innerhalb von anderen Bereichen zuarbeitenden Bereich Klima- und Entwicklungsfinanzierung zu reaktivieren und mit Blick auf die Herausforderung der kommenden Jahre zu modernisieren. Der Bereich „Zukunftsfähige Finanzflüsse“ wird die nationale, europäische und internationale Ebene bespielen. So wie Finanzflüsse die Breite der Gesellschaft betreffen, wird dieser Bereich zukünftig auch in enger Abstimmung mit den anderen Germanwatch-Bereichen arbeiten.

Nachhaltiges Wirtschaften fördert Transformation zu einer emissionsarmen und resilienten Gesellschaft

Als ständiger Beobachter im SFB der Bundesregierung leistet Germanwatch wichtige Gremienarbeit, initiiert regelmäßig die Abstimmung zwischen den NGOs und setzte wichtige und vielgeachtete Impulse für die Arbeit und Veröffentlichungen des SFB, bspw. das öffentliche Statement des SFB für die Verabschiedung des europäischen Lieferkettengesetzes.

Auf nationaler Ebene ist Germanwatch, wie bereits in den vergangenen Jahren, als ständiger Beobachter im Sustainable-Finance-Beirat der Bundesregierung aktiv. In verschiedenen Arbeitsgruppen fokussieren wir uns hier insbesondere auf Regulierungskohärenz, Transitionspläne und internationale Sustainable-Finance-Fragen.

Ebenso engagieren wir uns intensiv in den Prozessen auf europäischer und deutscher Ebene zur Entwicklung und zügigen Umsetzung eines EU Sustainable Finance Frameworks. Ein großer Teil der geplanten Gesetzesinitiativen im Sustainable-Finance-Bereich sind auf EU-Ebene von Parlament und Rat gerade verabschiedet. Hier haben wir uns 2023 gemeinsam mit weiteren NGOs intensiv für die Einbeziehung der gesamten Wertschöpfungskette des Finanzsektors in den gesetzlichen Rahmen eingesetzt. Auch wenn dies im jetzigen Gesetz nicht vollends erfolgreich war, so ist doch bereits die Revisionsklausel und die verpflichtende Erstellung von Transitionsplänen für Finanzinstitutionen ein großer Erfolg. Auf deutscher Ebene galt es, die laufende Umsetzung der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) in ein nationales Gesetz voranzubringen. Hier haben wir uns insbesondere mit dem Thema nationale Standardsetzer beschäftigt und eine Reform angeregt, die eine diversere Stakeholderrepräsentanz vorsieht, die auch Nachhaltigkeitsexpert:innen einbezieht.⁴¹

Außerdem haben wir das Ziel verfolgt, die Vernetzung zwischen und das Wissen von deutschen (Umwelt-)Organisationen im Bereich Sustainable Finance anzuregen und zu verbessern. Hierzu haben wir 2023 ein monatliches Austauschformat für NGOs und Think Tanks organisiert und durchgeführt („Green Finance Roundtable“). Zudem haben wir eine vierteilige Webinarreihe zu verschiedenen Sustainable-Finance-Themen zusammen mit der Klima-Allianz und dem World Wide Fund (WWF) Deutschland organisiert und somit das Wissen innerhalb der Zivilgesellschaft über Sustainable Finance gestärkt. Als eines der zentralen Themen arbeiten wir zu den oben schon angesprochenen Transitionsplänen. Wir sind überzeugt, dass sie ein essenzielles Instrument sind, um die Tragödie des kurzfristigen Zeithorizonts zu überwinden, und damit ein unverzichtbares Managementinstrument für den Umbau der Unternehmen. Auch hier arbeiten wir durch wissenschaftliche Beiträge und über den Green Finance Roundtable daran, ein besseres Verständnis dafür in der Zivilgesellschaft zu verankern.⁴²

41 <https://www.germanwatch.org/de/90768>

42 <https://www.germanwatch.org/de/90570>

Reform der internationalen Finanzarchitektur für mehr globale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung

Germanwatches jahrelange Arbeit mit Partner:innen zur Ausrichtung von multilateralen Entwicklungsbanken (Multilateral Development Banks, MDBs) am Pariser Abkommen spiegelt sich inzwischen deutlich in den Programmen dieser Banken wider. Jetzt setzen wir unseren Fokus auf die transparente und wirkungsvolle Umsetzung. Durch die internationale Finanzarchitekturreform soll die Finanzierung nicht nur qualitativ besser werden, sondern auch quantitativ steigen. Dies ist insbesondere für die ärmere Hälfte der Welt zentral, damit die notwendige Anpassung sowie der Umgang mit Schäden und Verlusten im Kontext der Klimakrise vorankommen und die 100 ärmsten Staaten nicht von der global inzwischen sehr dynamischen Energiewende abgehängt werden. Diese neue Agenda haben wir breitwirksam durch Blogs, Videos und Podcasts erfolgreich in Medien und Öffentlichkeit sowie in den politischen Diskurs gebracht. So ist die Grundlage für politische Fortschritte gesetzt. Die Reform des Internationalen Währungsfonds (IWF) – bei der Deutschland auf der Bremse steht - und die Einführung neuer globaler Steuern und Abgaben für mehr Klimafinanzierung stehen jetzt in unserem Fokus.

Internationale Finanzarchitekturreform

Die Reform der internationalen Finanzarchitektur hat seit Mitte 2022 deutlich an Fahrt aufgenommen. Sie umfasst allgemein vier Säulen: Reform der MDBs, des IWF, des internationalen Schulden-systems und Einführung neuer globaler Steuern und Abgaben. Ziel ist es einerseits, eine faire und gerechtere Finanzarchitektur aufzubauen und andererseits zusätzliche Gelder für Klima- und Entwicklungsfinanzierung einzunehmen. Durch die Nairobi Deklaration beim Afrikanischen Klimagipfel (Africa Climate Summit) 2023, die vorangetriebene Weltbankreform und die Setzung verschiedener Akzente der brasilianischen G20-Präsidentschaft bleibt weiterhin eine hohe Dynamik erhalten.



Germanwatch-Team bei der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank.

Germanwatch legt den Fokus auf die Rolle der deutschen Regierung bei den Reformen der internationalen Finanzarchitektur. Hierbei haben wir im letzten Jahr drei Ansätze verfolgt: Vernetzung und Kapazitätsaufbau mit der deutschen und internationalen Zivilgesellschaft, Advocacy-Arbeit gegenüber deutschen Entscheidungsträger:innen und eine breit angelegte Kommunikationsstrategie. Gemeinsam mit anderen Vertreter:innen der Zivilgesellschaft haben wir Forderungspapiere an Politiker:innen versandt, Advocacy-Strategien entwickelt und durch unsere Kontakte den Vertreter:innen von NGOs aus dem Globalen Süden eine internationale Plattform geboten. Zur Advocacy-Arbeit mit Entscheidungsträger:innen veranstalteten wir einen parlamentarischen Austausch zu den Ergebnissen

des Pariser Finanzgipfels und organisierten regelmäßige Austausche mit politischen Vertreter:innen. Internationale Treffen wie die Frühjahrs- und Jahrestagung der Weltbank und des IWFs nutzten wir, um uns mit den deutschen und europäischen Leiter:innen der Exekutivbüros umfänglich auszutauschen. Durch Podcastfolgen⁴³, Videos⁴⁴, soziale Medien⁴⁵ und Pressearbeit⁴⁶ probieren wir, diese neuen Themen in die Breite der Gesellschaft zu tragen und eine wachsende Gruppe von Medienvertreter:innen zu erreichen. Seit Beginn des Jahres konzentrieren wir uns vor allem auf den IWF und mögliche Wege zur Erhebung neuer globaler Steuern und Abgaben. Hier haben wir erhöhten Bedarf in der Advocacy-Arbeit in der deutschen Zivilgesellschaftslandschaft identifiziert.

43 <https://www.germanwatch.org/de/podcast-zukunftsfaehig>

44 <https://www.youtube.com/watch?v=i6elUyQaB8c>

45 https://www.linkedin.com/posts/germanwatch_we-are-a-step-closer-to-taxing-the-super-rich-activity-7199311419014529026-M10e?utm_source=share&utm_medium=member_desktop

46 <https://www.germanwatch.org/de/90745>

Ausrichtung von MDBs am Pariser Abkommen

Seit die MDBs sich 2017 zur Ausrichtung ihrer Investitionen am Pariser Klimaabkommen verpflichtet haben, begleitet Germanwatch aktiv diesen Prozess – in einem Projektkonsortium mit dem World Resources Institute, dem NewClimate Institute und seit letztem Jahr auch mit dem Think Tank E3G. 2023 war ein besonders wichtiges Jahr: Sieben MDBs haben ihre volle Paris-Kompatibilität verkündet. Deshalb hat sich Germanwatch in diesem Jahr darauf konzentriert, die neu erschienenen, umfangreichen Methodenwerke der MDBs zur Überprüfung der Paris-Kompatibilität neuer Investitionen zu bewerten und den Banken konkrete Verbesserungsvorschläge vorzulegen.⁴⁷ Die sehr technische Debatte haben wir in wesentlichen Zügen in Blogs zusammengefasst.⁴⁸ Wie immer geschah dies in engem, konstruktivem Austausch mit den Klimaspezialist:innen der MDBs – z. B. während einer Veranstaltung bei der Frühjahrstagung der Weltbank in Washington DC. Dort haben wir uns auch aktiv in die Diskussionen zur Reform der MDBs eingebracht, die seit letztem Jahr intensiv im Gange sind und von Anteilseigner:innen und Partnerländern vorangetrieben werden. In diesem Kontext haben wir die Bundesregierung sowie weitere Anteilseigner:innen der Banken mit Expertise und zivilgesellschaftlichen Perspektiven bezüglich der Kernfrage unterstützt, wie die MDBs sich verändern sollten, um einerseits mehr Finanzierungsspielraum zu kreieren und andererseits ihre Investitionen wirksamer für die Klimatransformation und den Umgang mit weiteren globalen Herausforderungen einzusetzen. Zu diesem Thema waren wir auch in verschiedenen zivilgesellschaftlichen Netzwerken aktiv, wo wir Positionen international abstimmen, um uns in politischen Entscheidungsprozessen wirksam Gehör zu verschaffen.

Die MDBs spielen eine wesentliche Rolle in der Klimafinanzierung. Dabei greifen sie auch auf vergünstigte Gelder aus den Klimafonds zurück. Dies ruft immer wieder Kritik aus der Zivilgesellschaft hervor, da diese knappen Mittel dann z. B. den Institutionen und Organisationen aus dem Globalen Süden nicht für deren direkten Zugang zur Verfügung stehen und stattdessen die MDBs doppelt vom Zugang zu vergünstigten Mitteln profitieren. Deshalb haben wir untersucht, unter welchen Bedingungen der Zugriff der MDBs auf die Klimafonds wirklich sinnvoll ist.⁴⁹ Dies gilt besonders in Ländern wo Institutionen schlichtweg die Kapazität fehlt, direkt auf die Klimafonds zuzugreifen. Sowohl für die MDBs wie auch die nationalen Institutionen stellt die zunehmende Fragmentierung der Klimafinanzierungslandschaft eine große Herausforderung dar.

Engagement für konsequente Umsetzung des 100 Milliarden-US-Dollar-Versprechens bis 2025 und das neue Klimafinanzierungsziel mit Fokus auf die Bedürfnisse der Verletzlichsten

Durch gezielte Analysen, Netzwerk- und Advocacy-Arbeit setzen wir uns für zusätzliche internationale Klimafinanzierung und deren fokussierte sowie wirkungsvolle Verwendung ein. Wir geben insbesondere Impulse für das neue kollektive Klimafinanzierungsziel. Ein Zuwachs an verfügbaren Mitteln für Anpassung steht dabei im Fokus unserer Arbeit. Jeder eingesetzte Euro erspart ein Vielfaches an späteren Schäden. Unsere Analyse entscheidender Faktoren zur Verschiebung aller Finanzflüsse für eine klimaresiliente Entwicklung im Allgemeinen sowie der Landwirtschaft vor allem im Globalen Süden war wichtige Grundlage für eine tiefergehende Diskussion innerhalb der UNFCCC.

Schon seit Beginn der Gespräche während der Weltklimakonferenz in Glasgow (COP26) begleitet Germanwatch den Prozess und die Verhandlungen rund um ein neues Klimafinanzierungsziel ab 2025. Im Rahmen unserer Projekte haben wir 2023 und 2024 durch Diskussionspapiere und

47 <https://www.germanwatch.org/de/90860>

48 <https://www.germanwatch.org/en/88568>

49 https://cfas.info/sites/default/files/anhang/Germanwatch_MDBs%E2%80%99%20partnerships%20with%20international%20climate%20funds_2023.pdf

beratende Unterstützung der Verhandler:innen der am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries – LDCs) die Debatten in den technischen Expertendialogen maßgeblich beeinflusst und vorangetrieben. Wir setzen uns dafür ein, dass das neue Ziel auf den tatsächlichen Bedarfen der Ärmsten und Verletzlichsten aufbaut. Dabei waren auch die verspätete Erfüllung des 100 Milliarden US-Dollar-Versprechens, die zweite Wiederauffüllung des Grünen Klimafonds, sowie die Mobilisierung neuer Gelder für den Anpassungsfonds wichtige politische Faktoren, um das notwendige Momentum in den Verhandlungen zum neuen Klimafinanzierungsziel zu schaffen. Durch gezielte Netzwerk- und Advocacy-Arbeit, insbesondere im Austausch mit Vertreter:innen der Bundesregierung, haben wir hierfür den konstruktiven politischen Druck auf die Entscheidungsträger:innen erhöht und somit wesentliche Impulse für den Fortschritt gesetzt.

Mit Blick auf COP29 intensivieren wir diese Arbeit. Gemeinsam mit Partner:innen sowohl aus dem Globalen Norden als auch Süden arbeiten wir an Lösungen, um die größten politischen Hürden im Verhandlungsprozess zu überwinden. Wir können dabei auf vertrauensvolle Verbindungen zu Partner:innen in der Zivilgesellschaft, den Institutionen der UN-Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change – UNFCCC) sowie Verhandlungsvertreter:innen setzen. Um ein starkes Verhandlungsergebnis zu erzielen, setzen wir uns insbesondere für ein ambitioniertes Paket für die Anpassungsfinanzierung ein, die seit Jahren ein zentrales und Jahr für Jahr verschärfendes Problemfeld der internationalen Klimafinanzierung ist. Zeitweise stand diese zudem im Schatten der internationalen Diskussion um die Finanzierung für den Umgang mit Schäden und Verlusten. Dabei zeigt die Forschung, dass jeder für die Anpassung eingesetzte Euro ein Vielfaches an späteren Schäden vermeidet und damit auch die heutigen Entwicklungsfortschritte sichert.

Verschiebung von Finanzflüssen für eine klimaresiliente Entwicklung

Die Verhandlungsdynamik zur Klimafinanzierung und das damit einhergehende Misstrauen haben lange verhindert, dass über den Artikel 2.1c des Pariser Abkommens diskutiert wird. Dieser Artikel besagt, dass alle Finanzflüsse in Einklang mit einer klimaresilienten und emissionsarmen Entwicklung gebracht werden müssen. Dabei ist es extrem wichtig, dass keine Finanzflüsse den Zielen des Pariser Abkommens zuwiderlaufen. Seit 2023 gibt es bereits ein Dialogformat, damit sich Verhandlungsparteien und auch die Zivilgesellschaft zum Artikel 2.1c äußern und miteinander diskutieren können. Diese Dialogformate haben keine Entscheidungsgewalt, können aber eine wichtige Grundlage für spätere entscheidungswirksame Verhandlungen liefern. In der Vergangenheit konzentrierten sich die Diskussionen um den Artikel 2.1c jedoch ausschließlich auf den Klimaschutz. Gemeinsam mit Partner:innen haben wir erstmals den Klimaresilienz-Aspekt beleuchtet. Hierzu haben wir zwei wegweisende Publikationen verfasst: zu Klimaresilienz im Allgemeinen hinsichtlich Artikel 2.1c⁵⁰ sowie zum Landwirtschaftsbereich⁵¹ im Besonderen. In Anerkennung dieser Expertise konnte ein Vertreter von Germanwatch beim Sharm El-Sheikh Dialogue zu Artikel 2.1c im Juni 2023 einen Roundtable unter Expert:innen moderieren.

Ausblick

Die klaffende Finanzierungs- und Investitionslücke für die Transformation in Deutschland, Europa und der Welt muss so schnell wie möglich geschlossen werden. Ein handlungsfähiger Staat im Sinne einer sozialgerechten Transformation wird dabei gleichzeitig die Demokratien in der Welt stärken. Selbst bei der notwendigen Erhöhung öffentlicher Gelder wird die Transformation ohne ein gleichzeitig größeres finanzielles Engagement des Privatsektors nicht erfolgreich sein. Damit diese Gelder in die richtige Richtung fließen, braucht es klare und starke, aber nicht überfordernde Leitlinien.

50 <https://odi.org/en/insights/putting-climate-resilient-development-at-the-heart-of-article-21c-to-further-its-equitable-implementation/>

51 <https://odi.org/en/publications/making-finance-flow-to-adaptation-in-small-scale-agrifood-systems/>

Die Investitionen in Zukunftstechnologien sind insbesondere in den G20-Staaten in den letzten Jahren exponentiell gewachsen. Dennoch: Die Finanzierung der kommenden Schritte der Transformation in Deutschland, Europa und der Welt wird große Hürden meistern müssen. Wir sehen in vielen Staaten der Erde – etwa in den USA, in Kanada, Australien und Brasilien, aber auch in der EU und in Deutschland, dass wichtige Akteur:innen des fossilen Sektors massiv gesetzliche Regelungen untergraben wollen, die Investition und Finanzierung von Klimaschutz und Entwicklung befördern. Gleichzeitig sind die Gewinne des fossilen Sektors in den vergangenen Jahren enorm angestiegen, was zu massiven Neuinvestitionen in diesen Sektor geführt hat. Öffentliche Gelder für Veränderung bereitzustellen, steht prinzipiell im Widerspruch zum Versuch, das Geschäftsmodell des fossilen Sektors möglichst lange zu erhalten. Bei der jetzigen Definition der Schuldenbremse wird nicht einmal zwischen zukunftsfähigen Investitionen, die mittelfristig durch Einnahmen oder vermiedene Schäden die Verschuldung reduzieren, und anderen nicht nachhaltigen Ausgaben unterschieden. Der leider zunehmende Blick auf das Nationale verdrängt zudem den Blick auf die internationalen Zusammenhänge. Der hieraus entstehende öffentliche Druck spiegelt sich bereits in den Haushaltsvereinbarungen der aktuellen Ampelregierung wider.

Um das notwendige öffentliche Geld für die Transformation – insbesondere für das Hebeln privater Gelder – zu ermöglichen, planen wir uns gemeinsam mit dem Germanwatch-Bereich Deutsche und Europäische Klimapolitik zukünftig stärker in den Diskussionen zum Bundeshaushalt und zum mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU zu engagieren. Dazu gehört auch, die gesetzlich verankerte Schuldenbremse unter die Lupe zu nehmen. Es ist spannend zu sehen, dass die meisten Expert:innen weder für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands noch für die Entwicklung der Schulden die jetzige Form der Schuldenbremse für ökonomisch sinnvoll halten. Klar ist, dass Deutschland das existierende Investitionsdefizit – der Staat darf nicht und die Privaten wollen unter diesen Rahmenbedingungen nicht – rasch abbauen muss, wenn es breiten Wohlstand und internationale Wettbewerbsfähigkeit sichern und auf einen 1,5 °C-kompatiblen Pfad kommen möchte. Im existierenden System gibt es ebenfalls noch Potenzial, weitere Gelder zu mobilisieren. Hierbei drängen wir insbesondere darauf, bestehende Subventionen umzuwidmen, damit sie statt das fossile Geschäftsmodell zu verlängern und der Klimatransformation im Wege zu stehen, zur selbigen beiträgt. Die laufende Legislaturperiode hat deutlich gezeigt, wie herausfordernd dies ist, obwohl die Absicht der Subventionsreform hierzu bereits im Koalitionsvertrag festgelegt wurde.

Für die anstehenden Bundestagswahlen wollen wir die Bedeutung öffentlicher Gelder und Investitionen ins Zentrum stellen. Eine sozial- und generationengerechte Transformation wird es nur geben, wenn gleichzeitig die ökonomische Ungleichheit in der Gesellschaft reduziert wird. Deshalb werden wir unsere Arbeit zu Steuern und Abgaben intensivieren. Wir konzentrieren uns hierbei auf Steuern, die einerseits das Verursacherprinzip („polluters pay principle“) abbilden und gleichzeitig soziale Unwuchten im System reduzieren. Ihre Einführung kann dazu beitragen, dass zusätzliches Geld für den notwendigen zügigen Wandel hin zu einer zukunftsfähigen Wirtschaft und Gesellschaft zur Verfügung gestellt wird. Wie auch bei der Umwidmung von Subventionen wird es bei der Einführung neuer Abgaben und Steuern extrem wichtig sein, dass diese sozial fair umgesetzt und durch eine gezielte Kommunikation begleitet werden.

Global stehen die nächsten zwölf Monate ganz im Zeichen der internationalen Klima- und Entwicklungsfinanzierung. Bei der COP29 soll über das neue Klimafinanzierungsziel für die Zeit nach 2025 entschieden werden. Wir setzen uns dafür ein, dass es auf den tatsächlichen künftigen Bedarfen der Ärmsten und Verletzlichsten aufbaut. Das bedeutet auch, gemeinsam mit der Transformation die Finanzierung für Anpassung und den Umgang mit Schäden und Verlusten zu stärken. Gleichzeitig sehen wir, dass sich die ökonomische Realität und die historische Verantwortung durch Treibhausgasemissionen seit 1992 – dem Geburtsjahr der Klimakonvention – deutlich verschoben hat. Wir halten es deshalb für notwendig, dass Länder wie bspw. die reichen Öl- und Gasländer ihren Beitrag zur Klimafinanzierung leisten. Eine adäquate Abbildung der neuen ökonomischen Realität bedeutet zudem, dass Länder des Globalen Südens mehr Mitspracherechte in den

MDBs und dem IWF bekommen. Deutschland tritt im IWF allgemein sehr konservativ auf. In der Frage um Schuldenschnitte und neue globale Abgaben und Steuern sowie neue Regeln für die Sonderziehungsrechte erschwert die innerdeutsche Dynamik allerdings – u. a. in der Regierung und der Bundesbank – Fortschritte. Trotzdem werden wir hier weiter Druck aufbauen, damit Deutschland eine positive, proaktive Rolle einnimmt. Die Reform ist notwendig, damit Gelder für den Klimaschutz in dem Maße bereitstehen, die auch nur annähernd den Bedarfen besprechen.

Die Wahlen in den USA werden die Erfolgsaussichten der internationalen Verhandlungen maßgeblich beeinflussen. In einem Trump-2.0-Szenario werden Deutschland und die EU die Vorteile einer multipolaren Welt stärker nutzen müssen. Die enorme Dynamik bei Investitionen gegen die Klimakrise muss dann in bisher ungewöhnlichen Süd-Nord-Partnerschaften vorangebracht werden. Deutschland sollte in diesem Fall mit den G19 und G6 sowie mit plurilateralen Partnerschaften probieren, die Reformanstrengungen zu beschleunigen. Die G20 unter brasilianischer Präsidentschaft zeigt gerade, was möglich ist, wenn ein Land aus dem Globalen Süden bereit ist, eine innovative Agenda zu fahren. Auch Südafrika ist dies 2025 zuzutrauen. Klar ist aber auch, dass in jedem Szenario und unabhängig von künftigen Wahlausgängen Deutschland seinen historischen Verantwortungen gerecht werden muss. Dafür werden wir uns einsetzen, damit Deutschland ein Klimafinanzierungsziel für 2030 festlegt, das seinem fairen Anteil entspricht.

Auch wenn private Gelder die zentrale Rolle in der Transformation spielen, wird dies nicht ohne deutlich mehr Gelder der öffentlichen Hand gelingen. Es ist eindeutig, dass es im Privatsektor verschiedene Strömungen gibt. Während einerseits immer mehr Unternehmen und Finanzinstitutionen zunehmend mit Blick auf eine auf 1,5 °C begrenzte Welt zukunftsfähige Investitionen tätigen und entsprechend auch nachhaltige Produkte nachfragen, probieren andererseits andere Unternehmen den Status quo mit ihrem fossilen Geschäftsmodell solange wie möglich zu verlängern. Nachdem eine Vielzahl von europäischen Regulierungsvorhaben im Sustainable-Finance-Bereich verabschiedet wurden, die das fossile Geschäftsmodell unter Druck setzen, hallt nun vielerorts der Ruf nach „Bürokratieabbau“. Wir sind überzeugt, dass zumindest der Kern dieser Regulierungen notwendig ist, um die Verschiebung der Finanzflüsse zu beschleunigen und existierende Marktversagen – wie die Tragödie des kurzfristigen Horizonts – zu überwinden. Wir setzen darauf, eine neue und umsetzbare Vision einer zukunftsfähigen Wirtschaft und gerechten Gesellschaft – möglichst mit progressiven Unternehmen und Gewerkschaften – aufzubauen. Gemeinsam mit Unternehmen, die diese Neuausrichtung mit klaren Zielen und Meilensteinen angehen, wollen wir zum einen aufzeigen, dass die Umsetzung der Regulierungen absehbar – auch unternehmerisch – positiv ist, und zum anderen diejenigen Aspekte identifizieren, die nachgeschliffen werden müssen.

Ein Kernproblem für Unternehmen ist die internationale Vielfalt und zum Teil Widersprüchlichkeit der regulativen Vorgaben zwischen den Ländern. Hier ist positiv festzuhalten, dass im Rahmen der G7 und G20 die Länder gemeinsame Sustainable-Finance-Prinzipien, bspw. bei Transitionsplänen, vorantreiben. Auch hier gilt, dass selbst bei einem Trump-2.0-Szenario, diese Foren weiterhin wichtig sein werden, um die Sustainable-Finance-Agenda international voranzutreiben. Ausgehend von Akteur:innen der fossilen Lobby und republikanisch regierten Staaten wirken sich die USA schon jetzt teilweise negativ und bremsend auf die Ambition von europäischen Finanzinstitutionen mit Net-Zero-Plänen aus. Hier gilt es robuste Lösungen zu finden. Genauso wichtig wird es, sich die Finanzstabilitätsvorgaben anzuschauen. Die mit gutem Grund nach der Finanzkrise 2008/09 verschärften Vorgaben behindern in ihrer jetzigen Form Finanzakteur:innen darin, in Klimaprojekte im Globalen Süden außerhalb der großen Schwellenländer zu investieren. Dabei müssen gerade in die ärmeren Länder deutlich mehr öffentliche und private Investitionen zur Finanzierung der Transformation fließen, damit sie nicht auch bei dieser neuen industriellen Revolution gnadenlos abgehängt werden.

Strategie 2024 Zukunftsfähige Finanzflüsse (ZF)

Sustainable Finance

Alle Finanzflüsse sind kompatibel mit einer Transformation zur emissionsarmen und resilienten Wirtschaft und Gesellschaft sowie einer menschenrechtsbasierten Umsetzung der SDGs.

Nachhaltige Finanzierung und damit verbundene Regulierung wird von politischen Akteur:innen, Unternehmen und Verbänden als herausfordernde, aber machbare Transformationsaufgabe wahrgenommen.

Sustainable-Finance-Regulierung hat sich als wichtiges und effizientes Transformationsinstrument etabliert.

Allgemeine internationale Standards für ambitionierte Transformationspläne sind akzeptiert, werden von Unternehmen auf- und umgesetzt und sind wichtiges Instrument für die Allokation von Kapital.

Die Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft, Privatsektor und Finanzmarktakteur:innen fördert eine ambitionierte Agenda, u. a. im Sustainable-Finance-Beirat.

Deutsche und europäische öffentliche Transformationsfinanzierung

Ausreichend Finanzierung aus öffentlichen Mitteln steht für die sozial-ökologische Transformation bereit.

Der Bundes- und EU-Haushalt stellt ausreichend Mittel für die Finanzierung der nationalen und europäischen sozial-ökologischen Transformation im Einklang mit 1,5°C-Limit bereit. Das Klimageld wird sozialgerecht implementiert.

Öffentliche Gelder werden effizient genutzt und Allokationen vor dem Hintergrund der Ziele der sozial-ökologischen Transformation vorgenommen.

Die Schuldenbremse wird reformiert. Sie unterscheidet Zukunftsinvestitionen von Konsumausgaben des Staates. Umwelt- und klimaschädliche Subventionen in Bundes- und EU-Haushalt werden zurückgefahren. Zusätzliche Gelder für die Transformation sind dadurch verfügbar.

Reform der internat. Finanzarchitektur

Eine faire und gerechte Internationale Finanzarchitektur schließt die SDG-, Klima- und Biodiversitätsfinanzlücke und fördert die Transition zu 1,5 °C-kompatiblen, klimaresilienten Gesellschaften.

Erste innovative globale Steuer- und Abgabenelemente werden umgesetzt und tragen zur Klimafinanzierung bei. Deutschland unterstützt dies und die UN-Steuerkonvention proaktiv.

Der IWF integriert Auswirkungen des Klimawandels und die Finanzierung der Transformation in allen Prozessen. Deutschland unterstützt die Ausgabe und Weitergabe von Sonderziehungsrechten. Das globale Schuldenrahmenwerk wird reformiert und der Schuldenerlass schreitet voran.

Entwicklungsbanken unterstützen Länder systematisch bei der sozial-ökologischen Transformation. MDBs kooperieren verstärkt mit nationalen Entwicklungsbanken. Die Reformprinzipien für MDBs werden fortwährend in allen Banken umgesetzt.

UNFCCC Finanzierung

Das neue Klimafinanzierungsziel trägt den Bedürfnissen der Verletzlichsten in Umfang und Qualität Rechnung.











Ein neues Klimafinanzierungsziel für die Zeit nach 2025 ist festgelegt, das auf den spezifischen Bedürfnissen der Verletzlichsten, dem Gleichgewicht zwischen Minderung und Anpassung, der Finanzierung von Schäden und Verlusten sowie einer ausreichenden und vorhersehbaren Finanzierung der UN-Klimafonds aufbaut. Alle Nicht-Industrieländer mit der Kapazität (ausreichend Finanzkraft) und Verantwortung (ein hohes Maß an freigesetzten Emissionen) tragen zunehmend bei.

Deutschland erhöht sein Klimafinanzierungsziel bis 2030 deutlich und in Einklang mit dem fairen Anteil am neuen Klimafinanzierungsziel. Finanzierung für Schäden und Verluste wird als dritte Säule eigenständig betrachtet.

Die Rolle der Zivilgesellschaft wird fortwährend gestärkt und es wird zur Verbesserung des direkten Zugangs der Entwicklungsländer zur Klimafinanzierung beigetragen.

IWF = Internationaler Währungsfonds, MDBs = multilaterale Entwicklungsbanken (Multilateral Development Banks – MDBs), SDGs = nachhaltige Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals), UNFCCC = UN-Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change)

Mitarbeiter:innen

	<p>David Ryfisch Bereichsleiter Zukunftsfähige Finanzflüsse</p>		<p>Bertha Argueta Referentin für Klimafinanzierung und Entwicklung</p>		<p>David Eckstein Referent für Klimafinanzierung und Investitionen</p>
	<p>Dr. Anja Carolin Gebel Referentin für Entwicklungsbanken und Klima</p>		<p>Julia Grimm Referentin für Klimafinanzierung und Anpassung</p>		<p>Christian Gröber Referent für die Reform der internationalen Finanzarchitektur (seit 03/2024)</p>
	<p>Christoph Hoffmann Referent für klimakompatible Finanzflüsse</p>		<p>Yanika Meyer- Oldenburg Referentin für klimakompatible Finanzflüsse</p>		<p>Nouhaila Zaki Referentin für internationale Besteuerung zur Klimafinanzierung (seit 03/2024)</p>
	<p>Leonardo Martin Dimeo Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben (FSJ-P) 2023/2024 (bis 07/2024)</p>				

Mit Unterstützung von: Hannah Dietz, Romie Niedermayer.

Verantwortlich seitens des Vorstands: Silvie Kreibiehl, Dr. Artur Runge-Metzger.

Welternährung, Landnutzung und Handel

Ein immenser Druck lastet aktuell auf unseren Ernährungssystemen – global wie lokal. Multiple akute Krisen gefährden die Ernährungssicherheit: Kriege und Konflikte, die Hunger und Hungersnöte vor Ort zur Folge haben (z. B. Burkina-Faso, Gaza, Sudan), Konflikte mit weltweiten Auswirkungen (z. B. Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine), die Nachwirkungen der COVID-19-Pandemie, der Verlust der Biodiversität, destabilisierte Ökosysteme, diverse gesundheitliche Gefahren für Tiere und Menschen sowie die in der Landwirtschaft bereits allorts spürbaren Auswirkungen der Klimakrise. Auch die für die Ernährungssysteme zentralen Akteur:innen aus der Landwirtschaft, allen voran die Landwirt:innen, stehen seit langem unter extremem Druck: Die monatelangen, in verschiedenen Ländern Europas auf die Straße getragenen Bauernproteste und auch die Ergebnisse der Europawahl 2024 sprechen diesbezüglich Bände.

Für die Ausgestaltung resilienter, zukunftsfähiger Agrar- und Ernährungssysteme sind diese Akteur:innen von entscheidender Bedeutung. Ebenso wie für den demokratischen Zusammenhalt unserer ländlichen Räume, ja der Gesellschaft insgesamt. Wie andere Betroffene auch müssen die Menschen in den ländlichen Räumen in Entscheidungsprozesse konsequent miteinbezogen werden. Politisch muss ihre praktische Expertise genutzt und eine gerechte Transformation, die ihnen und ihren Kindern eine Perspektive gibt, gewährleistet werden. Die Zukunft liegt in klaren Zielsetzungen, gemeinsam erarbeiteten Umsetzungsstrategien, praktikablen und möglichst unbürokratischen Handlungsräumen, neuen Geschäftsmodellen und attraktiven Honorierungen.

In diesem Sinne setzten wir uns im Berichtszeitraum für eine **ambitionierte Ausgestaltung der deutschen und europäischen Agrarpolitik** ein und fassten auch die globale Ausgestaltung von Agrar- und Ernährungssystemen enger in den Blick. Mit einem **umfassenden Bericht zum Antibiotikaeinsatz** in der industriellen Tierhaltung und einem **Policy Paper zur Umsetzung der neuen EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte** führten wir zudem zwei schon zuvor erfolgreich bearbeitete Themen konzentriert fort.

Deutsche und europäische Agrarpolitik nachhaltig gestalten

Eine zukunftsfähige Landwirtschaft und die demokratische Weiterentwicklung ländlicher Räume benötigen klare und gerechte Förderstrategien. Germanwatch setzte sich für eine ambitioniert nachhaltig ausgestaltete Agrarpolitik ein. Die klare Botschaft: Der Schutz unserer Lebensgrundlagen gelingt nur gemeinsam mit den Landwirt:innen.

Krisen bewältigen, eine sozial-ökologisch hochwertige Zukunft sichern, klare Perspektiven für Landwirt:innen und lebenswerte ländliche Räume bieten: Wie muss insbesondere die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) Europas ausgestaltet werden, um all dies zu ermöglichen? Als Mitglied der Verbände-Plattform⁵² haben wir uns zusammen mit vielen weiteren Organisationen aus Landwirtschaft, Umwelt-, Natur-, Verbraucher- und Tierschutz sowie der Entwicklungszusammenarbeit immer wieder für eine ambitionierte nationale Umsetzung der aktuell laufenden GAP und deren zukunftsfähige Weiterentwicklung für die nächste Förderperiode ab 2028 eingesetzt.⁵³ Auch konnten trotz teils erheblicher agrarpolitischer Rückschritte bezüglich Umweltstandards als Reaktion auf lang anhaltende Bauernproteste zwar kleinere, aber keineswegs unbedeutende gemeinsame Erfolge erzielt werden: So wurde Anfang Juli 2024 neben der Aufweichung einiger umstrittener GAP-Standards doch zumindest die Einführung zusätzlicher Öko-Regelungen für die Weidehaltung von Milchkühen sowie zur Förderung der Biodiversität im Ackerbau beschlossen – dies wurde von der Verbände-Plattform schon seit Jahren gemeinsam gefordert. Wir setzten uns zudem auch weiterhin

52 <https://www.verbaende-plattform.de/start>

53 <https://www.germanwatch.org/de/89695>, <https://www.germanwatch.org/de/89791>, <https://www.germanwatch.org/de/90927>

als Mitglied einer zivilgesellschaftlichen Interessengruppe im Begleitausschuss zum nationalen GAP-Strategieplan für dessen klima- und umweltgerechte Umsetzung und weitere Ausgestaltung ein.⁵⁴ Zur Europawahl 2024 brachten wir uns insbesondere im Rahmen der Klima-Allianz bei der Erarbeitung von Forderungen für den Bereich Landwirtschaft und Ernährung ein.⁵⁵

Um eine zukunftsfähige Landwirtschaft voranzubringen, die unsere ökologischen Lebensgrundlagen bewahrt, unsere Ernährung sichert und bäuerlichen Existenzen sowie den ländlichen Regionen lebenswerte Perspektiven bietet, sind starke gemeinsame, demokratisch orientierte Verständigungs- und Gestaltungsforen essenziell. Ein solches Forum sehen wir gegeben mit der 2019 initiierten, von uns seither beobachteten Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL), die sich aus Mitgliedern aus Landwirtschaft, Umwelt-, Natur-, Tier- und Verbraucherschutz sowie zuletzt auch Entwicklungszusammenarbeit und Wissenschaft zusammensetzt.⁵⁶ Nachdem es zwischenzeitlich zu öffentlich wahrnehmbaren Spannungen gekommen war, einigte sich die Kommission im Juli 2024 darauf, noch einmal ein grundsätzliches Rahmenpapier mit transformativem Potenzial zu erarbeiten, das langfristig tragfähige Weichen für ein zukunftsfähiges Agrar- und Ernährungssystem stellt. Germanwatch begrüßte diese Stoßrichtung, wir wiesen allerdings schon anlässlich der zuvor gestarteten Bauernproteste darauf hin, dass es mit den im Jahr 2021 vorgelegten Empfehlungen der ZKL bereits einen breiten generellen Konsens gibt.⁵⁷ Das zuletzt angekündigte Papier sollte daher bestenfalls erweiternd darauf aufbauen. Zentral ist, dass es konkrete Umsetzungsvorschläge gibt und diese dann auch endlich konsequent von der Politik aufgegriffen werden. Politisch gefördert werden sollten zudem auch Pionier:innen der sozial-ökologischen Transformation von Ernährungssystemen sowie deren Vernetzung und Wissenstransfer. Diese Akteur:innen schreiten mit neuartigen Ansätzen und Praktiken innovativ und zielführend voran. Dies forderten wir als Mitglied der Plattform Ernährungswandel mit vielen weiteren Organisationen.⁵⁸

Resiliente Agar- und Ernährungssysteme auch global dringend erforderlich

Der im Jahr 2022 begonnene Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine legte noch einmal deutlich die Risiken und Schwächen unserer globalen Agrar- und Ernährungssysteme in ihrer bisherigen Ausgestaltung offen und führte seinerseits auch noch einmal zu einer Verschärfung der Welternährungslage. Neben multiplen akuten Krisen wie (Bürger-)Kriegen und den wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie sowie langfristigen ökologischen Herausforderungen, zu denen die Klimakrise und Wetterextreme ebenso zählen wie der Verlust von Bodenfruchtbarkeit und biologischer Vielfalt, müssen auch die strukturellen und ökonomischen Ursachen des Hungers dringend bewältigt werden: so auch die vor allem im Globalen Süden mit untragbaren Risiken behaftete Fehlentwicklung der Importabhängigkeit vom Weltmarkt. In einer Kurzstudie haben wir dies in den Blick genommen und klare Empfehlungen für stärker lokalisierte, menschenrechtsbasierte, nachhaltige und resiliente Welternährungssysteme vorgelegt.⁵⁹

Die Themen Ernährungssicherheit und Klimaschutz müssen dringend kohärenter zusammengedacht werden. Die sich verschärfende Klimakrise vernichtet schon heute weltweit Ernten – auch in Europa. Obwohl ein Drittel aller anthropogenen Treibhausgasemissionen auf unsere globalen Ernährungssysteme zurückgeführt werden können, waren sie lange Zeit kaum ein Verhandlungsthema der Weltklimakonferenzen (COP). Bei der COP28 in Dubai, bei der Landwirtschaft und Ernährung immerhin wahrnehmbar auf die Agenda gesetzt wurden, verfolgten wir vor Ort die entsprechenden Verhandlungen und berichteten in Briefings und Hintergrundgesprächen über die

54 https://www.bmel.de/DE/themen/landwirtschaft/eu-agrarpolitik-und-foerderung/gap/gap-strategieplan_begleitausschuss.html, https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Landwirtschaft/EU-Agrarpolitik-Foerderung/anlage-go-bga-nsp.html

55 <https://www.klima-allianz.de/publikationen/publikation/unsere-forderungen-an-die-eu-kandidierenden#:~:text=Die%20Klima%2DAllianz%20Deutschland%20hat,der%20EU%20und%20weltweit%20f%C3%B6rdern.>

56 <https://www.bmel.de/DE/themen/landwirtschaft/zukunftskommission-landwirtschaft.html>

57 <https://www.germanwatch.org/de/90098>

58 <https://www.germanwatch.org/de/90583>

59 <https://www.germanwatch.org/de/90038>

Ergebnisse und Beschlüsse.⁶⁰ Das Arbeitsprogramm für Landwirtschaft und Ernährungssicherheit der UN-Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change – UNFCCC) konnte leider keine relevanten Fortschritte erzielen. Immerhin verpflichtete sich Deutschland aber mit mehr als 150 weiteren Vertragsparteien in der „Emirates Declaration on Sustainable Agriculture, Resilient Food Systems, and Climate Action“ Klimaschutzmaßnahmen für das gesamte Ernährungssystem zu ergreifen, die zur Anpassung an den Klimawandel beitragen sowie Ernährungssicherheit und nachhaltige Ernährung sicherstellen. Getrübt wurde diese Selbstverpflichtung wiederum dadurch, dass die Unterzeichnerstaaten noch nicht bereit waren, konkrete und verbindliche Ziele für die Reduzierung der Emissionen aus dem Ernährungssystem zu beschließen.

Der EU und hier vor allem auch starken Mitgliedstaaten wie Deutschland kommt bei all dem eine große Verantwortung zu, tiefgreifende globale Transformationen anzustoßen und zu fördern. Nicht zuletzt im Sinne der Glaubwürdigkeit muss dabei auch vor der eigenen Haustür mit der Ausgestaltung eines insgesamt nachhaltigeren Ernährungssystems begonnen werden.

Tierhaltung nachhaltig reformieren

Der übermäßige Einsatz von Antibiotika und die Resistenzgefahr für Mensch und Tier erfordern eine grundlegende Reform der Tierhaltung. Germanwatch hat hierzu detaillierte Analysen und Verbesserungsvorschläge vorgelegt. Immer stärker von uns auch beleuchtet: die Treibhausgasemissionen der Fleisch- und Milchwirtschaft.

Germanwatch setzt sich bereits seit Jahren für eine nachhaltige Reform der landwirtschaftlichen Tierhaltung ein. Ob mit Blick auf den Klima-, Umwelt- und Tierschutz oder auf die Gesundheit von Mensch und Tier: Eine dringende Abkehr von der industriellen Tierproduktion und ihren diversen negativen Auswirkungen ist aus vielerlei Gründen geboten. Einen starken Fokus legten wir zuletzt weiterhin auf den noch immer viel zu hohen Einsatz von Antibiotika in den Ställen. Im vorherigen Berichtszeitraum konnten wir als großen, maßgeblich auch durch uns erwirkten Zwischenerfolg werten, dass sowohl im Tierarzneimittelgesetz (TAMG) als auch der Deutschen Antibiotika-Resistenzstrategie (DART 2030) ein Ziel zur Antibiotikareduktion in der Tierhaltung um 50 % bis zum Jahr 2030 verankert wurde und gerade Reserveantibiotika noch besser geschützt werden sollen. Mit einem konstruktiv ausgestalteten Report zur Thematik legten wir im aktuellen Berichtszeitraum noch einmal nach.⁶¹

Neben den umfassend aufbereiteten aktuellen Hintergründen zum Antibiotikaeinsatz in der landwirtschaftlichen Tierhaltung in Deutschland (und der EU) und der daraus hervorgehenden Resistenzgefahr erarbeiteten wir auch eine Reihe von Vorschlägen für Maßnahmen, mit denen der Antibiotikaeinsatz in der industriellen Tierhaltung systematisch reduziert werden kann. Zusammengefasst hatten wir diese Empfehlungen zunächst in enger Partnerschaft mit der Deutschen Umwelthilfe (DUH) in Form eines Eckpunktepapiers, das wir an über hundert für die Thematik zentrale Stakeholder:innen aus Politik (inklusive Ministerien und Bundesoberbehörden), Land-, Fleisch und Milchwirtschaft und Veterinärmedizin zur Bewertung aussandten. Mithilfe der Antworten nahmen wir dann eine Priorisierung der Maßnahmen auf Basis der höchsten Zustimmungswerte vor. Der Politik lieferten wir damit schließlich konkrete Handlungsoptionen mit einer (potenziell) hohen Konsensfähigkeit.

60 <https://www.germanwatch.org/de/90669>

61 <https://www.germanwatch.org/de/89451>

Besonders erfreulich ist, dass unser Eckpunktepapier von 21 Verbänden aus der Human- und Veterinärmedizin sowie dem Umwelt- und Tierschutz unterstützt wurde und wir auch bei der Veröffentlichung des Reports mit Dr. Eckart von Hirschhausen (Stiftung „Gesunde Erde – Gesunde Menschen“), Maike Voss (Geschäftsführende Direktorin des Centre for Planetary Health Policy) und Dr. Jana Schroeder (Chefärztin des Instituts für Krankenhaushygiene und Mikrobiologie der Stiftung Mathias-Spital Rheine) auf eine namhaft begleitende Expertise zählen konnten.⁶² Derartige Unterstützungen und Allianzen bleiben auch über die Antibiotikathematik hinaus unabdingbar, um langfristig große Erfolge im Bereich Landwirtschaft und Ernährung erzielen zu können. Nicht nur im Sinne der gerechten Transformation müssen dabei auch immer stärker die Erfahrungen und Sichtweisen der Landwirt:innen mit einbezogen und klare Geschäftsmodelle als Alternativen zur industriell geprägten Tierproduktion entwickelt werden.

Die klimabezogenen Verpflichtungen der Fleisch- und Milchwirtschaft

Vor dem Hintergrund der sich vielerorts immer klarer manifestierenden Klimakrise und der hohen auf die aktuelle Tierproduktion zurückgehenden Treibhausgasemissionen ist klar, dass auch bei uns im Landwirtschaftssektor, der zugleich von der Krise betroffen ist wie auch selbst Emissionen verursacht, wichtige Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die europäischen und deutschen Klimaziele einzuhalten. Maßgeblich bestimmend für die aktuellen Dimensionen und Ausprägungen der Tierhaltung sind neben den politischen Rahmenbedingungen vor allem auch die Geschäftsmodelle der verarbeitenden Industrie. Wir haben daher im Berichtszeitraum damit begonnen, die Emissionswirkungen der großen Fleisch- und Milchkonzerne näher in den Blick zu nehmen. Wir fragen dabei auch nach ihren gesetzlichen klimabezogenen Pflichten und deren Erfüllung. Ein wichtiger Aspekt ist dabei auch: Wie sehen gangbare Transformationsansätze hin zu einer Land- und Ernährungswirtschaft mit deutlich weniger Fleisch- und Milchproduktion und belastbaren alternativen Existenzperspektiven für Landwirt:innen aus? Münden wird unsere Arbeit zunächst in einer Studie, deren Veröffentlichung wir für Anfang 2025 planen.



Welternährung nicht nur theoretisch: Ein Teil unseres Bereichs zusammen mit der politischen Leitung des Germanwatch-Büros Berlin nach einem leckeren äthiopischen Mahl.

62 <https://www.germanwatch.org/de/antibiotika-retten> (siehe hier das eigens für die Veröffentlichung erstellte Video) sowie <https://www.germanwatch.org/de/89459>

Handelspolitik und Lieferketten nachhaltig gestalten

Die Ziele der EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte müssen ambitioniert und partnerschaftlich mit den Produktionsländern umgesetzt werden. Germanwatch trat bei der EU-Kommission und der Bundesregierung u. a. dafür ein, gerade Kleinbäuer:innen in den Produktionsländern gezielt zu fördern. Bei den UN-Klimakonferenzen vernetzen wir Akteur:innen, die sich weltweit für entwaldungsfreie Lieferketten einsetzen.

Die neue EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte (EU Deforestation Regulation – EUDR) verpflichtet Unternehmen, die Produkte mit hohem Entwaldungsrisiko auf den EU-Markt bringen oder ausführen, ab dem 31. Dezember 2024 nachzuweisen, dass diese entwaldungsfrei und legal produziert wurden. Auch wenn die Verordnung als Meilenstein im Kampf gegen die weltweite Entwaldung gilt, hängt deren Erfolg maßgeblich von drei Faktoren ab, für die wir uns im Berichtsjahr besonders einsetzten:

- die **ambitionierte Kontrolle der Umsetzung der EUDR** durch die EU-Mitgliedsländer,
- die **Ausweitung der Verordnung auf alle Erzeugnisse mit Entwaldungsrisiko, weitere ökologisch bedeutsame Naturräume und in Bezug auf die zu Sorgfalt verpflichteten Akteur:innen**, sodass auch der Finanzsektor seiner entsprechenden Verantwortung nachkommt,
- die **partnerschaftliche Zusammenarbeit bei der Umsetzung mit Produktionsländern, anderen Märkten und Betroffenen** entlang der Lieferkette.⁶³

In einem gemeinsamen Verbände-Brief forderten wir ausreichend Personalstellen für die Durchsetzung der EUDR in Deutschland. In Zusammenarbeit mit unserem Germanwatch-Bereich Internationale Klimapolitik standen wir mit Regierungsvertreter:innen, anderen Umwelt-Nichtregionalorganisationen und über Stakeholder-übergreifende Arbeitsgruppen im regelmäßigen Austausch, um entwaldungsfreie Lieferketten auf die politische Agenda mit dem sehr relevanten Akteur China zu setzen.⁶⁴ Zudem führten wir Interviews mit Vertreter:innen erfahrener Branchen, die bereits langjährige Erfahrung mit rückverfolgbaren Lieferketten und der Unterstützung von Kleinproduzent:innen bei der Umstellung auf höhere Produktionsstandards gesammelt haben. In einem Policy Paper⁶⁵ fassten wir Empfehlungen für die EU-Kommission, die Bundesregierung und Unternehmen zusammen, um dazu beizutragen, dass Kleinproduzent:innen nicht durch die höheren Anforderungen der EUDR den Zugang zum EU-Markt verlieren.

Auch in diesem Berichtsjahr konnten wir auf der COP28 in Dubai Entwicklungen für ein Ende der globalen Entwaldung konstruktiv und kritisch begleiten. Es war von erheblicher politischer Bedeutung, dass die COP-Vertragsparteien erstmals im Abschlussdokument der COP die Notwendigkeit festhielten, bis 2030 die weltweite Entwaldung zu beenden, um den Klimawandel zu bekämpfen. Zunächst aber bleibt, trotz einiger positiver Initiativen, lokaler Erfolge und Finanzierungszusagen für den Waldschutz der globale Handlungsbedarf groß, da die weltweite Entwaldung weiterhin zunimmt. Es sind noch massive Anstrengungen erforderlich, um den Erhalt der Primärwälder zu gewährleisten und den globalen Waldverlust zu minimieren.⁶⁶ Wir nutzten die internationalen UN-Verhandlungen auch, um uns am Rande mit Expert:innen vor allem aus China, Brasilien und den USA über die Entwicklungen zu nachhaltigen und entwaldungsfreien Lieferketten in ihren Ländern und weltweit austauschen.

63 Meldung | 23.01.2024: Ende der Entwaldung in Sicht? https://www.germanwatch.org/sites/default/files/ende_der_entwaldung_in_sicht.pdf

64 <https://www.instagram.com/p/CzEojeXMsaA/>

65 <https://www.germanwatch.org/de/91325>

66 Blogpost | 12.03.2024: Verlieren wir weiter Wälder, erreichen wir unsere Klimaziele nicht. <https://www.germanwatch.org/de/90569>

Ausblick

Nach der Europawahl 2024 und Bundestagswahl 2025: Werden endlich der Schutz unserer Lebensgrundlagen und die wirtschaftlichen Perspektiven für die Landwirt:innen gesichert? Wir werden in den Diskussionen über die notwendige Neuausrichtung der Agrar- und Ernährungspolitik auch die internationalen Verpflichtungen zum Klimaschutz und dem Recht auf Nahrung sowie die gemeinsamen Interessen mit zentralen Akteur:innen der ländlichen Räume hervorheben.

Nach der Europawahl 2024 und rund um die Bundestagswahl 2025 werden wir die politischen Entwicklungen und die gesellschaftlichen Dynamiken zur Agrar- und Ernährungspolitik kritisch begleiten und uns mit eigenen Beiträgen – allein oder im Verbund mit weiteren Organisationen – konstruktiv an den Debatten beteiligen. Von besonderer Relevanz wird die Aushandlung der GAP nach 2027 sein, die in Richtung einer krisenfesten, gerechten und ökologischeren Landwirtschaft ausgestaltet werden muss. Eine ausreichende Finanzierung für den Umbau der Tierhaltung sowie umfassende sozial-ökologische Transformationsperspektiven und Geschäftsmodelle im Bereich Landwirtschaft und Ernährung müssen gleichzeitig dringend vorangebracht werden. Es wird dabei besonders wichtig sein, im Sinne gelebter Demokratie alle mit der Landwirtschaft verbundenen Akteur:innen, insbesondere die Landwirt:innen, aktiv mit einzubeziehen und eine gezielte Inwertsetzung der ländlichen Räume zu fördern.

Darüber hinaus planen wir noch im Jahr 2024 die Veröffentlichung einer Analyse zu den Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine auf die Ernährungssituation zweier Länder der Region Nordafrika und Nahost (Middle East and North Africa – MENA). Die Analyse dient dem Verständnis von unterschiedlichen Ausgangslagen der Länder und Ableitungen für deren Fähigkeit, Ernährungskrisen in Zeiten von Klimawandel und geopolitischen Krisen bewältigen zu können. Sie soll politische Maßnahmen zur Förderung von resilienten Ernährungssystemen herausarbeiten. Zur Frage, wie die deutsche und europäische Agrar(handels)politik in Zeiten von Kriegen und Krisen bis 2030 zum Erreichen der nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) beitragen kann, werden wir 2025 eine Tagung durchführen. Darüber hinaus können wir im Zuge neuer Projekte nun intensiver die internationalen Klimaverhandlungen begleiten. Dies ist besonders relevant, da die brasilianische Regierung die Ambition hat, diesem Thema bei der Weltklimakonferenz 2025 in Brasilien (COP30) ein deutlich größeres Gewicht zu geben (s. u.). Die vereinbarten Klimaziele sollen so umgesetzt werden, dass dies auch zur Transformation der Ernährungssysteme beiträgt und die globale Ernährungssicherheit dadurch verbessert wird. Wichtige Erkenntnisse und Ergebnisse internationaler Verhandlungen, auch aus dem Kontext der G7- und G20-Prozesse, werden wir in die deutschen agrarpolitischen Debatten übertragen.

Brasiliens Regierung, die neben der Präsidentschaft für die COP30 im Jahr 2025 auch die BRICS- und 2024 die G20-Präsidentschaft innehat, setzt Klimaschutz und Ernährungssicherheit hoch auf die Agenda. Durch eine enge Zusammenarbeit mit brasilianischen Organisationen möchten wir die sich hiermit bietende Chance für einen tiefgreifenden internationalen Wandel nutzen. Auf Deutschland bezogen werden wir diesen Zusammenhang zwischen klimarelevanten Fragen und dem Bereich Landwirtschaft und Ernährung auch in der oben bereits erwähnten, 2025 kommenden Studie zu den Emissionswirkungen großer Fleisch- und Milchkonzerne näher beleuchten.



Mitarbeiter:innen

 <p>Konstantinos Tsilimekis Bereichsleiter Welternährung, Landnutzung und Handel</p>	 <p>Katharina Brandt Referentin für Agrarpolitik</p>	 <p>Tobias Reichert Referent für Agrarpolitik und Welthandel Projektleiter Klimafreundliche Landwirtschaft</p>
 <p>Pia Enders Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben (FSJ-P) 2023/2024 (bis 07/2024)</p>	 <p>Marek Hoferichter Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben (FSJ-P) 2024/2025 (seit 08/2024)</p>	

Mit Unterstützung von: Matilda Franz.

Praktikant:innen im Berichtszeitraum: Elda del Carmen, Lena Wagner.

Verantwortlich seitens des Vorstands: Dr. Klemens van de Sand, Dr. Artur Runge-Metzger, Michael Windfuhr.

Pressearbeit

Welcher politischen Rahmensetzungen bedarf es, um den Schutz unserer Lebensgrundlagen mit einer als fair und bezahlbar wahrgenommenen Perspektive für die Betroffenen zu kombinieren? Vor allem aus dieser Perspektive haben wir uns in die Debatten über das Gebäudeenergiegesetz, die Industrie-Transformation, die Zukunft der Landwirtschaft und über verschiedene Bereiche des European Green Deal bis hin zur internationalen Klimapolitik eingebracht. Um den betroffenen Menschen, aber auch den Unternehmen eine faire Chance zu geben, die in ihren Lieferketten auch den Schutz der Menschenrechte und der ökologischen Lebensgrundlagen verankern wollen, haben wir uns immer wieder in die Debatte um das EU-Lieferkettengesetz eingemischt. Im Umfeld der Europawahl haben wir all diese Aspekte thematisiert. Im gesamten Berichtszeitraum haben wir auf den verschiedensten Ebenen über unsere gesamte Themenbreite hinweg die öffentlichen Debatten bereichert. Die gerechte Transformation hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft und ihr Zusammenspiel mit einer politischen und finanziellen Beteiligung der Menschen – was entscheidend ist für die Zukunft der Demokratie – stand hier immer wieder im Mittelpunkt unserer Beiträge. Dabei handelte es sich um Pressemitteilungen, Gastbeiträge, Interviews und Hintergrundgespräche mit Medien. Insgesamt konnten wir unsere in den vergangenen Jahren deutlich gewachsene Reichweite stabil halten, gleichzeitig die Zahl unserer Gastbeiträge aber nochmal signifikant steigern. Zudem trägt unsere weitere Professionalisierung in der Medienarbeit Früchte. Klares Zeichen dafür ist, dass mehr Germanwatch-Kolleg:innen als in den Vorjahren in Interviews, O-Tönen und Gastbeiträgen in Erscheinung treten und wir einen intensiveren Austausch mit Journalist:innen unserer Themenbereiche führen als noch vor wenigen Jahren.

In die Tiefe gehend und immer facettenreicher

Mit Gastbeiträgen in etablierten (Fach-)Medien haben wir noch öfter als in den Vorjahren Debatten entfacht, bereichert und beeinflusst. Redaktionen schätzen unsere Expertise und analytische Tiefe sowie unsere Lust an der sachlichen Auseinandersetzung und die Orientierung an konstruktiven Ergebnissen.

Unsere Pressearbeit entwickelt sich fortwährend weiter. Waren vor wenigen Jahren noch Pressemitteilungen das klassische Mittel, um mit Medien zu kommunizieren, spielen diese heute zwar noch immer eine wichtige Rolle (unsere über 80 Pressemitteilungen haben zu knapp 10.000 Berichterstattungen⁶⁷ weltweit geführt und zahlreiche TV- und Radiobeiträge bereichert), aber unser Instrumentenkasten ist nun breiter aufgebaut. Wir beteiligen uns öfter mit Gastbeiträgen in (Fach-)Medien an Debatten. Hier konnten wir die Anzahl im Vergleich zum vorherigen Berichtszeitraum nahezu verdoppeln. Zudem pflegen wir einen regelmäßigeren Kontakt zu einem Kreis uns gut bekannter Journalist:innen und bieten auch öfter Pressegespräche an, in denen wir einzelne Themen mehr in die Tiefe gehend analysieren und Hintergründe erläutern.

Ein Höhepunkt unserer Medienarbeit war wieder die Weltklimakonferenz (COP28) – diesmal in Dubai. Allein in diesem Zeitraum verzeichneten wir rund 3.000 Berichterstattungen, darunter in sehr vielen in- und ausländischen Leitmedien und Agenturen wie Times of India⁶⁸, Reuters, Al Jazeera⁶⁹, La Repubblica, mehrfach Tagesschau⁷⁰, Spiegel, FAZ (langes Interview mit unserem Politischen Geschäftsführer Christoph Bals⁷¹), Handelsblatt, ZDF heute⁷² oder dpa⁷³. Knapp ein

67 Die Zahl bezieht sich auf Online-Berichterstattungen.

68 <https://timesofindia.indiatimes.com/india/india-a-rank-up-now-7th-on-climate-change-performance/articleshow/105849591.cms>

69 https://www.aljazeera.com/features/2023/12/2/reparations-fund-historic-but-real-fight-begins-now-climate-campaigners?traffic_source=rss

70 z. B. <https://www.tagesschau.de/wissen/klima/klimakonferenz/teilnehmer-100.html>

71 <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klima-nachhaltigkeit/germanwatch-geschaefsfuehrer-im-gespraech-zur-klimakonferenz-cop28-19350577.html>

72 <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/klima-cop-angst-vor-misserfolg-100.html>

73 https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/id_100294648/methan-pakt-mit-ueber-150-laendern-usa-verschaerfen-regeln.html

Drittel der Beiträge hatte Bezug zu unserem Climate Change Performance Index (CCPI; Klimaschutz-Index)⁷⁴, den wir im Rahmen einer Pressekonferenz während der COP vorstellten. Während der Konferenz boten wir mehrfach sehr gut besuchte Hintergrundrunden an und intensivierten den engen Kontakt insbesondere zu uns bekannten deutschsprachigen Journalist:innen von Leit- und Fachmedien vor Ort.

Ein weiterer Schwerpunkt im Berichtszeitraum war das EU-Lieferkettengesetz, das nicht zuletzt wegen des FDP-Widerstands im Bundeskabinett über längere Zeit ein großes Thema in den Medien war. Wir haben diese Auseinandersetzung mehrfach kommentiert, einige Argumente aus der FDP und von Teilen der Wirtschaft widerlegt und wurden auch immer wieder von Medien dazu angefragt. Nach der Verabschiedung auf EU-Ebene wurden seitens der Bundesregierung Überlegungen laut, das deutsche Lieferkettengesetz im Gegenzug teilweise abzuschwächen. Das Rechtsgutachten in unserem Auftrag, das Abschwächungen solcher Art als rechtswidrig einstufte, wurde ebenfalls in den Medien breit aufgegriffen⁷⁵.

Die Europawahlen begleiteten wir mit Kommentierungen vor allem zur Wahl und den Prozessen und Entscheidungen in den folgenden Wochen, zudem fanden zwei Hintergrund-Gesprächsrunden mit Medien statt. Beim Erdüberlastungstag Anfang August waren wir in Deutschland die von Medien meistbefragte Organisation und gaben zum Thema zahlreiche Interviews in Hörfunk und Fernsehen⁷⁶. Dabei erregte besonders viel Aufmerksamkeit, dass wir auf Anzeichen einer Trendwende beim globalen Ausstoß der Emissionen hinwiesen.



Gemeinsam für mehr Klimaschutz: Christoph Bals (zweiter von links), Politischer Geschäftsführer von Germanwatch, bei der Vorstellung der Zukunftsklage auf der Bundespressekonferenz in Berlin. (Foto: picture alliance / Flashpic | Jens Krick)

Darüber hinaus haben wir – gemeinsam mit Greenpeace und unterstützt von Protect the Planet – auf einer Bundespressekonferenz eine neue Klima-Verfassungsbeschwerde angekündigt (siehe S. 74). Über diese haben die Medien sehr umfassend berichtet⁷⁷. Eine Besonderheit an der von Greenpeace und uns initiierten Beschwerde ist die Möglichkeit für alle Bürger:innen, sich als Mitkläger:innen anzuschließen. Davon machten mehrere Zehntausend Gebrauch, was ebenfalls zu einem guten Medienecho führte.

⁷⁴ <https://ccpi.org>

⁷⁵ Beispiele für die Medienresonanz: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/eu-lieferkettengesetz-organisationen-kritisieren-geplante-deutsche-enthaltung-a-03bf4ff2-61ce-4c05-811a-18ab4d182821>, <https://www.fr.de/wirtschaft/im-konflikt-mit-eu-recht-haushalt-ampel-lieferkettengesetz-93179894.html>, <https://www.sz-dossier.de/newsletters/platz-der-republik/2024-07-11-ist-die-lieferkettenregelung-europarechtswidrig>

⁷⁶ z. B.: <https://www1.wdr.de/mediathek/audio/wdr5/wdr5-morgenecho-interview/erdeuberlastungstag-sehr-sinnvoll-100.html>

⁷⁷ z. B.: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/klima-umweltverbaende-fridays-for-future-verfassungsbeschwerde-100.html>

Immer professioneller vor Mikro und Kamera

Germanwatch-Expert:innen sind zunehmend als Interviewpartner:innen oder für O-Töne gefragt – nicht nur bei Konferenzen und Klimaverhandlungen, sondern auch zu ihren jeweiligen Fachthemen außerhalb von großen Ereignissen.

Daher haben wir im Berichtszeitraum wieder mehrere interne Interview-Schulungen angeboten. Ziel ist, dass sich die bisher weniger medienerfahrenen Kolleg:innen in solchen Situationen sicherer fühlen und sich zutrauen, ihre Expertise auch zu teilen. Zudem wollen wir den bereits erfahreneren Kolleg:innen die Chance geben, sich noch weiter zu verbessern und Botschaften noch präziser auf den Punkt zu bringen. Ein Erfolg dieser Schulungen ist bereits jetzt, dass mehr Kolleg:innen aktiv ihre Medienkontakte pflegen und in Interviews und O-Tönen zu sehen und zu hören sind. Auch für das Verfassen von Pressemitteilungs-Entwürfen haben wir wieder interne Schulungen angeboten; dies unterstützt die Kolleg:innen dabei, ihre inhaltliche Arbeit in allgemein verständliche und klare Kernbotschaften zu übersetzen.

Ausblick

Wir werden den bereits begonnenen Prozess fortsetzen, mehr Germanwatch-Expert:innen noch fitter für Gespräche und Interviews mit Journalist:innen zu machen. Es gibt nicht das eine Germanwatch-„Gesicht“, sondern viele mit ihren jeweils eigenen Schwerpunkten und Stärken.

Demokratie und gerechte Transformation werden auch im kommenden Berichtszeitraum ein Dreh- und Angelpunkt unserer Pressearbeit sein. Neben der COP spielen diese Themen bei den Wahlen in den USA und deren internationalen Folgen, der Umsetzung des EU-Lieferkettengesetzes, der Weiterentwicklung und ambitionierten Umsetzung des European Green Deal oder auch im Vorfeld der Bundestagswahl 2025 sicher eine entscheidende Rolle, um nur einige Beispiele zu nennen. Wir wollen dabei weiterhin in mehrfacher Hinsicht bei Medien gefragt sein: als versierte Expert:innen in unseren Themenbereichen, als diejenigen, die auch differenzierte Kommentierungen und Bewertungen auf den Punkt bringen und als Ansprechpartner:innen für Hintergründe und Analysen. Dabei wollen wir unseren Kreis von Journalist:innen, zu denen wir besonders gute Kontakte pflegen, weiter ausbauen und zugleich neue Kontakte zu Medien knüpfen, in denen unsere Stimmen bisher noch nicht so oft zu lesen und zu hören sind. Auch in internationalen Leitmedien wollen wir noch öfter zu Wort kommen. Überdies wird die noch bessere Verzahnung von Presse- und Social-Media-Arbeit ein zentraler Punkt der kommenden Monate sein.

Die Professionalisierung in der Medienarbeit wollen wir fortsetzen und mehr Kolleg:innen noch fitter machen für Interviews und Pressegespräche. Dabei wollen wir ggf. auch im kommenden Berichtszeitraum von Zeit zu Zeit externe Profis einladen, die unsere internen Coachings ergänzen und bereichern. Ziel ist es, unsere Fachkolleg:innen für einen selbstständigen und souveränen Umgang mit Medien zu empowern.

Mitarbeiter:innen



Stefan Küper
Pressesprecher,
Bereichsleiter Pressearbeit



Katarina Heidrich
Pressereferentin

Verantwortlich seitens des Vorstands: Anne-Kathrin Kirchhof.

Kommunikation und Fundraising

Auch in diesem Berichtsjahr konnten wir wieder viel in Bewegung bringen. Neben verschiedenen Kommunikations-Schwerpunkten, die wir in diesem Kapitel vorstellen, haben wir auch einiges dafür getan, um die finanzielle Resilienz und Zukunftsfähigkeit von Germanwatch langfristig zu verbessern. Hierfür haben wir für das Fundraising von privaten Spenden und Mitgliedsbeiträgen – zusammen mit Geschäftsführung und Vorstand – eine **mehrjährige Fundraising-Strategie** entwickelt. Diese wurde Ende 2023 verabschiedet und stellt seit dem 4. Quartal 2023 die Planungsgrundlage für unsere wachsenden Aktivitäten zum Fundraising dar. Wir sind z. B. neuerdings deutschlandweit auf Nachhaltigkeitsevents mit unseren Infoständen direkt auf Interessent:innen zugegangen. Dadurch konnten wir nicht nur wichtige Inhalte der Germanwatch-Arbeit vermitteln, sondern auch das Mitgliederwachstum von Germanwatch deutlich beschleunigen. Allein im ersten Halbjahr 2024 haben sich über 200 neue Mitglieder angeschlossen. Wir freuen uns über die vielen neuen Unterstützer:innen und danken ihnen ebenso wie allen bestehenden Mitgliedern und Spender:innen für die immens wichtige Förderung. Sie sichert uns das freie Geld, mit dem wir insbesondere die notwendigen Eigenmittel für die Kofinanzierung von Projekten in Ergänzung zu Geber-Institutionen wie z. B. Ministerien oder Stiftungen voranbringen können. Jeder Euro, der als Spende oder Mitgliedsbeitrag eingeht, sorgt auf diesem Weg für ein Mehrfaches an Fördergeldern für unsere Arbeit.

Außerdem konnten wir ein weiteres Ziel unserer strategischen Fundraising- und Kommunikationsarbeit umsetzen: eine **Umfrage mit unseren Unterstützer:innen**. Wir möchten uns bei allen Teilnehmer:innen herzlich bedanken. Wir waren begeistert von der äußerst regen Beteiligung und der unheimlich wertschätzenden Rückmeldung. Die Ergebnisse sind eine wichtige Grundlage für die Weiterentwicklung unserer Arbeit.

Europawahl: gesellschaftliche Mehrheiten für eine gerechte Transformation ermöglichen

In enger Zusammenarbeit mit den politischen Bereichen und unseren für die Pressearbeit verantwortlichen Kolleg:innen entwickelten wir im Frühjahr 2024 eine Kommunikationskampagne zur Europawahl. Die fünf Hauptnarrative der Kampagne wurden illustriert und über die verschiedenen Germanwatch-Kommunikationskanäle ausgespielt.

Die Europawahl im Mai 2024 stellte einen entscheidenden Schwerpunkt in der Kommunikationsarbeit des Berichtsjahres dar. Bereits im Rahmen der Germanwatch-Herbstklausur 2023 wurde der Grundstein für die Germanwatch-Kampagnenarbeit zur Wahl gelegt: in Form eines Impulsvortrags durch unseren Politischen Geschäftsführer Christoph Bals sowie einer anschließenden Workshop-Phase im großen Kreis der anwesenden Kolleg:innen. Im Kontext der kontroversen gesellschaftlichen Debatten über einige Ansätze, wie der Klimaschutz umgesetzt werden soll, und vor dem Hintergrund des Erstarkens rechtsradikaler Parteien in Teilen Europas wurde herausgearbeitet, wie relevant die Wahl für die Erreichung unserer Organisationsziele ist.

Im Februar 2024 entwickelten wir unter dem Titel „Gesellschaftliche Mehrheiten für die Transformation ermöglichen“ ein Konzeptpapier, das die theoretische Grundlage für eine breitenwirksame Kommunikationsarbeit zur Europawahl 2024 lieferte.

Zusammenfassung der **zentralen Eckpunkte**:

- Eine politische Weichenstellung muss noch in dieser Dekade erfolgen, um die ökologischen Lebensgrundlagen und die Demokratie in Deutschland und Europa langfristig zu erhalten.
- Die kommenden Wahlen auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene sind hierfür entscheidende Meilensteine.

- Als inhaltlich angesehene Nichtregierungsorganisation (NGO) mit breitem Themenspektrum, die für eine sachliche Kommunikation bekannt ist, ist Germanwatch eine ideale Kommunikatorin im aktuellen politischen und gesellschaftlichen Klima.
- Deshalb setzen wir im Kontext der Kommunikationsarbeit zu den Wahlen in 2024 und 2025 – neben der Pressearbeit – auch auf direkte Kommunikation mit Menschen in ihren Rollen als Wähler:innen, Bürger:innen und Verbraucher:innen.
- Wir entwickeln positive und fundierte, gesellschaftlich relevante Narrative. Populistischen Behauptungen stellen wir wissenschaftliche Fakten entgegen. Diese sind ansprechend sowie kanal- und zielgruppengerecht aufbereitet und basieren auf den Werten unseres Leitbilds.
- Mit dieser Kommunikationsarbeit unterstützen wir nicht nur das Entstehen einer gesellschaftlichen Mehrheit für unsere Transformationsziele, sondern steigern auch unsere Bekanntheit und damit Wirksamkeit in der Advocacy-Arbeit sowie unsere Attraktivität für potenzielle Unterstützer:innen.

Basierend auf dem Inhalt des Konzeptpapiers und in Zusammenarbeit mit unseren politischen Bereichen entstanden im Frühjahr 2024 **fünf Kernbotschaften zur Europawahl:**

1. Die europäische Energiewende bringt uns Energiesicherheit und macht uns unabhängig von Despoten.
2. Eine Renaissance der europäischen Industrie ist möglich – dank Innovationen für Klimaneutralität und Kreislaufwirtschaft.
3. Vernünftige Regelungen wie das Lieferkettengesetz in der EU tragen dazu bei, dass die europäische Wirtschaft stabil und sicher bleibt.
4. Faire Klima-, Energie und Rohstoff-Partnerschaften sind notwendig für Europas Sicherheit und Wohlstand.
5. Wir brauchen eine Landwirtschaft, die gesunde Lebensmittel für uns alle produziert, die Natur erhält und die Klimakrise bewältigt. Landwirt:innen können dazu mit ihrer Expertise beitragen, wenn die EU sie unterstützt.



Visualisierte Botschaft der Europawahl-Kampagne zum Thema Energiesicherheit. (Illustration: Asuka Grün)

Diese Kernbotschaften wurden im Rahmen einer Kommunikationskampagne für die verschiedenen Kanäle von Germanwatch (Website, Newsletter, Social Media, Mitglieder-Magazin EINBLICK) aufbereitet und jeweils mit Illustrationen unterlegt. Wir nutzten unser Netzwerk und unsere Verbandskontakte, um diese Botschaften und das dazugehörige Kommunikationspaket weiteren klimapolitischen NGOs zur Verfügung zu stellen. Bei der Kommunikationsplanung zur Bundestagswahl 2025 soll auf den Erfahrungen der Europawahl-Kampagne aufgebaut und der im Konzeptpapier festgehaltene Ansatz weiterverfolgt werden.

Neuer Blick auf unsere Themen

Unsere Internetpräsenz ist eine wichtige Anlaufstelle für Besucher:innen mit unterschiedlichen Bedarfen. In den letzten Monaten wurde mit einer grafischen und strukturellen Überarbeitung begonnen, die dazu beiträgt, dass alle Besucher:innen noch besser die Informationen finden, die sie suchen.

Wer sich auf unserer Website über Germanwatch informieren möchte, kommt um die Themenseiten nicht herum. Hier stellen wir vor, womit wir uns beschäftigen, worum es dabei genau geht und warum diese Themen wichtig sind. In letzter Zeit hatte sich das Erscheinungsbild der Themenseiten in einer Weise entwickelt, dass sie dem Anspruch einer eingängigen Informationsvermittlung nicht mehr ausreichend gerecht wurden. Um es ehrlich zu sagen: An allen Ecken und Enden der Website gab es Überarbeitungsbedarf, „der Lack war ab“ und ein neues Design dringend notwendig.

„Facelift“ für die Website

Mit einem „Facelift“ haben wir – in enger Abstimmung mit anderen Germanwatch-Bereichen und der Geschäftsführung – daher im Berichtsjahr begonnen, die Website logisch strukturierter und somit zugänglicher zu machen. Das gilt speziell für die Themenseiten, auf die wir einen besonderen Fokus gelegt haben. Parallel dazu wollen wir die Website nun Stück für Stück inhaltlich auf den neuesten Stand bringen und so das neue Design mit Leben füllen. Unsere zentrale Zielgruppe sind Entscheidungsträger:innen und Multiplikator:innen. Aber uns ist es auch sehr wichtig, Besucher:innen der Website, die sich für unsere Themen interessieren, aber keine Expertise mitbringen, über unsere Arbeit und Ziele informieren zu können. Gleichzeitig finden weiterhin alle Expert:innen, die unsere Fachpublikationen, Pressemitteilungen oder Bildungsmaterialien abrufen wollen, schnell zu den wichtigsten Informationen in ihrem Fachbereich. Lag der Fokus vor allem auf diesen Materialien, die aber auch durch Suchmaschinen, Fachnewsletter oder direkte Links gefunden werden, soll die neue Struktur nun allen Besucher:innen den Zugang zu der Website und für sie relevante Inhalte vereinfachen. Durch einen neu ergänzten Projektbereich (in der Hauptnavigation) entsteht außerdem ein bisher nicht vorhandenes Verzeichnis von Projekt- und Aktionsseiten, das zum Stöbern einlädt.

Germanwatch arbeitet nach wissenschaftlichen Grundsätzen und möchte dementsprechend dafür sorgen, dass auch sehr alte Beiträge weiterhin verfügbar sind. Bei der inzwischen über 30-jährigen Schaffenszeit haben sich sehr viele Inhalte angesammelt, die die Überführung in ein neues System schwierig gestalten. Dementsprechend ist es möglich, dass einzelne Seiten auch nach der Veröffentlichung dieses Rechnungsberichts noch nicht final aufbereitet sind. Um Interessierte, mögliche Fördermitglieder, Partner:innen, Journalist:innen und Entscheider:innen besser abzuholen, wurden aber bereits einige Seiten angepasst. Ende des Jahres soll die grafische Anpassung gänzlich umgesetzt sein. Schauen Sie sich dann gerne einmal auf unserer überarbeiteten Webpräsenz⁷⁸ um. Wir freuen uns über Feedback (an regesch@germanwatch.org) zum Facelift!



So sieht die Startseite der neuen Webpräsenz auf einem Tablet aus. (Foto: DC Studio on Freepik, Montage Germanwatch)

⁷⁸ <https://www.germanwatch.org>

Gemeinsam für unser Recht auf Klimaschutz – neue Zukunftsklage

+++ Neue Verfassungsbeschwerde gegen das Bundesklimaschutzgesetz +++ Mit der „Zukunftsklage“ fordern wir die Umsetzung des Klimabeschlusses von 2021 +++ Über 54.000 Menschen haben sich der Klage angeschlossen



Über 200 Zukunftskläger:innen trafen sich am 17. August vor dem Bundeskanzleramt in Berlin. (Foto: Anne Barth, Greenpeace)

Klimaschutz darf nicht zulasten unserer Grundrechte aufgeschoben, sondern muss zeitnah umgesetzt werden. Dies stellte das Bundesverfassungsgericht in seinem historischen Klimabeschluss im Frühjahr 2021 fest. Doch anstatt die Vorgaben des Gerichts in allen Sektoren umzusetzen, hat die Bundesregierung es insbesondere im Verkehrssektor versäumt, ausreichende Maßnahmen zu ergreifen. Zudem hat sie das nach dem ersten Urteil zunächst nachgebesserte Klimaschutzgesetz sogar wieder abgeschwächt. Ein zu langsames Tempo beim Klimaschutz wird drastische Maßnahmen zur Eindämmung der Klimakrise in der Zukunft notwendig machen und Freiheitsrechte insbesondere der heute jungen und der zukünftigen Generationen verletzen.

Deswegen wird Germanwatch gemeinsam mit Greenpeace, Protect the Planet, Akteur:innen von Fridays for Future und vielen Einzelpersonen eine Verfassungsbeschwerde einreichen. Wie auch beim Fall RWE werden wir auch bei diesem Verfahren von der Umweltrechtlerin Dr. Roda Verheyen unterstützt. Die Richter:innen des Bundesverfassungsgerichts haben 2021 einstimmig anerkannt, dass es im Kontext der Klimakrise um die Freiheit jedes: jeder Einzelnen geht. Deshalb haben wir entschieden, allen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich am neuen Verfahren zur Durchsetzung dieses Rechts zu beteiligen und den Schutz der Grundrechte in die eigene Hand zu nehmen. Um sich der Verfassungsbeschwerde – wir nennen sie „Zukunftsklage“ – anzuschließen, konnte man online auf unserer Website oder auf der Greenpeace-Website die notwendige Vollmacht bestellen. Wir freuen uns sehr, dass sich so viele Menschen der Verfassungsbeschwerde angeschlossen haben (insgesamt waren es über 54.000) und sich damit für eine klimafreundliche Zukunft einsetzen. Die Einreichung der Verfassungsbeschwerde soll Mitte September 2024 erfolgen. Das Bundesverfassungsgericht hat dann zunächst zu entscheiden, ob es die Verfassungsbeschwerde zur Entscheidung annimmt. Auf der Zukunftsklage-Website⁷⁹ kann man sich über die Klage und den aktuellen Stand informieren.
















Fall RWE – Klimaklage im neunten Jahr

Neben der Zukunftsklage unterstützt Germanwatch den peruanischen Bauern und Bergführer Saúl Luciano Lliuya in seinem Verfahren gegen RWE. Bereits seit neun Jahren setzt sich Lliuya dafür ein, dass das Unternehmen für seine Emissionen Verantwortung übernimmt. Lliuya und über 50.000 Menschen in der Andenstadt Huaraz sind von einem Gletscherseeausbruch bedroht. RWE soll gemäß seinem Anteil an den globalen Emissionen (0,47 %) die Kosten für die Schutzmaßnahmen übernehmen. Das Verfahren befindet sich nach wie vor in der Beweisaufnahme. Beide Prozessparteien haben ihre Stellungnahmen auf das Gutachten des vom Gericht ernannten Sachverständigen zum Flutrisiko eingereicht. Nächster Schritt ist nun eine mündliche Verhandlung am Oberlandesgericht Hamm, zu der Lliuya nach Deutschland kommen wird. Die Vorbereitungen dafür laufen, denn es wird ein großer und wichtiger Meilenstein in dieser weltweit beachteten Klimaklage. Über 3.600 Menschen haben sich bereits über unsere Mitmach-Aktion „Globale Nachbarschaft in der Klimakrise“⁸⁰ mit dem Kläger solidarisiert.




⁷⁹ <https://www.germanwatch.org/de/zukunftsklage>

⁸⁰ <https://rwe.climatecase.org/de/mitmachen>

Unser vielfältiges Informationsangebot von A – Z

Unser vielfältiges Angebot					
Informiert bleiben	<p>Aktuelles von Germanwatch</p> 	<p>Newsletter Germanwatch° Kompakt</p> 	<p>Erfolge & Meilensteine</p> 	<p>Blog-Beiträge</p> 	<p>Transparenz & Vertrauen</p> 
Mitmachen	<p>Aktiv werden (Petitionen, Tipps etc.)</p> 	<p>Mitglied werden</p> 	<p>Publikationen bestellen/ herunterladen</p> 	<p>Veranstaltungen</p> 	<p>Spenden</p> 
Soziale Medien	<p>LinkedIn</p> 	<p>Instagram</p> 	<p>Mastodon</p> 	<p>Bluesky</p> 	<p>YouTube</p> 

Mitarbeiter:innen

	<p>Hanna Fuhrmann Bereichsleiterin Kommunikation und Fundraising</p>		<p>Fabian Kaske Bereichsleiter Kommunikation und Fundraising</p>		<p>Pascal Molinario Bereichsleiter Kommunikation und Fundraising</p>
	<p>Dr. Marlene Becker Referentin für Klimaklage-Kommunikation</p>		<p>Christoph Bornemann Referent für Redaktion und Öffentlichkeitsarbeit (seit 10/2023)</p>		<p>Johannes Heeg Referent für strategische Kommunikation und Kampagnen (seit 07/2024)</p>
	<p>David Hübner Referent für Fundraising und Philanthropie</p>		<p>Lukas Kiefer Referent für Klimaklage-Kommunikation (seit 04/2024)</p>		<p>Francesca Mascha Klein Rechtsreferentin für strategische Prozessführung (seit 07/2024)</p>
	<p>Viktoria Krieger Assistentin für Kommunikation und Veranstaltungen (bis 07/2024)</p>		<p>Janina Longwitz Referentin für Redaktion und Öffentlichkeitsarbeit</p>		<p>Christian Marquardt Referent für Social Media und Community Management</p>
	<p>Tobias Regesch Referent für digitale Kommunikation</p>		<p>Tobias Rinn Referent für Redaktion und Öffentlichkeitsarbeit</p>		<p>Caroline Schroeder Referentin für Klimaklage-Kommunikation</p>
	<p>Elisa Thomaset Referentin für Redaktion und Öffentlichkeitsarbeit (bis 09/2023)</p>		<p>Antonia Koch Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben (FSJ-P) 2023/2024 (bis 07/2024)</p>		<p>Merle Neehuis Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben (FSJ-P) 2024/2025 (seit 08/2024)</p>

Mit Unterstützung von Caroline Bene, Paula Onnebrink.

Verantwortlich seitens des Vorstands: Anne-Kathrin Kirchhof.

D Germanwatch in Netzwerken und Kooperationen

Germanwatch arbeitet eng mit ausgewählten Organisationen, Partnern und Persönlichkeiten zusammen – sei es, weil wir sie als Dialogpartner schätzen oder unter dem Aspekt ihrer wichtigen strategischen Rolle für gemeinsame Ziele. Dadurch können wir viele Verstärkungseffekte für uns erzielen, andere zivilgesellschaftliche Debatten und Strukturen beeinflussen und von ihnen lernen.

Besonders verantwortliche Positionen etwa im Vorstand, in der politischen Koordination, im Sprecherrat oder Beirat haben Germanwatch-Mitarbeiter:innen oder Vorstandsmitglieder bei folgenden Partnerorganisationen oder Plattformen inne:

Bits & Bäume-Netzwerk +++ Bündnis ZukunftsBildung +++ Climate Action Network (CAN) | CAN Int. +++ CAN EU +++ CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung +++ CO₂GeoNet +++ Deutsche Physikalische Gesellschaft (AK Energie) +++ European Coalition for Corporate Justice (ECCJ) +++ Initiative Lieferkettengesetz +++ Klima-Allianz +++ Munich Climate Insurance Initiative (MCII) +++ Netzwerk Arbeitskreis Rohstoffe +++ Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK) +++ Renewables Grid Initiative (RGI) +++ Runder Tisch Reparatur +++ Sustainable Development Solutions Network, German Chapter (SDSN Germany) +++ Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030

In vielen dieser Netzwerke sind wir schwerpunktmäßig mit einzelnen unserer politischen Teams aktiv (siehe Kapitel C „Unsere Arbeit“). Andere haben eine teamübergreifende Relevanz, etwa die Dialoggruppe zum Staatssekretärsausschuss im Kontext der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, an der die Vorstandsvorsitzende Silvie Kreibihl teilnimmt, oder das Sustainable Development Solutions Network (SDSN) Germany, in dem wir mit unserem Vorstandsmitglied Dr. Karl-Eugen Huthmacher im Lenkungsgremium vertreten sind.

Darüber hinaus ist Germanwatch Mitglied in folgenden politischen Netzwerken und Vereinen:

Agrarbündnis +++ Allianz für Weltoffenheit +++ Allianz pro Schiene +++ Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ +++ AMR (Antimicrobial Resistance) Stakeholder Network +++ Attac +++ Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag (BER) +++ Deutscher Naturschutzring (DNR) +++ Deutsches Institut für Menschenrechte e.V. (DIMR) +++ Eine Welt Netz NRW +++ Eine Welt Netzwerk Bayern +++ Erlassjahr.de +++ EU-Russia Civil Society Forum +++ Europäische Bewegung Deutschland e.V. (EBD) +++ European Business Council for Sustainable Energy (e5) +++ Forum Menschenrechte +++ Forum Nachhaltige Geldanlagen +++ Forum Umwelt und Entwicklung +++ Global Campaign for Climate Action (GCCA)/tcktcktck Campaign +++ Global Challenges Network (GCN) +++ Global Climate Forum (GCF) +++ Global Compact +++ GoodElectronics Netzwerk +++ Green Legal Impact +++ Greenskies +++ LAG21 – Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW +++ Nord Süd Forum München +++ OECD Watch +++ Ökowerk NRW +++ Our World is Not For Sale (OWINFS) & Seattle to Brussels Network (S2B) +++ Publish what you pay +++ Steuer gegen Armut +++ Transport & Environment (T&E) +++ TTIP unfairhandelbar +++ Verband Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) +++ Verbändeplattform zur Reform der EU-Agrarpolitik +++ Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv)

Arbeitsgruppen, Arbeitskreise etc., in denen wir aktiv sind, werden hier nicht separat aufgeführt, sofern sie innerhalb eines hier genannten Dachverbands angesiedelt sind.

Germanwatch e. V., Stiftung Zukunftsfähigkeit, Germanwatch-Stiftung, atmosfair – wie gehören sie zusammen?

Dereingetragene Verein Germanwatch – gegründet 1991 – bekam 1997 eine neue Unterstützerin: die Stiftung Zukunftsfähigkeit. Ihre Errichtung erfolgte nicht zuletzt mit dem Ziel, die finanzielle Unabhängigkeit von Germanwatch dauerhaft zu sichern. Germanwatch als gemeinnütziger eingetragener Verein darf Geld selbst nicht in größerem Umfang langfristig binden, sondern muss es überwiegend unmittelbar und zeitnah ausgeben.



Die Stiftung unterstützt die Arbeit von Germanwatch mit strategisch besonders wichtigen Programm- und Projektförderungen, außerdem ergänzt sie durch einzelne strategische Lobbyaktivitäten die Arbeit von Germanwatch, so z. B. durch Moderationstätigkeiten bei Treffen ausgewählter Delegierter während der UN-Klimaverhandlungen. Mehr als 30 Zustifter:innen haben inzwischen den Handlungsspielraum der Stiftung erweitert. Die Stiftung steht seit 2015 für die Anwalts-, Gerichts- und Gutachtenkosten ein, die die Klimaschutzklage von Saúl Luciano Lliuya gegen RWE verursacht. In den letzten Jahren hat die Stiftung zudem eine zentrale Rolle gespielt, um die Stiftungsplattform F20 zu etablieren – ein internationales Netzwerk von Stiftungen, welche die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und eine Umsetzung der 2030-Agenda mit den SDGs auf die G20-Länder fokussiert voranbringen will.



Im Dezember 2014 wurde ergänzend die Germanwatch-Stiftung gegründet, als sogenannte nicht rechtsfähige Stiftung in der treuhänderischen Verwaltung der Stiftung Zukunftsfähigkeit. Sie stellt eine weitere Option für alle Unterstützer:innen dar, die ganz ausschließlich die Arbeit von Germanwatch fördern und dies über den Weg einer Zustiftung oder Spende an die Germanwatch-Stiftung machen möchten.



Seit Mitte der 1990er-Jahre bemüht sich Germanwatch intensiv um verbindliche Regulierungen der Treibhausgasemissionen des Flugverkehrs. Für alle Verbraucher:innen, die auf das äußerst zögerliche Agieren der Politik in diese Richtung nicht länger warten wollen, hat Germanwatch gemeinsam mit Partnern atmosfair als freiwilliges Instrument ins Leben gerufen. Es stellt nach dem Nichtfliegen die zweitbeste Lösung für Klimaschutz im Flugverkehr dar. Die Stiftung Zukunftsfähigkeit ist heute einziger Gesellschafter der 2005 gegründeten atmosfair gGmbH. Christoph Bals (Germanwatch) und Klaus Milke (Stiftung Zukunftsfähigkeit) sind Mitglieder im Fachbeirat von atmosfair.



E Finanzbericht – Kalenderjahr 2023

von Michael Windfuhr (Schatzmeister)

Das Jahresergebnis 2023 weist einen Fehlbetrag in Höhe von -71.177,01 Euro auf. Dieser Fehlbetrag, der mit einer entsprechenden Entnahme aus den in vorherigen Jahren gebildeten freien Rücklage ausgeglichen werden kann, erklärt sich aus den gebildeten Urlaubsrückstellungen für Personalausgaben und Steuerrückstellungen.

Mit dem Jahresergebnis 2023 liegen die Rücklagen von Germanwatch bei 880.944,23 Euro, was in etwa den Ausgaben von mehr als einem Monat entspricht. Die Rücklage ist für die Arbeitsfähigkeit von Germanwatch von großer Bedeutung. Sie ist insbesondere notwendig als Risikopuffer, etwa bei verbindlichen Vertragszusagen wie Miet- und Arbeitsverträgen, sowie als Liquiditätspuffer, um in bestimmten Projekten, in denen Geldgeber:innen Zahlungen erst rückwirkend leisten, in Vorleistung zu treten und diese Projekte damit durchführen zu können.

Einnahmen

Die Einnahmen im Jahr 2023 betragen 8.167.957,90 Euro (+ 11,17 % zum Vorjahr, vgl. Tab. E.1). Der Anteil der Einnahmen im ideellen Bereich und im Zweckbetrieb macht mit 94 % den Großteil der zur Verfügung stehenden Mittel aus.

Gegenüber 2022 sind die Einnahmen des „steuerbegünstigten Zweckbetriebs“ um 56 % gestiegen, da sich die Anzahl der Lizenznehmer für die Daten des Klimaschutz-Index erhöht hat und es wieder Aufträge bspw. für Beratungsgesellschaften gab. Das Volumen der Projekte im „steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb“ ist gegenüber dem Vorjahr um 18 % gesunken (vgl. Tab. E.2b bzw. E.2c). Die Zuordnung zu den verschiedenen wirtschaftlichen Vereinsbereichen erfolgt anhand bestimmter steuerrechtlicher Kriterien, insbesondere der Frage, ob es sich bei unserer Tätigkeit im steuerrechtlichen Sinne um eine für den Geber erbrachte Leistung gegen Entgelt (z. B. Beratung) handelt und – wenn dies der Fall ist – in welchem Umfang wir hierbei in Konkurrenz zu kommerziellen Leistungsanbietern stehen.

Die Anzahl der Geber für Projektmittel bleibt unverändert hoch (vgl. Tab. E.2a-c). Dies werten wir als ein Zeichen für die breite Anerkennung der Qualität unserer Arbeit; gleichzeitig ist das weit gefächerte Spektrum von Zuschussgebern eine wichtige Voraussetzung für die politische Unabhängigkeit und finanzielle Absicherung der Aktivitäten von Germanwatch.

Bei den Mitgliedsbeiträgen gab es einen Anstieg auf 116.000,73 Euro aufgrund der gestiegenen Mitgliederzahl (von 897 auf 954 im Jahr 2023 – diesen Trend konnten wir in 2024 sogar noch deutlich steigern, siehe Kapitel B). Die allgemeinen (nicht zweckgebundenen) Spenden im Jahr 2023 betragen 343.311,20 Euro – diese sind im Vergleich zu 2022 leicht gestiegen. Die zweckgebundenen Spenden von privaten institutionellen Gebern sind zugunsten der Zuschüsse privater Geber gesunken und betragen 172.206,88 Euro.

Die Mitgliedsbeiträge und allgemeinen Spenden machen im Vergleich zu den Projektzuschüssen einen kleineren, dafür aber strategisch besonders wichtigen Teil der Einnahmen aus. Diese größtenteils nicht zweckgebundenen Mittel können wir flexibel und mit besonderer Wirkung einsetzen. Wir nutzen sie z. B., um schnell und unabhängig auf aktuelle politische Ereignisse mit Öffentlichkeits- oder Advocacy-Arbeit zugunsten unserer am Gemeinwohl orientierten Ziele zu reagieren, um neue Projekte zu initiieren oder zu kofinanzieren sowie um die Nachhaltigkeit und zukünftige Handlungsfähigkeit von Germanwatch zu sichern. Gerade bei der Kofinanzierung von Projekten leisten Mitgliedsbeiträge, Spenden und Programmförderungen eine starke Hebelwirkung, weil wir viele der Zuschüsse im ideellen Bereich nur beantragen können, wenn wir einen gewissen Eigenbeitrag

leisten können. Auch sind sie unerlässlich, um Kosten zu decken, die für eine hohe Wirksamkeit der Arbeit von Germanwatch essentiell sind, aber von einigen öffentlichen und privaten Gebern entweder gar nicht oder in zu geringem Umfang bezuschusst werden. Hierzu zählen bspw. Aktivitäten, mit denen wir bei kurzfristigen Veränderungen im politischen Raum handlungsfähig sein wollen, ohne dass uns dafür Projektmittel zur Verfügung stehen.

Allen Mitgliedern und Fördermitgliedern, Spender:innen, Zuschussgebern (vgl. Tab E.2a.) sowie Zustifter:innen der Stiftung Zukunftsfähigkeit und der Germanwatch-Stiftung gilt unser besonderer Dank für ihre Unterstützung. Aber auch für die in großem Umfang geleisteten ehrenamtlichen Beiträge und die ausdauernden Anstrengungen unserer Mitarbeiter:innen, Freiwilligen und Praktikant:innen, die sich in dem vorliegenden Zahlenwerk nur zum Teil widerspiegeln, möchte der Vorstand an dieser Stelle Anerkennung und Dank aussprechen.

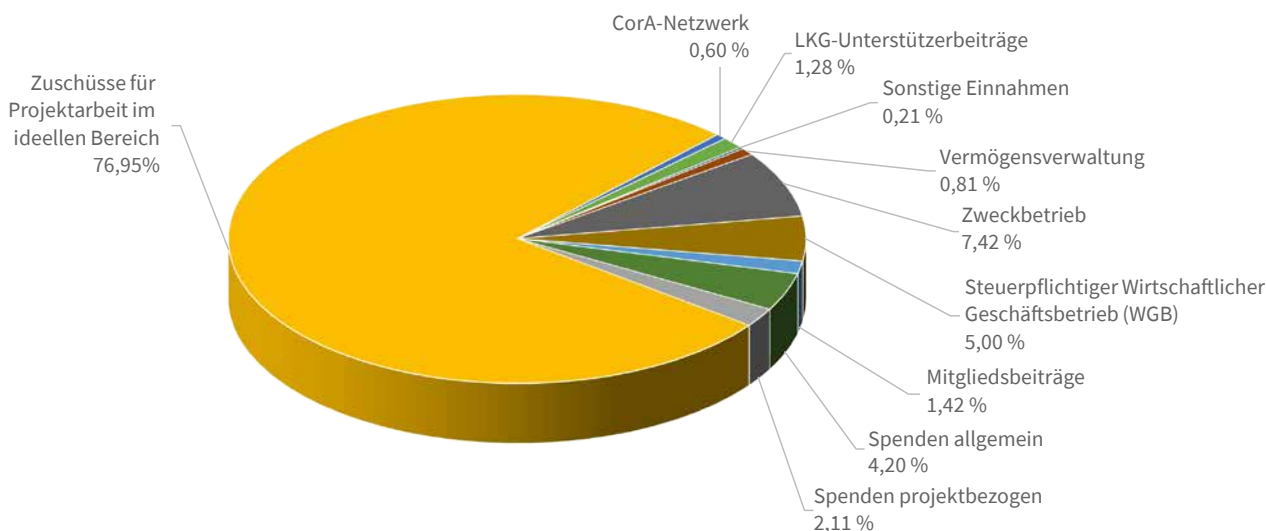


Abb. E.1: Einnahmen
(Abkürzungen: CorA: Corporate Accountability Netzwerk, LKG: Initiative Lieferkettengesetz)

Ausgaben

Abb. E.2 zeigt die Verwendung der Einnahmen, also die Ausgaben nach den bei uns relevanten Tätigkeitsbereichen. Mit einem Umfang von 7.046.617,41 Euro – dies entspricht 86,1 % der Gesamtausgaben – entfällt der weitaus größte Bereich der Arbeit von Germanwatch auf die unmittelbare Projektarbeit. Diese teilt sich in der Zuordnung zu unseren fünf politischen Bereichen wie folgt auf: IKP – Internationale Klimapolitik mit 32,8 % der gesamten Ausgaben, DEK – Deutsche und Europäische Klimapolitik (24,1 %), UV – Unternehmensverantwortung (8,8 %), BNE – Bildung für Nachhaltige Entwicklung (8 %), WLH – Welternährung, Landnutzung und Handel (4,9 %). Zusätzlich entfallen 7,5 % auf teamübergreifende Projektaktivitäten, wobei auch im Rahmen der meisten anderen Projektaktivitäten eine regelmäßige teamübergreifende Kooperation erfolgt.

Betrachtet man die Ausgaben nach Aufwandskategorien (Tab. E.1), so zeigt sich, dass den größten Anteil nach wie vor die Personalkosten (Gehälter sowie dazugehörige Sozialabgaben) ausmachen, mit zusammengenommen 5.921.401,15 Euro (entspricht circa 73 % der Gesamtausgaben aus laufender Tätigkeit). Dieser auf den ersten Blick hohe Anteil erklärt sich durch die Arbeitsweise von Germanwatch, die sich auf folgende Bereiche konzentriert: 1) am Gemeinwohl orientierte Lobbyarbeit, 2) Think-Tank- und Research-Arbeit, 3) Bewusstseinsbildung und (breitere) Öffentlichkeitsarbeit, 4) Kampagnen, Aktionen und Aufforderung zum Handeln sowie 5) Bildungsarbeit.

In der notwendigen fachlichen Tiefe und Kontinuität kann diese Arbeit nur mit einem hohen Anteil an eigenem Personal gewährleistet werden. Honorarkräfte kommen nur in begrenztem Umfang zum Einsatz und unterstützen uns dann überwiegend als Fachautor:innen für einzelne Spezialthemen sowie im Bereich Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit inklusive Redaktion und Layout. Unsere Arbeit soll vor allem den besonders verletzlichen Menschen, insbesondere im Globalen Süden, zugutekommen. Hierfür konzentrieren wir uns darauf, Veränderungen in der Politik und Wirtschaft des Globalen „Nordens“ zu erreichen, um deren weltweite Auswirkungen zu verbessern (Schaden zu minimieren, Transformation in Richtung Zukunftsfähigkeit zu fördern). Und dies führt im Ergebnis zu einer anderen Ausgabenstruktur mit einem höheren Anteil eigener Personalkosten als bei klassischen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, die z. B. Infrastrukturprojekte mit Partner:innen im Projektland finanzieren. Im Jahr 2023 gab es gegenüber dem Vorjahr bei den Personalkosten einen Anstieg – dieser war durch mehr Projektaktivitäten und den damit verbundenen größeren Arbeitsumfang einer gestiegenen Anzahl von hauptamtlichen Mitarbeiter:innen sowie durch Inflationssteigerungen begründet (74,3 Vollzeitäquivalente – VZÄ im Jahr 2023 gegenüber 69,4 VZÄ im Jahr 2022, entspricht + 7,1 %).

Unsere Geschäftsbeziehungen orientieren sich daran, wie wir unter Beachtung externer und interner Richtlinien einschließlich des Gebots von Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit eine möglichst hohe Wirksamkeit beim Erreichen unserer satzungsmäßigen Ziele erlangen. In Einzelfällen und unter Sicherstellung des Vieraugenprinzips kann dies auch beinhalten, dass Geschäfte mit anderen Institutionen getätigt werden, bei denen Vorstandsmitglieder Beteiligungen und/oder Zeichnungsberechtigungen haben.

Entsprechende Vorgänge möchten wir der Transparenz halber freiwillig offenlegen. Im Berichtszeitraum 2023 gab es zwischen Germanwatch und der gemeinnützigen Climate & Company – The Berlin Institute for Climate Training and Research gGmbH, an der unser Vorstandsmitglied Ingmar Jürgens eine Minderheitsbeteiligung hält und als Geschäftsführer zeichnungsberechtigt ist, folgende Geschäftsvorgänge (hierbei handelt es sich nicht um sog. In-Sich-Geschäfte nach § 181 Bürgerliches Gesetzbuch – BGB): In den von Climate & Company durchgeführten Projekten „Land use + Deforestation“, „Land use + Deforestation II“ und „Scoping-Studie Sustainable Finance“ setzte Germanwatch Leistungen um und erhielt dafür Vergütungen in Höhe von 75.142,64 Euro.

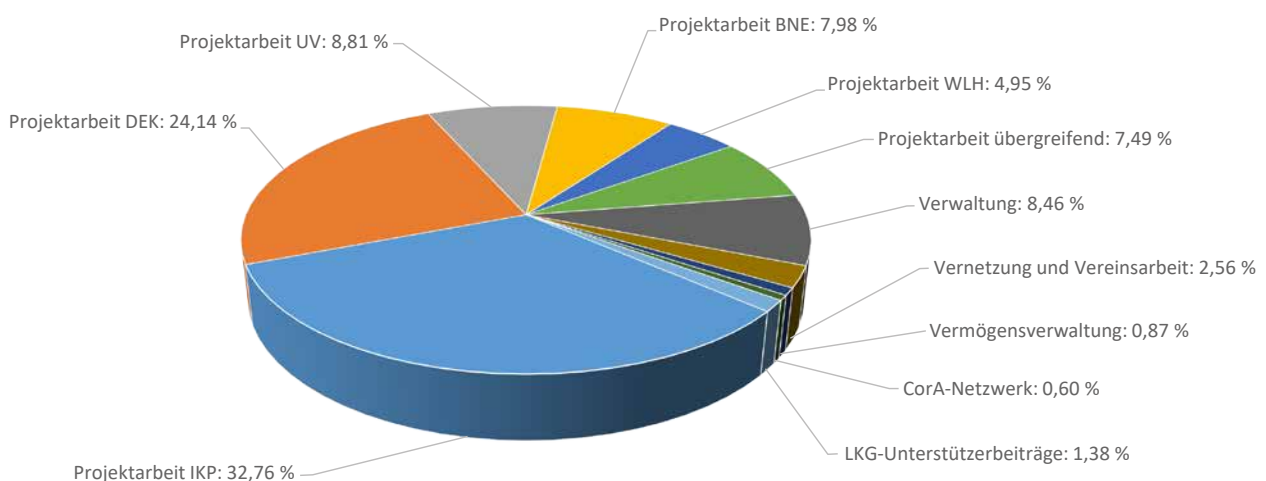


Abb. E.2: Verwendung der Einnahmen (Erläuterung der Abkürzungen siehe Text oben)

Jahresergebnis

Das Jahresergebnis 2023 weist einen Fehlbetrag in Höhe von -71.177,01 Euro auf, der über die Rücklage ausgeglichen wird. Hauptgründe hierfür sind eine Umsatzsteuerberichtigung und eine daraus resultierende Steuerrückstellung in Höhe von 192.000,00 Euro, sowie die Erhöhung der Urlaubsrückstellung um 71.344,29 Euro.

Letztere ergibt sich aus der Anzahl der ins Folgejahr übertragenen Urlaubstage und kann sich im Folgejahr verringern oder erhöhen, wenn der Urlaubsübertrag in das darauffolgende Jahr verringert oder erhöht wird.

Die Steuerrückstellung ergibt sich aus einer Steuerberichtigung im Kontext der umsatzsteuerlichen Behandlung einiger Verträge mit Dienstleister:innen im Ausland, die aufgrund der gegebenen Projektförderverträge und der Dienstleistungsverträge nicht rückwirkend weitergereicht werden konnte. Vorstand und Geschäftsführung haben unmittelbar alle notwendigen Schritte zur Überprüfung unserer Steuerbuchhaltung eingeleitet und die Berichtigung an das Finanzamt gemeldet.

Die aufgrund der Steuerberichtigung erhöhten Zahlungsbeträge wurden mittlerweile an das Finanzamt entrichtet und die Rückstellung in 2024 ergebnisneutral aufgelöst. Vorstand und Geschäftsführung haben bereits Maßnahmen ergriffen und werden weiterhin aktiv daran arbeiten, um die in diesem Zusammenhang stehenden finanziellen Belastungen für den Verein zu begrenzen. Es wurden zudem Vorkehrungen getroffen, um eine entsprechende künftige finanzielle Belastung zu verhindern.

Trotz des negativen Jahresergebnisses aufgrund der oben genannten Rückstellungen verfügen wir weiterhin über eine Rücklage in Höhe von 880.944,23 Euro als wichtige Grundlage für die eingangs erwähnten, gelegentlich erforderlichen Vorfinanzierungen von Projekten und um wichtige Signale für Arbeitsplatzsicherheit an die Mitarbeiter:innen zu senden, deren kontinuierliche Mitarbeit ein zentraler Erfolgsfaktor für unsere Wirksamkeit ist. Ideal wäre es, wenn eine Organisation wie Germanwatch Rücklagen in Höhe der Ausgaben von 4 bis 6 Monaten der Gehalts- und Mietkosten vorhalten könnte, um damit noch besser zu gewährleisten, dass wir auch weiterhin mit einem hochqualifizierten Team erfolgreich arbeiten können.

Grundlagen des Finanzberichts

Germanwatch nimmt als gemeinnütziger Verein für das jeweilige Kalenderjahr die Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes vor (sog. Gewinn- und Verlustrechnung). Grundlage für die Erstellung des gesamten Jahresabschlusses (inklusive Bilanz) bilden die Besonderheiten zur Rechnungslegung Spenden sammelnder Organisationen, herausgegeben vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW RS HFA 21). Der Jahresabschluss für 2023 wurde von der Weckbecker&Partner Steuerberatungsgesellschaft mbH in enger Zusammenarbeit mit Germanwatch erstellt. Laut Anlage 1 zum Bescheid für 2022 über Körperschaftssteuer vom 14.09.2023 erstreckt sich die Steuerpflicht von Germanwatch ausschließlich auf den steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb. Im Übrigen ist der Verein nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes von der Körperschaftssteuer und nach § 3 Nr. 6 des Gewerbesteuergesetzes von der Gewerbesteuer befreit, weil er ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung dient.

Tab. E.1: Einnahmen-/Ausgabenrechnung 2023 und Vergleich zu 2022: ideeller Bereich, Vermögensverwaltung, Zweckbetrieb und wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb (WGB)

	2022	2023
A. Einnahmen aus laufender Tätigkeit (ohne Miet- und Zinseinnahmen)		
Ideeller Bereich:		
1. Mitgliedsbeiträge	106.429,59 €	116.000,73 €
2a. Spenden allgemein	314.073,21 €	333.311,20 €
2b. Spenden projektbezogen	420.847,46 €	172.206,88 €
3. Programmförderung durch Stiftung Zukunftsfähigkeit	10.000,00 €	10.000,00 €
4. Zuschüsse für Germanwatch-Projektarbeit ideell	5.414.995,45 €	6.285.148,67 €
5a. Einnahmen CorA-Netzwerk	49.640,74 €	48.889,25 €
5b. Einnahmen LKG Unterstützerbeiträge (Initiative Lieferkettengesetz)	74.232,02 €	104.387,24 €
6. Sonstige Einnahmen	2.588,70 €	17.395,87 €
Zweckbetrieb und WGB:		
7. Einnahmen Zweckbetrieb	388.818,60 €	606.086,08 €
8. Einnahmen WGB	500.373,77 €	408.213,09 €
	7.281.999,54 €	8.101.639,01 €
B. Ausgaben aus laufender Tätigkeit (ohne Vermietung und Nebenkosten Geldverkehr)		
Ideeller Bereich:		
9. Löhne und Gehälter / Soziale Abgaben	4.775.363,22 €	5.288.851,29 €
10. Fremdhonorare	835.320,15 €	969.388,34 €
11. Miete / Mietnebenkosten	155.341,65 €	175.261,43 €
12. Abgaben / Versicherungen	15.423,56 €	19.339,42 €
13. Beiträge	18.599,33 €	15.947,37 €
14. Reisekosten	196.100,94 €	179.807,99 €
15. Instandhaltungen und Kleingeräte	41.229,05 €	32.907,20 €
16. Abschreibungen	82.678,19 €	52.312,56 €
17. Porto / Telefon / Internet	42.861,42 €	44.227,70 €
18. Kopierkosten / Bürobedarf	15.534,17 €	13.952,36 €
19. Kosten Öffentlichkeitsarbeit	97.129,31 €	107.648,81 €
20. Bücher und Zeitschriften	2.690,07 €	5.744,20 €
21. Rechtsberatung, Jahresabschluss- und Buchhaltungskosten	93.660,97 €	93.123,57 €
22. Aufwendungen für Lizenzen	47.029,07 €	41.309,91 €
23. Sonstiges	96.429,17 €	108.668,19 €
Zweckbetrieb und WGB:		
24. Zweckbetrieb (Gehalts- und Sachkosten)	407.781,83 €	625.672,00 €
25. WGB (Gehalts- und Sachkosten)	484.521,49 €	386.880,75 €
	7.407.693,59 €	8.161.043,09 €

	2022	2023
C. Laufendes Ergebnis	-125.694,05 €	-59.404,08 €
D. Einnahmen Vermögensverwaltung		
26. Miet- und Pachterträge	65.310,31 €	65.575,53 €
27. Zinseinnahmen	233,51 €	341,33 €
28. Gewinne Währungsdifferenzen	- €	402,03 €
E. Ausgaben Vermögensverwaltung		
29. Anteilige Miete für Untermieter	64.280,40 €	69.478,55 €
30. Nebenkosten Geldverkehr	3.333,22 €	1.440,55 €
31. Verlust Währungsdifferenzen	- €	606,51 €
F. Ertragssteuerneutrale Posten	-3.366,95 €	-6.566,21 €
G. Einnahmenüberschuss/ (-) Ausgabenüberschuss	-131.130,80 €	-71.177,01 €
	2022	2023
Gesamtergebnis: Einnahmen		
Ideeller Bereich	6.392.807,17 €	7.087.339,84 €
Ertragssteuerneutrale Posten	- €	- €
Vermögensverwaltung	65.543,82 €	66.318,89 €
Zweckbetrieb	388.818,60 €	606.086,08 €
WGB	500.373,77 €	408.213,09 €
Summe	7.347.543,36 €	8.167.957,90 €
	2022	2023
Gesamtergebnis: Ausgaben		
Ideeller Bereich	6.515.390,27 €	7.148.490,34 €
Ertragssteuerneutrale Posten	3.366,95 €	6.566,21 €
Vermögensverwaltung	67.613,62 €	71.525,61 €
Zweckbetrieb	407.781,83 €	625.672,00 €
WGB	484.521,49 €	386.880,75 €
Summe	7.478.674,16 €	8.239.134,91 €
Ergebnis	-131.130,80 €	-71.177,01 €
Übertrag		-71.177,01 €
Entnahmen aus freien Rücklagen (§62 Abs. 1 Nr. 3 AO)		71.177,01 €
Ergebnisvortrag		- €

Tab. E.2a: Zuschüsse im ideellen Bereich im Jahr 2023 im Vergleich zu 2022

Projektbezogene Zuschüsse und Spenden privater institutioneller Geber	2022	2023
European Climate Foundation (ECF)	738.058,01 €	1.341.377,94 €
Stiftung Mercator	741.191,19 €	501.196,70 €
Foundation for International Law for the Environment (FILE) über Stiftung Zukunftsfähigkeit	341.589,53 €	379.198,47 €
Brot für die Welt – Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung	246.826,10 €	268.638,79 €
Robert Bosch Stiftung	127.463,55 €	202.471,85 €
Misereor	250.680,05 €	200.479,10 €
Rockefeller Philanthropy Advisors	- €	157.204,36 €
Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen	75.376,28 €	92.500,00 €
Joseph Rowntree Charitable Trust	25.571,04 €	78.000,34 €
OAK Foundation über Swiss Philanthropy Foundation	47.498,36 €	70.503,00 €
Postcode Lotterie DT*	- €	69.416,79 €
Barthel Stiftung*	- €	64.269,25 €
atmosfair	31.415,79 €	63.218,61 €
ECF über Carbon Market Watch	- €	26.819,26 €
Open Society Foundation über Stockholm Environmental Institute	- €	23.936,94 €
Meliore Foundation	- €	20.000,00 €
ECF über Powershift e.V.	18.227,24 €	18.232,75 €
Deutsche Bundesstiftung Umwelt über Umweltstiftung Michael Otto	26.404,67 €	- €
ECF über World Resources Institute	10.081,07 €	- €
Sonstige	7.936,16 €	11.507,73 €
	2.688.319,04 €	3.588.971,88 €

Davon wurden in 2023 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von € 1.152.876,87 einkommensneutral behandelt.

* Die Zuschüsse der Postcode Lotterie DT und der Barthel Stiftung waren im Jahr 2022 unter zweckgebundene Spenden verbucht und werden im Jahr 2023 erstmals unter Zuschüsse erfasst.

Zuschüsse öffentlicher Geber	2022	2023
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)/BMZ über Engagement Global (EG)	1.155.084,34 €	943.459,62 €
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)	147.818,38 €	207.502,17 €
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) über GIZ	139.477,67 €	199.907,38 €
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV)	519.713,16 €	188.433,52 €
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)	169.228,23 €	184.815,45 €
BMWK	39.141,69 €	161.019,71 €
BMZ über Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)	53.661,96 €	131.937,18 €
Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV NRW)	- €	104.735,90 €

BMUV über PACJA	50.169,99 €	96.921,07 €
BMZ über CARE Deutschland	35.987,57 €	79.584,00 €
BMZ über World Resources Institute	- €	79.507,32 €
BMUV über Umweltbundesamt (UBA)	67.213,28 €	78.810,53 €
Europäische Kommission über Climate Action Network Europe	16.497,13 €	69.415,93 €
BMZ/Engagement Global/ Staatskanzlei NRW über Eine-Welt-Netz NRW	51.000,00 €	67.116,00 €
BMUV/GIZ über ZERO – Associação Sistema Terrestre Sustentável	25.713,00 €	33.474,00 €
Europäische Kommission über Carbon Market Watch	64.841,80 €	29.419,45 €
BMAS über GIZ	19.357,85 €	20.649,52 €
BMUV über GIZ	52.693,66 €	- €
BMUV über Humboldt-Viadrina Governance Platform	41.311,37 €	- €
BMUV über Technische Universität Berlin	34.429,00 €	- €
BMU/GIZ über Wuppertal Institut	32.423,30 €	- €
Sonstige	10.913,03 €	19.468,04 €
	2.726.676,41 €	2.696.176,79 €

Davon wurden in 2023 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von € 207.485,87 einkommensneutral behandelt.

Tab. E.2b: Einnahmen im Zweckbetrieb im Jahr 2023 im Vergleich zu 2022

Zweckbetrieb	2022	2023
Lizenznehmer CCPI	145.367,00 €	394.648,00 €
Climate & Company	56.074,77 €	66.217,64 €
atmosfair	47.863,15 €	51.076,34 €
ifeu – Institut für Energie- und Umwelt	- €	26.622,95 €
Lightcycle	32.403,85 €	24.225,00 €
Einnahmen aus Schulveranstaltungen	17.395,00 €	17.235,00 €
Solutions for Our Climate (SFOC)	32.809,17 €	- €
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)	24.500,00 €	- €
Sonstige Einnahmen	32.405,66 €	26.061,15 €
	388.818,60 €	606.086,08 €

Davon wurden in 2023 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von € 10.185,35 einkommensneutral behandelt.

Tab. E.2c: Einnahmen im steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb im Jahr 2023 im Vergleich zu 2022

Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	2022	2023
DAI Global UK/Department for Business, Energy & Industrial Strategy über CASA Alliance	175.188,68 €	172.487,27 €
Empowered UG	300.766,69 €	140.746,23 €
ODI Sales Ltd.	15.500,00 €	44.041,31 €
Universität Hamburg	- €	20.465,40 €
Sonstige Einnahmen	8.918,41 €	30.472,88 €
	500.373,77 €	408.213,09 €

Davon wurden in 2023 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von € 4.342,47 einkommensneutral behandelt.

Tab E.3: Bilanz 31.12.2023 und Vergleich zum 31.12.2022

AKTIVA	2022	2023
A. <u>Sachanlagevermögen</u>		
1. Software	2,50 €	1,50 €
2. Büroeinrichtung	45.444,00 €	41.799,00 €
3. Computeranlagen	2.104,75 €	43,00 €
4. Einbauten in fremde Grundstücke	5.690,00 €	709,50 €
5. Sonstige Betriebsausstattung	4.036,00 €	7.713,00 €
	57.277,25 €	50.266,00 €
B. <u>Finanzanlagen</u>		
1. Sonstige Ausleihungen	40.853,51 €	44.963,91 €
C. <u>Umlaufvermögen</u>		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.054.158,92 €	1.260.135,63 €
2. Sonstige Vermögensgegenstände	179.369,32 €	197.813,84 €
3. Flüssige Mittel	1.903.086,66 €	1.961.149,39 €
	3.136.614,90 €	3.419.098,86 €
D. <u>Aktive Rechnungsabgrenzungsposten</u>	- €	14.629,00 €
<u>Summe Besitzposten</u>	3.234.745,66 €	3.528.957,77 €
PASSIVA	2022	2023
E. <u>Vereinsvermögen</u>		
a) Posten gem. § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO	804.285,03 €	733.108,02 €
b) Posten gem. § 62 Abs. 1 Nr. 1 AO	147.836,21 €	147.836,21 €
	952.121,24 €	880.944,23 €
F. <u>Rückstellungen</u>		
Steuerrückstellungen	5.008,48 €	193.212,69 €
Sonstige Rückstellungen	226.795,00 €	298.139,29 €
G. <u>Verbindlichkeiten</u>		
1. Darlehensverbindlichkeiten	6.712,26 €	6.712,26 €
2. Verb. aus Lieferungen und Leistungen	478.455,90 €	257.210,71 €
3. Sonstige Verbindlichkeiten	92.831,19 €	92.167,95 €
H. <u>Passive Rechnungsabgrenzung</u>	1.472.821,59 €	1.800.570,64 €
<u>Summe Schuldposten</u>	3.234.745,66 €	3.528.957,77 €
<u>Vermögen des Vereins</u>		
Vermögen des Vereins zum 31.12.2022		952.121,24 €
Jahresfehlbetrag 2023		-71.177,01 €
Vermögen des Vereins zum 31.12.2023		880.944,23 €

Germanwatch

„Hinsehen, Analysieren, Einmischen“ – unter diesem Motto engagiert sich Germanwatch für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen und konzentriert sich dabei auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unseres Einsatzes für eine nachhaltige Entwicklung.

Unsere Arbeitsschwerpunkte sind Klimaschutz und Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung und Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Zentrale Elemente unserer Arbeitsweise sind der gezielte Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen.

Germanwatch finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuschüssen der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie aus Projektmitteln öffentlicher und privater Zuschussgeber.

Möchten Sie die Arbeit von Germanwatch unterstützen? Wir sind hierfür auf Spenden und Beiträge von Mitgliedern und Förderern angewiesen. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

Bankverbindung/Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft AG,
BIC/Swift: BFSWDE33BER,
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.germanwatch.org oder bei einem unserer beiden Büros:

Germanwatch – Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn
Telefon +49 (0)228/60 492-0, Fax -19

Germanwatch – Büro Berlin

Stresemannstr. 72, D-10963 Berlin
Telefon +49 (0)57 71 328-0, Fax -11

E-Mail: info@germanwatch.org

Internet: www.germanwatch.org



Hinsehen. Analysieren. Einmischen.

Für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen.